

74. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Februar 2003

Inhalt

**Bericht des Untersuchungsausschusses
„Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“
vom 29. Januar 2003**

(Drucksache 15/1360)

Abg. Röwekamp, Berichterstatter	5281
Abg. Schildt (SPD)	5287
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	5293
Abg. Röwekamp (CDU)	5299
Abg. Tittmann (DVU)	5302
Bürgermeister Perschau	5303

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Hoch-
schulgesetzes und anderer Gesetze**

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003
(Drucksache 15/1363)

1. Lesung

Abg. Dr. Domann-Käse (SPD)	5303
Abg. Jäger (CDU)	5305
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	5307
Senator Lemke	5309
Abstimmung	5311

**4. Änderung des Landschaftsprogramms Bre-
men 1991 im Zusammenhang mit der 95. Ände-
rung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983
(Wohnbebauung Brokhuchting)**

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003
(Drucksache 15/1365)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	5311
Abg. Focke (CDU)	5312
Abg. Engelmann (SPD)	5313
Senatorin Wischer	5313
Abstimmung	5314

**Bremisches Architektengesetz (BremArchG)
Bremisches Ingenieurgesetz (BremIngG)**

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002
(Drucksache 15/1330)

2. Lesung

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Kran-
kenhausdatenschutzgesetzes und zur Ände-
rung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaß-
nahmen bei psychischen Krankheiten**

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003
(Drucksache 15/1341)

2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD,
der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Februar 2003**

(Drucksache 15/1384)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55
vom 28. Januar 2003**

(Drucksache 15/1353)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 56
vom 11. Februar 2003**

(Drucksache 15/1371)

**Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Zusam-
menschluss der Berliner Wertpapierbörse und
der Bremer Wertpapierbörse zu einer gemein-
samen Wertpapierbörse Berlin-Bremen und die
Zusammenarbeit der Börsenaufsichtsbehörden
des Landes Berlin und der Freien Hansestadt
Bremen**

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2003
(Drucksache 15/1358)

1. Lesung
2. Lesung

Föderalismus-Konvent der Präsidentinnen und Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente am 31. März 2003 in Lübeck

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 13. Februar 2003 (Drucksache 15/1379)

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	5316
Abg. Böhrnsen (SPD)	5318
Abg. Eckhoff (CDU)	5319

Aktuelle Stunde

Rotgrünes Regierungschaos in Berlin behindert Konjunkturaufschwung im Land Bremen!

Abg. Focke (CDU)	5321
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	5323
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5325
Abg. Focke (CDU)	5327
Senator Hattig	5328
Abg. Böhrnsen (SPD)	5331
Bürgermeister Dr. Scherf	5332
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5332

Gesetz zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes und des Bremischen Beamten-gesetzes

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003 (Drucksache 15/1364)

1. Lesung
2. Lesung

Abg. Frau Hövelmann (SPD)	5333
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	5334
Abg. Rohmeyer (CDU)	5336
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	5337
Senator Lemke	5338
Abstimmung	5340

Bremer Jugendenquete

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD vom 6. Februar 2003 (Drucksache 15/1369)

Abg. Pietrzok (SPD)	5341
---------------------------	------

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5342
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	5343
Senatorin Röpke	5344
Abstimmung	5345

Organspende im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002 (Drucksache 15/1333)

Abg. Frau Hammerström (SPD)	5345
Abg. Peters (CDU)	5345
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	5346
Abg. Tittmann (DVU)	5346
Senatorin Röpke	5347

Planungs- und Umsetzungsstand Kommunikationsquartier Faulenviertel – Neuer Standort für Radio Bremen und Medienbranche

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2003 (Drucksache 15/1347)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2003

(Drucksache 15/1374)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5348
Abg. Strohmann (CDU)	5349
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	5351
Senator Hattig	5352
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5352
Abg. Strohmann (CDU)	5353

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Artikel 8 (Recht auf Arbeit und freie Berufswahl)

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 28. Januar 2003 (Drucksache 15/1355)
1. Lesung

Abg. Tittmann (DVU)	5354
Abg. Frau Ziegert (SPD)	5355
Abg. Tittmann (DVU)	5355
Abstimmung	5356

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Dreyer, Ehmke, Imhoff, Frau Jamnig-Stellmach, Leo, Neumeyer, Frau Reichert, Frau Wiedemeyer.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 74. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Teilnehmer des Kurses „Mama lernt Deutsch“ aus Lüssum.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nachträglich ist darum gebeten worden, Punkt fünf, Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologischen Landbau, wegen Erkrankung eines Redners auszusetzen. Ich stelle Ihr Einverständnis fest. Dann werden wir so verfahren.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

**Bericht des Untersuchungsausschusses
„Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“
vom 29. Januar 2003**

(Drucksache 15/1360)

(B) Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, Bürgermeister Perschau und Senator Dr. Böse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp**, Berichterstatter *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst obliegt es dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, dem Plenum Bericht zu erstatten. Ich darf hier auf den als Drucksache 15/1360 vorliegenden schriftlichen Bericht verweisen, der am 27. Januar 2003 mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen worden ist. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legte ein Minderheitenvotum vor, das dem Ausschussbericht gemäß der Vorschriften des Untersuchungsausschussgesetzes angefügt wurde und somit auch in der Drucksache enthalten ist.

Lassen Sie mich zu Beginn der heutigen Debatte einen Blick zurückwerfen auf die Ereignisse vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses! Im Mai 2002 wurde der Untersuchungsausschuss „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ eingesetzt, der zum Auftrag hatte, unzulässige Einflussnahmen auf die Unabhängigkeit des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven oder auf das Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven insgesamt zu untersuchen. Diesem Einsetzungsbeschluss des Parlaments wa-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ren eine umfangreiche Berichterstattung in den Medien und erfolglos gebliebene Versuche einer Konfliktlösung zwischen dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und dem Stadtverordnetenvorsteher auf der einen und dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes auf der anderen Seite vorausgegangen.

Seit 1998 – und damit unmittelbar nach Amtsantritt des neuen Leiters des Rechnungsprüfungsamtes im April 1997 – gab es aus dem Magistrat verstärkt Beschwerden über die Arbeit des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes. Anlass für diese Beschwerden waren unter anderem für den Magistrat unangenehme Berichte, wie zum Beispiel zu den an die Magistratsmitglieder gewährten pauschalen Fahrtkosten, woran sich bereits der Vorgänger des jetzigen Leiters des Rechnungsprüfungsamtes versucht, seinen Bericht aber nicht zu Ende geführt hatte. Weitere Beispiele waren die pannenhaften Umbaukosten des Büros des Bürgermeisters der Stadt Bremerhaven und Zuwendungen an freie Träger wie die Arbeiterwohlfahrt in Bremerhaven.

Allein der Bericht über Fahrtkostenentschädigungen, der letztendlich die Streichung der Pauschalen für die Mitglieder des Magistrats zur Folge hatte, verursachte erheblichen Aufruhr innerhalb des Magistrats der Stadt Bremerhaven. Die Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes haben sich unter ihrem Leiter verändert. Dies haben alle Beteiligten vor dem Untersuchungsausschuss bekundet. Die einen nannten den Leiter überkorrekt und penibel, die anderen empfanden seine Arbeit als unkooperativ und klein-kariert. Ein Magistratsmitglied sprach vor dem Untersuchungsausschuss sogar von einem Nichtverhältnis zwischen dem Magistrat und dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes.

In dieser bestehenden Konfliktlage erstattete der Leiter der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, Michael Viehweger, SPD, Strafanzeige gegen den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes wegen des Verdachts, dienstliche Akten zu privaten Zwecken angefordert zu haben. Die Einleitung disziplinarischer Vorermittlungen, die später ebenso wie das Strafverfahren noch näher zu beleuchten sein werden, durch den Magistrat als Dienstherr schlossen sich an. Im Hinblick auf diese Verfahren wurde die dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ursprünglich in Aussicht gestellte Beförderung zum vorgesehenen Beförderungstermin trotz einer positiven Beurteilung durch den damaligen Stadtverordnetenvorsteher nicht ausgesprochen.

Nachdem sich der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes an den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen mit der Bitte wandte, in den bestehenden Konfliktlagen zu vermitteln, befasste sich auch dieser mit einer Vielzahl von einzelnen Behinderungsanzeigen des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes, mit deren Einzelheiten ich Sie trotz einwöchiger Beweisaufnahme vor dem Untersuchungsausschuss nicht näher behelligen möchte, weil im Ergebnis eine

(C)

(D)

- (A) Behinderung der Arbeit des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes und seines Amtes nicht festzustellen war.

Diese Konfliktlage zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes einerseits, dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Magistrat andererseits wurde auch mehrfach in dem wöchentlich tagenden Koalitionsausschuss in Bremerhaven angesprochen. Als dann Anfang September 2000 eine routinemäßige Vorlage zur Beförderung von Magistratsbediensteten vorbereitet wurde und der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes auf dieser Beförderungsliste nicht vorgesehen war, bat die Koalition in Bremerhaven, die Fraktionsvorsitzenden Klaus Rosche, SPD, und Paul Bödeker, CDU, ein vermittelndes Gespräch mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zu führen.

Im Dezember 2001 berichteten dann die Medien über dieses Gespräch aus dem Herbst 2000. Gleichzeitig wurde ein Vertragsentwurf vom 19. September 2000 veröffentlicht, der in dem Gespräch eine wesentliche Rolle spielte. Es sollte versucht werden, die zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes einerseits und dem Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken und Oberbürgermeister Jörg Schulz andererseits bestehenden Konflikte auszuräumen. Nach dem Inhalt des Vertragsentwurfes jedoch sollte der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes unter anderem die Vorgesetzteneigenschaften des Stadtverordnetenvorstehers anerkennen und rechtliche Bewertungen von Prüfungsergebnissen künftig dem Vorgesetzten, also dem Stadtverordnetenvorsteher, überlassen.

- (B) Weiter sollte sich der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes auf jede seinen Qualifikationen entsprechende Stelle bewerben und dies gegenüber dem Stadtverordnetenvorsteher nachweisen. Im Gegenzug sollte dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die Einleitung der Beförderung mit der Maßgabe zugesagt werden, dass er die Vereinbarung des Vertrages als verbindlich anerkennt. Es handelte sich daher um einen Verzicht auf ihm gesetzlich zustehende Prüfungsbefugnisse gegen ein Beförderungsversprechen. Meine Damen und Herren, ein eindeutig rechtswidriges Vorgehen!

Dieses Papier enthielt Unterschriftenzeilen für den Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, SPD, und den Oberbürgermeister Jörg Schulz, SPD, sowie den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes selbst. Die Medien bewerteten den Vertragsentwurf vom 19. September 2000 unter Berufung auf den Verwaltungswissenschaftler Professor von Arnim als den Versuch einer Bestechung. Andere Zeugen bewerteten vor dem Untersuchungsausschuss das Papier auch als Bestechung im nichttechnischen Sinn oder zumindest als ungebührlich.

Zunächst haben Oberbürgermeister Jörg Schulz, SPD, sowie der Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, SPD, in der Öffentlichkeit bestritten, den In-

halt des Vertragsentwurfes zu kennen, obgleich die Problematik wiederholt in der Koalitionsrunde zwischen den Vertretern der CDU und der SPD beraten wurde, später gestanden sie dann Kenntnis von diesem Vertrag zu. Auch in der Folgezeit scheiterten jedoch die Versuche der Klärung der eindeutig im kommunalen Bereich der Stadt Bremerhaven angesiedelten Probleme, so dass schließlich der Weg über das Landesparlament mit Hilfe des Untersuchungsausschusses durch Bündnis 90/Die Grünen beschritten wurde.

Wie ich bereits eingangs erwähnt hatte, der im Mai 2002 von der Bürgerschaft auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss hatte den Auftrag, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Landes und der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Seestadt Bremerhaven die Frage unzulässiger Einflussnahme, Nötigung, Bestechung und Vorteilsnahme im Amt zwecks Einschränkung der verfassungsrechtlich verankerten Pflichten zur unabhängigen Rechnungsprüfung zu untersuchen und der Bürgerschaft hierüber Bericht zu erstatten.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Grünen in diesem Parlament als einzige Oppositionsfraktion nicht über das erforderliche Quorum zur Wahrnehmung der Minderheitenrechte nach dem Untersuchungsausschussgesetz verfügen, so dass die Koalition von SPD und CDU vereinbarte, sie so zu stellen, als ob sie eine qualifizierte Minderheit wären. Wir haben dies neben dem Einsetzungsbeschluss im Untersuchungsausschuss auch bei der Abfassung von Beweisbeschlüssen und der Fassung von Zeugenlisten entsprechend berücksichtigt. Sämtliche Beweisanträge der Grünen sind mit den Stimmen der Koalition gebilligt und sämtliche Zeugen vom Bündnis 90/Die Grünen sind mit den Stimmen der Koalition geladen worden.

Die Bürgerschaft wählte sechs Abgeordnete als Mitglieder und sechs als stellvertretende Mitglieder in den Untersuchungsausschuss, den Vorsitzenden stellte die CDU-Fraktion, der Abgeordnete Manfred Schramm vom Bündnis 90/Die Grünen fungierte als stellvertretender Vorsitzender.

Wir sind als Ausschuss am 27. Mai 2002 erstmalig zusammengetreten, haben bereits in dieser Sitzung die Verfahrensordnung beschlossen und einen ersten Beweisbeschluss zur Anforderung der für den Untersuchungsauftrag relevanten Akten gefasst. Wir haben in der Zeit vom 27. Mai letzten Jahres bis zum 27. Januar dieses Jahres, also in genau acht Monaten, insgesamt 29 interne Sitzungen abgehalten. Die Beweisaufnahme erfolgte in 13 öffentlichen Sitzungen, wir haben 14 Beweisbeschlüsse gefasst und insgesamt 43 Zeugen, teilweise mehrfach, gehört. Der vom Ausschuss beauftragte Gutachter Professor Pottschmidt wurde als sachverständiger Zeuge zur mündlichen Erläuterung seines Gutachtens gehört.

(C)

(D)

(A) Der Senat, der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen und der Bremerhavener Magistrat übersandten insgesamt 280 Akten einschließlich umfangreicher Aktenpläne des Magistrats. Die erste Aktenübersendung erfolgte am 17. Juni, die letzte am 5. Dezember letzten Jahres.

In diesem Zusammenhang sei anzumerken, dass der Ausschuss seine Arbeit nur deswegen zögerlich aufnehmen konnte, weil wir die Akten, die für den Untersuchungsgegenstand wesentlich waren, vom Magistrat und vom Rechnungsprüfungsamt erst ab Mitte August und damit mit dreimonatiger Verzögerung erhalten haben. Die hierfür von Oberbürgermeister Schulz und Stadtverordnetenvorsteher Beneken gelieferten Begründungen erwiesen sich als wenig stichhaltig, so dass erst auf Vermittlung des Präsidenten des Senats die notwendigen Akten der Stadt Bremerhaven beigezogen werden konnten, wofür wir als Ausschuss noch heute dankbar sind.

Dem Ausschuss haben drei Juristinnen als Ausschussassistenten, davon zwei aus dem Wissenschaftlichen Dienst der Bürgerschaft und stundenweise eine Mitarbeiterin der Verwaltung zugearbeitet. Lassen Sie mich an dieser Stelle den Mitarbeitern der Verwaltung ganz herzlichen Dank sagen für die intensive Arbeit, das Studium der Akten, das Vorbereiten der Beweisbeschlüsse und die Begleitung der Sitzung! Ich glaube, es war eine außerordentliche Leistung, die von ihnen, aber auch von der Protokollführung der Bremischen Bürgerschaft erbracht worden ist.

(Beifall)

Der Ausschuss hat trotz der Anfangsschwierigkeiten bei der Aktenübersendung durch die Stadt Bremerhaven, wie ich finde, sehr effizient gearbeitet und in der Kürze der Zeit ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielt, zu dem ich im Einzelnen noch Stellung nehmen werde.

Meine Damen und Herren, zu den Ergebnissen! Ein wesentlicher Inhalt des Konflikts zwischen dem Magistrat und dem Stadtverordnetenvorsteher auf der einen und dem Rechnungsprüfungsamt auf der anderen Seite war, dass der Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, SPD, für sich in Anspruch nahm, Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zu sein und auch Weisungen erteilen zu können. Hiergegen hat sich der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, wie sich nachweislich herausstellte, zu Recht gewehrt.

Zur Frage der Stellung des Rechnungsprüfungsamtes in der Verwaltungshierarchie des Landes Bremen und der Stadt Bremerhaven beauftragte der Ausschuss den ehemaligen Präsidenten des Staatsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts, Herrn Rechtsanwalt Professor Günter Pottschmidt, mit der Erstellung eines Gutachtens. Dieses Gutachten gehört zu den entscheidenden Ergebnissen des

Ausschusses und stellt zweifelsfrei eine gute Handlungsgrundlage zur Überprüfung der Strukturen der kommunalen Rechnungsprüfung in Bremerhaven dar. Hinsichtlich der Aussagen des Gutachters im Einzelnen darf ich, um Sie auch nicht über Gebühr zu langweilen, auf den Ausschussbericht verweisen. Lassen Sie mich aber einige Kernaussagen des Gutachtens zusammenfassen!

Der Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Bremerhaven ist nicht Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes, so dass er keine Kompetenzen anstelle der Stadtverordnetenversammlung ausüben und dem Rechnungsprüfungsamt keine Weisungen erteilen darf. Das Rechnungsprüfungsamt ist gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf die Auswahl des Prüfungsgegenstandes, die Arbeitsplanung, die Wahl des Prüfungszeitpunktes, das Prüfungskonzept, die Prüfungsintensität und die Ergebnisfeststellung und Bewertung unabhängig und weisungsfrei. Das Rechnungsprüfungsamt hat keine Befugnis, politische Entscheidungen zu bewerten. Die Untersuchungen der Auswirkungen politischer Entscheidungen hingegen sowie die Prüfung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Durchführung politischer Programme gehörten sehr wohl zu seinem Aufgabenbereich.

Das Rechnungsprüfungsamt ist nicht für die Strafverfolgung oder für die Ahndung von Dienstvergehen zuständig. Es darf zwar straf- und/oder auch disziplinarrechtlich relevante Sachverhalte und Verhaltensweisen darstellen, es darf aber nicht die Straf- und/oder Disziplinarverfolgung von Personen zu seiner Aufgabe machen. Das Rechnungsprüfungsamt darf nicht die Kommunalaufsicht oder die überörtliche Gemeindeprüfung mobilisieren. Bei rechtswidriger Behinderung von Prüfungen ist die Stadtverordnetenversammlung als Vorgesetzte einzuschalten.

Der Gutachter hat die Regelungen der vom Stadtverordnetenvorsteher Arthur Beneken, SPD, vorgelegten Dienstanweisung vom 31. Januar 2001 rechtlich geprüft mit dem Ergebnis, dass die Dienstanweisung teilweise die Grenzen der Weisungsbefugnis überschreitet und somit die Unabhängigkeit der Rechnungsprüfung berührt. Auf die Ausführungen im Ausschussbericht darf ich auch an dieser Stelle verweisen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, lässt sich daher feststellen, dass das Rechnungsprüfungsamt in Bremerhaven wie alle kommunalen Rechnungsprüfungsämter unabhängig und weisungsfrei ist. Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes hat sich daher zu Recht gegen die von Oberbürgermeister Schulz und Stadtverordnetenvorsteher Beneken beabsichtigten Beschneidungen seiner Kompetenzen gewehrt.

Die weiteren Untersuchungen des Ausschusses haben zu weiteren Erkenntnissen geführt, erstens:

(C)

(D)

(A) Die unterbliebene Beförderung, das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren sowie die disziplinarrechtlichen Vorermittlungen selbst stellen im Ergebnis keine unzulässige Einflussnahme auf den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes dar. Wegen der aus privaten Gründen erfolgten Aktenanforderung hat die Stadt Bremerhaven berechtigterweise einen Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Dienstvergehens angenommen und dementsprechend auch zu Recht disziplinarrechtliche Vorermittlungen eingeleitet. Bei Vorliegen eines Verdachts auf Dienstvergehen ist, und das ist die Verwaltungspraxis nicht nur in Bremerhaven, auch von einer Beförderung abzusehen.

Der Ablauf der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen eines beabsichtigten, gewollten, eigentlich beschleunigten Verfahrens wirft jedoch wegen der ungewöhnlichen Verfahrensdauer, die bis heute und nunmehr seit mehr als drei Jahren andauert, doch Fragen hinsichtlich der Korrektheit des Verhaltens auf.

Zudem hat der Dienstvorgesetzte, Oberbürgermeister Jörg Schulz, das Verfahren durch zahlreiche Vorwürfe außer diesem der unberechtigten Aktenbeziehung erweitert, ohne die erforderliche Prüfung selbständig vorzunehmen, bevor die Auftrags-erweiterung erfolgte. Ein Teil der gegen den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes erhobenen Vorwürfe hat sich im Übrigen auch durch die Vorlage des Rechtsgutachtens erledigt, weil ihm vorgeworfen wird, nicht die Weisungsbefugnis des Stadtverordnetenvorstehers Arthur Beneken zu akzeptieren.

(B) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an zweiter Stelle einige Anmerkungen zu den Vertragsentwürfen machen, die von Anfang an auch im Zentrum der öffentlichen Berichterstattung über den Untersuchungsausschuss standen! Der im Gespräch am 20. September 2000 vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Rosche vorgelegte Vertragsentwurf stellt objektiv einen Versuch der unzulässigen Einflussnahme auf das Rechnungsprüfungsamt dar. Leider ist es dem Untersuchungsausschuss nicht gelungen, den Verfasser dieses Papiers zu ermitteln.

Dem Untersuchungsausschuss wurde in diesem Zusammenhang eine etwas eigenwillige Geschichte der Papierentwicklung präsentiert. Nach seinem Bekunden hatte der damalige Magistratsdirektor Dietrich Kleine, SPD, die streitigen Punkte mit dem Rechnungsprüfungsamt für den Fraktionsvorsitzenden der SPD aufgelistet. Die Formulierungen, die er gewählt hat, waren wohl teilweise inhaltsgleich mit denen des ersten Vertragsentwurfes vom 19. September 2000.

Das Papier, das er verfasst hat, wurde dem Ausschuss nicht mehr vorgelegt, weil er es nach seinen Angaben nicht kopiert und den Vorgang vernichtet hat. Obgleich Herr Kleine dieses nach seinen Angaben aber unverfängliche und nicht rechtswidrige Pa-

pier direkt über den Botendienst der Verwaltung an den SPD-Fraktionsvorsitzenden sandte, kam bei diesem ein anderes Papier an.

Dem Untersuchungsausschuss ist es nicht gelungen, diese Metamorphose des Papiers der SPD aufzuklären. Rosche, Kleine und Beneken blieben auch in der Gegenüberstellungsvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss bei ihren Aussagen. Zufälligerweise hatten auch alle drei sämtliche Unterlagen vernichtet, so dass der Untersuchungsausschuss nicht mehr ermitteln konnte, ob es Übereinstimmungen zwischen den Papieren, die versandt wurden, und denen, die verfasst wurden, gibt. Eine Vereidigung der Zeugen, die aus Sicht von CDU und Bündnis 90/Die Grünen nahe lag und uns vielleicht ein Stückchen dichter an die Wahrheit gebracht hätte, wurde von der SPD bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Fest steht aber, der zweite von Herrn Beneken, SPD, überarbeitete Vertragsentwurf vom 21. September modifizierte die Regelungen des rechtswidrigen ersten Vertragsentwurfes nur unwesentlich. Bezogen auf die Weisungsrechte des Vorgesetzten wird immerhin die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes zwar anerkannt, jedoch wird weiter daran festgehalten, dass der Stadtverordnetenvorsteher Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes sein soll. Objektiv betrachtet stellen die Vertragsentwürfe vom 19. und 21. September 2001 den Versuch des Eingriffes in die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes und somit eine unzulässige Einflussnahme dar.

Drittes Ergebnis des Untersuchungsausschusses: Der Umgang mit Akteneinsichtsgesuchen und Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamtes entsprach nicht immer geltendem Recht. Die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Bremerhaven sieht vor, dass das Rechnungsprüfungsamt bei Bekanntwerden eines Verdachts auf Untreue oder Bestechung mit der Folge eines Vermögensschadens für die Stadt unverzüglich zu unterrichten ist. Dieser Vorschrift kam der Magistrat mehrfach verspätet oder gar nicht nach, so dass das Rechnungsprüfungsamt die vollständige Aufklärung der Sachverhalte erst mit entsprechender zeitlicher Verzögerung vornehmen konnte. Bei rechtzeitiger Information hätte das Amt die Arbeit der ermittelnden Dienststellen sachgerecht unterstützen können, so dass nicht wie im untersuchten Fall bei den gewerblichen Lehranstalten Straftaten aufgrund eingetretener Verjährung nicht mehr verfolgt werden und die Stadt keine Schadensersatzansprüche mehr geltend machen konnten.

Der Oberbürgermeister Jörg Schulz leitete teilweise von den Ermittlungsbehörden angeforderte Stellungnahmen und Berichte des Rechnungsprüfungsamtes, hier zum Beispiel zum Umbau des US-Hospitals beziehungsweise über die Zuwendung an freie Träger, nicht an die Polizei weiter. Damit wurde zwar nicht in die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes eingegriffen, aber die Ermittlungstätig-

(C)

(D)

- (A) keit von Polizei und Staatsanwaltschaft behindert. Das gilt im Übrigen auch für die Nichtweiterleitung einer von der Polizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft seitens des Rechnungsprüfungsamtes angeforderten Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen unbekannt wegen unbefugter Weitergabe eines Prüfberichtes über die Zuwendung an freie Träger.
- Der Oberbürgermeister leitete ein an die Staatsanwaltschaft gerichtetes Akteneinsichtsgesuch des Rechnungsprüfungsamtes nicht weiter. Damit wollte sich das Rechnungsprüfungsamt jedoch Informationen hinsichtlich der Verletzung geltender Vorschriften und Grundsätze der Haushalts- und Wirtschaftsführung verschaffen. Die Nichtweiterleitung stellt einen Eingriff in die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes durch den Oberbürgermeister Jörg Schulz dar. Die Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt und welche Informationen durch das Rechnungsprüfungsamt abgefragt werden, ist Bestandteil seiner Prüftätigkeit und fällt somit in die alleinige Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsamtes. Über das Akteneinsichtsgesuch hätte die Staatsanwaltschaft dann gesondert zu befinden gehabt.
- (B) Viertes Ergebnis des Untersuchungsausschusses: Die Prüfung des Personalbereichs stellt aufgrund des erheblichen Kostenvolumens zweifelsfrei einen Schwerpunkt der Haushaltsführung einer Stadt dar und muss daher auch einen Schwerpunkt der Rechnungsprüfung darstellen. Die hierfür wesentlichen Informationen lassen sich aus den Personalakten ersehen. Der Untersuchungsausschuss ist im Ergebnis mit dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen der Auffassung, dass eine ordnungsgemäße Prüfung im Personalbereich unabdingbar auch die Beiziehung von Personalakten voraussetzt. Das heißt, es ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, nach der das Rechnungsprüfungsamt künftig Einsicht auch in die Personalakten unter Wahrung datenschutzrechtlicher Bestimmungen erhalten kann.
- Fünftens: Der Untersuchungsausschuss konnte keine unzulässige Einflussnahme auf die Unabhängigkeit und Amtsführung des Rechnungsprüfungsamtes durch Organe des Landes feststellen. Der Senat war zwar über die Probleme zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes einerseits sowie dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Magistrat andererseits nicht im Detail informiert, er hatte den Vertragsentwurf aufgrund der Presseveröffentlichungen zur Kenntnis genommen, sah aber wegen der unbekanntenen Urheberschaft keine Möglichkeit zum Eingreifen.
- Sechstens: Das Verhalten des für die überörtliche Gemeindeprüfung zuständigen Präsidenten des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen ist dem Grunde nach nicht zu beanstanden. Die Berichte zur überörtlichen Gemeindeprüfung in den Jahren 1996 und 1997 setzen sich intensiv und objektiv mit den wesentlichen Bemerkungen der jeweiligen Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes auseinander. Der Rechnungshof bemühte sich auf kollegialer Ebene durch ausführliche Korrespondenz mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes bezüglich zahlreicher Konflikte um eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. So wurde der Stadtverordnetenvorsteher bei der Erarbeitung der umstrittenen Dienst-anweisung durch den Landesrechnungshof unterstützt.
- (C) Nach den Ergebnissen des Gutachtens von Professor Pottschmidt ist dieser Versuch jedoch als misslungen zu betrachten. Das gilt auch für die Beratung hinsichtlich der Frage der Vorgesetzteneigenschaft, zu der der Präsident des Landesrechnungshofs die Auffassung des Stadtverordnetenvorstehers geteilt hat. Der Rechnungshof übte hiermit aber keine unzulässige Einflussnahme auf das Rechnungsprüfungsamt aus, er nahm nicht unmittelbar auf das Rechnungsprüfungsamt Zugriff, was ihm im Übrigen auch rechtlich verwehrt ist. Der Rechnungshof betonte bei all seinen Bemühungen stets seine Unzuständigkeit in der Sache und fasste seine Tätigkeit lediglich als Vermittler auf.
- Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Schlussfolgerungen lassen sich für den Ausschuss und die Bürgerschaft aus den Ergebnissen unserer Tätigkeit ziehen? Die Stadt Bremerhaven ist aufgefordert, ihr Verhältnis zum Rechnungsprüfungsamt und dessen Leiter unter Berücksichtigung der zutreffenden Feststellungen des eingeholten Gutachtens neu zu definieren. Der Untersuchungsausschuss sieht insbesondere das Gutachten von Herrn Professor Pottschmidt als hervorragend geeignete Basis für Konsequenzen und Maßnahmen, die in Bremerhaven umzusetzen wären. Von hier aus könnten lediglich unverbindliche Hinweise erfolgen. Der Ausschussbericht enthält hierzu einige Punkte. Lassen Sie mich daher wie folgt zusammenfassen:
- (D) Erstens: Nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses ist die Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Bremerhaven geklärt. Nicht der Stadtverordnetenvorsteher, sondern die Stadtverordnetenversammlung insgesamt als Kollegialorgan ist alleiniger und ausschließlicher Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist wiederum Vorgesetzter der übrigen Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes.
- Zweitens: Das Rechnungsprüfungsamt ist gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung unabhängig. Hier nenne ich ausdrücklich: Die Auswahl des Prüfungsgegenstandes, die Arbeitsplanung, die Wahl des Prüfungszeitpunktes, das Prüfungskonzept, die Prüfungsintensität und die Ergebnisfeststellung obliegen allein und ausschließlich dem Rechnungsprüfungsamt und sind nicht durch den Stadtverordnetenvorsteher zu beeinflussen. In all diesen Punkten ist das Rechnungsprüfungsamt

(A) auch nicht weisungsgebunden. Die Weisungen, auch durch die Stadtverordnetenversammlung insgesamt, beschränken sich ausdrücklich nur auf den äußeren Dienstbetrieb und dürfen nicht die Prüfungen als solche betreffen.

Drittens: Das Rechnungsprüfungsamt ist aber weder für die Ahndung von Straftaten noch von Disziplinarverletzungen zuständig. Soweit das Rechnungsprüfungsamt und sein Leiter in den Berichten hierzu sehr pointierte Aussagen getroffen haben, empfiehlt es sich, die Formulierungen zu überdenken. Das Rechnungsprüfungsamt darf auch nicht die Kommunalaufsicht oder die überörtliche Gemeindeprüfung mobilisieren. Wenn es sich in seiner Arbeit behindert fühlt, hat es sich an die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu wenden.

Viertens: Der Stadtverordnetenvorsteher als Bindeglied zwischen Rechnungsprüfungsamt und Stadtverordnetenversammlung und den von ihr beauftragten Ausschüssen darf den Kontakt zwischen Rechnungsprüfungsamt und Stadtverordnetenversammlung nicht unterbinden. Vielmehr ist er gesetzlich verpflichtet, Prüfberichte und Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung und an die von ihr beauftragten Ausschüsse weiterzuleiten.

(B) Fünftens: Mit der Fertigstellung und Aushändigung der Prüfberichte an den Magistrat und den Oberbürgermeister geht das weitere Verfahren, insbesondere die Weiterleitung an die Gremien, in dessen Verantwortungsbereich über. Es existiert keine Aufsicht des Rechnungsprüfungsamtes. Allerdings kann sich das Rechnungsprüfungsamt für den Fall, dass seine Berichte nicht weitergeleitet werden, an die ihm vorgesetzte Stadtverordnetenversammlung wenden.

Sechstens: Akteneinsichtsgesuche des Rechnungsprüfungsamtes bei Ermittlungsverfahren sind durch den Dienstvorgesetzten, also den Oberbürgermeister, zukünftig weiterzuleiten, soweit diese die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes berühren.

Siebtens: Der Ausschuss hat festgestellt, dass der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes pflichtwidrigerweise zwei Akten aus privater Veranlassung anfordern ließ. Der gegen ihn erhobene disziplinarrechtliche Vorwurf ist inzwischen jedoch für sich genommen wegen der langen Verfahrensdauer verjährt. Es könnte höchstens sein, dass sich aus den weiter erhobenen Vorwürfen eine Verjährungsunterbrechung ergibt, wobei ich bereits eingangs darauf hingewiesen habe, dass ein Teil der Vorwürfe wie die Nichtanerkennung des Stadtverordnetenvorstehers als Dienstvorgesetzter sich durch das Gutachten von Herrn Professor Pottschmitt als nicht stichhaltig erwiesen hat.

Jetzt sind noch so maßgebliche Vorwürfe im Raum wie die unberechtigte Antragstellung auf Erstattung von Telefonkosten. Ob dies die Einleitung und

Durchführung eines disziplinarrechtlichen Vorermittlungsverfahrens rechtfertigt, wird der Vorermittlungsführer nach seinem Bekunden noch in diesem Monat abschließend bewerten.

(C)

Mit der Einleitung der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen rechtfertigt sich auch die Nichtbeförderung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum 1. Oktober 1999. Eine unzulässige Einflussnahme auf die unabhängige Rechnungsprüfung kann daher durch die Einleitung der disziplinarrechtlichen Vorermittlung selbst nicht gesehen werden.

Achtens: Der Ausschuss konnte nicht abschließend klären, ob der Verlauf und die Dauer des Disziplinarverfahrens jedoch geeignet waren, eine unzulässige Einflussnahme auf den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes anzunehmen. Die zeitlichen Abläufe und die Art der Erweiterung des Verfahrens sind zumindest ungewöhnlich. Es ließ sich kein Beleg finden, wonach die Handelnden mit der Dauer des Disziplinarverfahrens subjektiv, also für sich gewollt, eine Einflussnahme auf das Rechnungsprüfungsamt oder seine Amtsführung beabsichtigten.

Neuntens: In Verkennung der Rechtslage ging der Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, SPD, davon aus, Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zu sein. Vor diesem Hintergrund beschloss der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss auf seinen Vorschlag hin die Dienstanweisung vom 31. Januar 2001, die in wesentlichen Punkten nach dem Gutachten von Professor Pottschmitt rechtlich nicht haltbar ist. Der Ausschuss vermochte aber darin letztlich keine unzulässige Einflussnahme zu sehen.

(D)

Zehntens: Die Vertragsentwürfe vom 19. und 21. September 2000 bewertet der Untersuchungsausschuss ihrem Inhalt nach als Versuch der unzulässigen Einflussnahme auf das Rechnungsprüfungsamt. Wäre die Vereinbarung zustande gekommen, so hätte sie die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes erheblich beeinträchtigt. Der Ausschuss hat es jedoch in seiner Bewertung offen gelassen, ob der Vorgang im Übrigen vor dem Hintergrund der langwierigen und erheblichen Konflikte zwischen dem Magistrat und dem Stadtverordnetenvorsteher einerseits und dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes andererseits zu rechtfertigen war, weil der Ausschuss hier zu keiner mehrheitlichen Auffassung gelangt ist.

Elftens: Ein wesentliches Ergebnis der Ausschussarbeit ist durch den Landesgesetzgeber, also durch uns hier als Bremische Bürgerschaft, umzusetzen. Dem Rechnungsprüfungsamt ist die Möglichkeit einzuräumen, im Rahmen seiner Prüftätigkeit Einsicht in Personalakten zu nehmen. Dabei ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen zu beachten.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss hat sich bemüht, in seiner achtmonatigen Tätigkeit Hintergründe und Auswege für die beste-

(A) hende Konfliktlage zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes in Bremerhaven und dem Stadtverordnetenvorsteher sowie dem Magistrat zu finden. Wir haben mit dem vorliegenden Bericht, wie ich finde, eine geeignete Grundlage geschaffen, dass Magistrat und Rechnungsprüfungsamt zukünftig in der notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit wieder zueinander finden können.

Als Untersuchungsausschussvorsitzender kann ich sagen, dass sich unsere Arbeit dann gelohnt hat, wenn diese von uns vorgelegten Handlungsmaßstäbe in Bremerhaven zur Umsetzung gelangen und damit eine unabhängige, weisungsfreie, gesetzlich zulässige Rechnungsprüfung in Bremerhaven wieder stattfindet. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von den Grünen initiierte Untersuchungsausschuss „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ hatte den Auftrag festzustellen, ob es eine unzulässige Einflussnahme auf die Funktion und Amtsführung des unabhängigen Rechnungsprüfungsamtes der Stadtgemeinde Bremerhaven gibt. Für uns lässt sich schon jetzt feststellen, diese Einflussnahme gab es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre besser gewesen, dieser Untersuchungsausschuss hätte von Anfang an Herrn Professor Pottschmidt um ein Gutachten für das Rechtsverhältnis zwischen Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und dem Rechnungsprüfungsamt gebeten, das Ergebnis abgewartet, es nach Bremerhaven geschickt und die dortigen Stellen aufgefordert, sich auf die Grundlage dieses Gutachtens einzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen gab es den Kollegen Manfred Schramm, der sich als Genmanipulator versuchte. Er blies eine Mücke zum Elefanten auf, ein Elefant, der im Laufe des Untersuchungsausschusses wieder auf Mückengröße zurückgeschrumpft wurde!

(Beifall bei der SPD)

Ich betone noch einmal, dass wir keine unzulässige Einflussnahme auf die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes feststellen konnten. Vielmehr haben wir ein Rechnungsprüfungsamt erlebt, das von einem Amtsleiter geleitet wird, der in dem Um-

gang mit anderen Personen eine klassische Fehlbesetzung ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Mittelpunkt der Ausschussarbeit stand dann auch immer das Handeln des Amtsleiters und standen nicht so sehr die Probleme des Rechnungsprüfungsamtes, das heißt, zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes und der Stadtverwaltung gab und gibt es eine konstruktive Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen dem 1997 eingestellten Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven war von Anfang an als problematisch und konfliktbeladen zu bezeichnen.

Der Untersuchungsausschuss hat einige der Konflikte zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und den Organen der Stadt Bremerhaven beleuchtet. Dabei ging es zunächst nur darum, den Hintergrund eines Vergleichsvertragsentwurfes aus dem September 2000 in den Kontext der Ereignisse zu stellen. Nur dieser Vergleichsvertragsentwurf war es, den die Grünen zum Anlass nahmen, den Untersuchungsausschuss einzuberufen. Wir dagegen wollten die gesamte Geschichte beleuchten, weil wir meinten und auch heute noch der Meinung sind, dass eine Bewertung, ob es eine unzulässige Einflussnahme auf die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes gegeben hat, nicht isoliert erfolgen kann, sondern nur im Zusammenhang der Ereignisse unter Berücksichtigung der Vorgeschichte geschehen kann.

Tatsache ist, dass aus dem Kontext Gerissenes unwahr sein kann. Bei diesen Untersuchungen zeigte sich, dass der Vergleichsvertragsentwurf eine lange Vorgeschichte hat, die aus den beinahe permanenten Querelen zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und den Organen der Stadt Bremerhaven bestand. Dabei war es einerlei, welcher politischen Couleur diese Organe und die Vertreter waren. Der neue Leiter des Rechnungsprüfungsamtes wurde sehr bald von allen Verantwortlichen in der Verwaltung als querulatorisch, so der ehemalige Oberbürgermeister Richter, empfunden, und die Kontakte wurden auf ein Minimum begrenzt. Dabei spielte es eben keine Rolle, ob die Verantwortlichen Mitglieder der SPD sind, der FDP oder der CDU waren.

Die Probleme, die es mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes gab, spiegeln sich in allen Aussagen der Zeugen im Rahmen der öffentlichen Zeugenvernehmung wider. Das waren neben Oberbürgermeister Richter, FDP, Bürgermeister Niederquell, CDU, sowie der Präsident des Rechnungshofes, Herr Spielhoff, ohne Parteizugehörigkeit. So sagte Herr Richter, FDP, Zitat aus der öffentlichen Beweisaufnahme: „Es zeigte sich für mich dann in relativ kurzer Zeit, dass seine Auffassung“ – er spricht von Herrn Mattern – „von der Ausübung seiner Pflicht nicht so sehr viel – wie soll ich sagen – mehr davon geprägt war, dass das Rechnungsprüfungsamt so eine Art

(C)

(D)

- (A) Superbehörde ist und das, was seine persönlichen oder amtlichen Wünsche sind, doch zu befolgen sei, in jedem einzelnen Fall.“

Herr Richter führt weiter aus: „Ich sehe das Rechnungsprüfungsamt als eine Behörde mit einem besonderen Auftrag, das ist ja auch festgelegt, aber doch als Bestandteil der öffentlichen Verwaltung. Es gibt natürlich aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten und auch aufgrund der Aufgabenstellung eine Sonderstellung, eine Position, die dem Rechnungsprüfungsamt Vollmachten gibt, die andere Ämter gewiss nicht haben. Von daher kommt eine größere Verantwortung auf das Rechnungsprüfungsamt zu, aber es setzt das Rechnungsprüfungsamt nicht an eine quasi judikative Stelle.“ So das Zitat von Herrn Oberbürgermeister a. D. Richter!

Ähnlich äußerte sich der Noch-Bürgermeister Niederquell, CDU: „Es gab gelegentlich Unmutsäußerungen einzelner Magistratsmitglieder über die Art der Prüfberichte, über die Schärfe der Prüfberichte, über die Maßlosigkeit der Anwürfe, es gab Unzufriedenheit über den immer währenden Hinweis auf Disziplinar- und Strafverfahren, selbst bei meines Erachtens nicht sonderlich relevanten Themen.“ So das Zitat von Herrn Niederquell!

- (B) Ich will noch den Präsidenten des Rechnungshofes Bremen, Herrn Spielhoff, zitieren aus der öffentlichen Beweisaufnahme: „Die Ausgangslage war für mich so ein bisschen eigenartig, dass es eine Einrichtung gibt, die im Grunde, und den Eindruck hat Herr Mattern manchmal erweckt, in der Weise unabhängig ist, dass es überhaupt niemanden gibt, der ihm sagen kann, während, und das habe ich Herrn Mattern auch ein paar Mal gesagt, der Rechnungshof, wenn der etwas machen muss, der muss immer eine Kollegiumsentscheidung machen. Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist in seiner Weise unabhängig, dass überhaupt niemand da sein soll, der ihm unter Umständen irgendetwas sagen kann.“

Abschließend ein Zitat von Herrn Spielhoff: „Wie kann man eine Korrespondenz darüber anfangen, dass 1,80 DM Fotokopierkosten nicht eingezogen worden sind? Dann fasst der Magistrat noch einen Beschluss darüber, dass darauf nicht geantwortet werden soll. Da muss ich“ Herr Spielhoff, „glaube ich, sagen, da ist irgendetwas nicht in Ordnung.“

(Beifall bei der SPD)

Herr Spielhoff, ich habe doch noch ein Zitat von Ihnen, und ich zitiere: „So gibt es eben reihenweise, im Grunde jeder Vorgang, da kann man jeden Vorgang im Grunde nehmen, wo man sich sagt: Sind die eigentlich noch normal?“ In die Richtung des Nordens jetzt von mir gezeigt! „Die Streitereien etwa um den Vertreter von Herrn Mattern, wenn er da eine Fortbildungsanweisung von Herrn Mattern rückgängig gemacht hat, dann da eine neue Anweisung zu machen, da muss der Oberbürgermeister Briefe

schreiben, da werden irgendwelche Leute eingeschaltet, die das rechtlich prüfen, welche Rechte hat eigentlich der Vertreter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes!“ Soweit die Zitate der Vertreter, die als Zeugen in unserem Ausschuss waren!

(C)

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an den Zitaten und gerade auch an dem Zitat von Herrn Spielhoff, der nun nicht im Geruch steht, in die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes eingreifen zu wollen, welche Probleme es mit dem Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes gab und immer noch gibt. Man kann es auch so formulieren: Der Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes hat mit Kanonen auf Spatzen geschossen und dabei auch vielfach über das Ziel hinausgeschossen. Wohin er geschossen hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Im Ergebnis hat jedenfalls eine unerbittliche Inquisition, sein ständiger Ruf nach Disziplinar- und Strafverfahren dazu geführt, dass viele Mitarbeiter in der Verwaltung sich geradezu kriminalisiert fühlten. Ich füge an, dass man aufpassen muss mit dem, was man behauptet. Die Verwaltung der Stadtgemeinde Bremerhaven in Gänze hat ein Anrecht darauf, für sich wahrgenommen zu werden und nicht durch den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, wie es die Zeugen sagten, kriminalisiert zu werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. B o r t t -
s c h e l l e r [CDU]: Wer hat den denn aus-
gesucht?)

(D)

Wenn ich das so sage, weil ich hier Kopfschütteln sehe, ging es fast nie um die sachliche Kompetenz des Rechnungsprüfungsamtsleiters. Es ging um seine Konsequenzen, die er als Judikative forderte, strafrechtlich und disziplinarrechtlich vorzugehen. Man muss die Verwaltung verstehen, dass doch keiner mehr etwas tut, wenn er sofort die Schelte von einem bekommt, der meint, er müsse es besser wissen.

Fazit zu diesem Sachkomplex: Dem Magistrat ist nach all dem vorzuwerfen, dass er der Amtsführung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes so lange tatenlos zugesehen hat und auf die rechtlich sicher zulässige Umsetzung dieses ungeeigneten Mitarbeiters verzichtet hat. Für die Umsetzung ist es nicht erforderlich, dass sich der entsprechende Beamte disziplinarrechtlicher Vergehen schuldig gemacht hat. Es reichen vielmehr, darüber hat uns Herr Professor Pottschmidt informiert, anhaltende Querelen im Amt aus.

An der Existenz anhaltender Querelen zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und dem Magistrat ist nach den genannten Ergebnissen der Beweisaufnahme nicht im Geringsten zu zweifeln. Die Nichtumsetzung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes ist insofern als unzulässige Einflussnahme zu qualifizieren, weil es unserer Überzeugung

- (A) nach feststeht, dass die Prüfungstätigkeit des Amtes unter diesem Amtsleiter Schaden genommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist jetzt an dem Oberbürgermeister der Stadtgemeinde Bremerhaven, zusammen mit der Stadtverordnetenversammlung den Amtsleiter umzusetzen. Das Ansehen der öffentlichen Verwaltung und das Ansehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes darf nicht länger geschädigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem Punkt kommen, der im Verlauf der Arbeit des Untersuchungsausschusses auch eine Rolle gespielt hat, das disziplinarrechtlich relevante Fehlverhalten des Rechnungsprüfungsamtsleiters! Es ist nicht im Fokus eines Untersuchungsausschusses des Landtages, dies eigentlich im Kern zu beleuchten, doch in diesem Fall ist es wichtig, den Sachverhalt zu kennen, da dieser neben den eben erwähnten Querelen im Zusammenhang mit dem noch anzusprechenden Vergleichsvertragspapier zu sehen ist.

- (B) Unsere Untersuchungen haben eindeutig ergeben, dass der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes eine Akte seiner thailändischen Lebensgefährtin beim Ausländeramt und die Unterhaltsvorschussakte ihres minderjährigen Kindes hat anfordern lassen. Das klingt schon an sich seltsam, warum fordert da jemand die Unterhaltsakten von ihm nahe stehenden Personen an? Man könnte das rechtfertigen, wenn das Rechnungsprüfungsamt allgemein alle Ausländerakten oder alle Unterhaltsvorschussakten geprüft hätte. Da hätte dann zufälligerweise auch die Lebensgefährtin des Herrn Mattern dabei sein können. So war es aber eben nicht. Er hat eben nur ganz gezielt diese beiden Akten durch Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes anfordern lassen. Da frage ich mich dann schon, was er damit wollte.

Man versteht das, wenn man noch weiß, dass seine Lebensgefährtin anschließend rückwirkend Unterhaltsvorschuss für ihr minderjähriges Kind beantragt und auch bekommen hat. Es ging aber wohl nicht nur um die Frage, ob dies rechtlich möglich ist – die hat sich Herr Mattern vom Jugendamt direkt beantworten lassen –, offenbar ging es auch um die Frage, ob die Akten etwas enthalten, das dieser rückwirkenden Zahlung im Wege steht. Als klar war, dass dies nicht der Fall war, konnte der Unterhaltsvorschuss beantragt werden. Unabhängig davon, ob er nun zu Recht oder Unrecht ausgezahlt wurde, und unabhängig davon, ob die Lebensgefährtin damit einverstanden gewesen ist, dass Herr Mattern diese Akten angefordert hat, er hat hier seine dienstlichen

- Kompetenzen zu privaten Zwecken eingesetzt, und dies geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch rechtlich unzulässig. Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes soll eben das Finanzgebaren der Stadtgemeinde Bremerhaven prüfen und seine Akteneinsichtsrechte nicht dafür benutzen, persönliche Verhältnisse zu klären. Folglich wurde vom Magistrat ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Mattern eingeleitet, und ich glaube auch, das ganz zu Recht.

(Beifall bei der SPD)

Aus der Geschichte lässt sich folgern, dass ein schweres Dienstvergehen durch den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes begangen wurde. Diese Einschätzung hatte auch die Generalstaatsanwältin, und auch der Vorermittlungsführer im Disziplinarverfahren gegen Herrn Mattern kommt zu diesem Ergebnis. Soweit der Verdacht eines Dienstvergehens vorliegt, ist es rechtswidrig, einen Beamten zu befördern, weil seine Eignung gerade angezweifelt wird und am Ende des Disziplinarverfahrens sogar eine Degradierung stehen kann. Voraussetzung für eine Beförderung ist unter anderem, dass der Beamte sich fachlich und persönlich als geeignet erwiesen hat. Zweifel an der persönlichen Eignung sind auf jeden Fall berechtigt, solange disziplinarische Vorermittlungen durchgeführt werden. So wäre es unrechtmäßig gewesen, nach den Aktenanforderungen den Rechnungsprüfungsamtsleiter zu befördern.

Das Disziplinarverfahren hat leider so lange gedauert, dass die Gefahr besteht, dass der Sanktionsanspruch seitens des Dienstherrn verjährt ist. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Herr Dr. Dopatka, der von Herrn Manfred Lissau als Vorermittlungsführer abgelöst wurde, lange Zeit nicht zu Potte kam. Herr Lissau hat inzwischen insoweit geäußert, dass ein Dienstvergehen vorliegt, er prüft zurzeit allerdings, ob dieses verjährt ist

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Viel harmlosere Dinge hießen gestern Vorverurteilungen!)

oder ob die Verjährung durch weitere Vorfälle unterbrochen wurde. Herr Schramm meint nun, diese mögliche Verschleppung sei mehr oder weniger Absicht gewesen, nicht nur Absicht von Herrn Dopatka, sondern auch die Absicht des Magistrats der Stadtgemeinde Bremerhaven. Daraus konstruieren Sie dann eine unzulässige Einflussnahme. Das ist natürlich grotesker Unsinn, den Sie da formulieren.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Erstens könnte es überhaupt keine Einflussnahme durch die Organe der Stadt Bremerhaven oder des Landes geben, dazu gehört Herr Dopatka nachweislich bekanntermaßen nicht. Erst wenn man beweisen könnte, dass Herr Dopatka auf Anweisung oder Rat der Stadt Bremerhaven das Verfahren bewusst verschleppt hat, müsste man diesem Vorwurf nachgehen. Aber diese Beweisführung ist nicht einmal versucht worden, weil alle wussten, was am Ende herauskommt. Wichtiger ist, der Magistrat als Dienstherr hätte sich ja damit selbst durch die Brust ins Auge geschossen. Warum? Weil durch eine zeitliche Verzögerung das Dienstvergehen möglicherweise verjährt ist! Damit wird die Umsetzung von Herrn Mattern auf einen anderen Posten schwieriger, aber genau diese Umsetzung ist nach unserer Auffassung dringend geboten, und wenn ich richtig höre, sehen das in Bremerhaven auch schon viele andere, dass es dringend notwendig ist, den Amtsleiter umzusetzen.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Die Welt blickt auf Bremerhaven!)

Fazit zu diesem Sachverhalt: Inwieweit aus dem Verlauf der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und des Disziplinarverfahrens eine unzulässige Einflussnahme auf die Unabhängigkeit und Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes zu begründen ist, lässt sich nicht nachvollziehen und ist rational nicht zu erschließen. Nur wer selbst in Kategorien eines perfiden Intriganten denkt, kann zu einem solchen Ergebnis kommen.

(B)

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Frau L i n - n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein Millimeter dem Gegner! Das ist vielleicht eine Geisteshaltung!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kommen wir nun zu der engeren Vorgeschichte des angeblichen Casus knacksus des Untersuchungsausschusses, zu dem schon erwähnten Vergleichsvertragsentwurf vom September 2000! Im Vorfeld des in der Stadt Bremerhaven einheitlich festgelegten Beförderungstermins bereitete der Magistrat eine Vorlage zur Beförderung von Bediensteten mit Wirkung zum 1. Oktober 2000 vor. Die Beförderung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes war wegen der laufenden disziplinarrechtlichen Vorermittlungen zum bekannten Termin nicht vorgesehen. Aus diesem Grund veranlasste die CDU-Fraktion in der Koalitionsrunde die Aussetzung der entsprechenden Magistratsvorlage, so dass alle zum 1. Oktober 2000 geplanten Beförderungen gefährdet waren. Soweit richtig, Herr Teiser! Erst durch öffentlichen Druck der Beschäftigten konnte die Beförderung der Bediensteten bei der Stadt Bremerhaven durchgeführt werden,

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das stimmt wiederum nicht!)

jedoch ohne den Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes. Im Rückblick und mit den Erfahrungen, die ich heute habe, kann ich Ihnen sagen, und ich bin mir sicher, dass hier der Grundstein für die spätere lebhaftere Diskussion um das Rechnungsprüfungsamt seinen Ursprung hatte.

(C)

(Unruhe – Glocke)

Weil es nun diese Blockadehaltung seitens der CDU gab, bemühten sich die Koalitionsfraktionen der SPD und der CDU im September 2000 um eine politische Lösung mit dem Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes. Der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Bremerhaven, Michael Teiser, bat den Oberbürgermeister sowie den Vorsitzenden der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Paul Bödeker, zur Lösung des Problems ein Gespräch mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zu führen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Ich?)

Insbesondere sollte auch versucht werden, daran lag Teilen der CDU, das disziplinarrechtliche Vorermittlungsverfahren zu beenden.

Ich zeige Ihnen gern nachher Ihre Zitate aus der Vernehmung. Daraus zitiere ich teilweise.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Ich habe sie gebeten? Ich habe gesagt, wenn sie wollen, können sie es machen!)

(D)

So sollte eine Beförderung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum Oktober 2000 ermöglicht werden. Auch der Anwalt von Herrn Mattern hatte beim Oberbürgermeister um eine vergleichende Lösung des Problems nachgesucht. Da der Oberbürgermeister eine verwaltungsseitige Lösung für ausgeschlossen hielt, lehnte er eine Beteiligung an einem Lösungsversuch ab. Stattdessen empfahl er, die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Klaus Rosche und Paul Bödeker, zu beauftragen, um im Ergebnis eine Lösung zu erreichen. Zur Vorbereitung bat Klaus Rosche um eine Zusammenstellung der aus der Sicht der Verwaltung regelungsbedürftigen Punkte. Daraufhin vereinbarte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Paul Bödeker, mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes für den 20. September 2000 einen Termin, der in den Räumlichkeiten des Büros des Stadtverordnetenvorstehers stattfand.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Klaus Rosche, hat ausgesagt, er habe unmittelbar vor dem Gespräch in seinem Büro in der Stadtverordnetenfraktion den Posteingang durchgesehen und einen an ihn persönlich adressierten Umschlag gefunden, in dem sich der Vergleichsvertragsentwurf vom 19. September befand.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Ohne Absender!)

(A) Auch wir, lieber Kollege Teiser, können die Metamorphose nicht auflösen. Ich kann es nicht, ich bin der Fragende, und die anderen waren die Antwortenden!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Ich habe keinen Namen genannt! Ohne Absender!)

Klaus Rosche legte den Vergleichsvertragsentwurf den beiden anderen Gesprächsteilnehmern, Herrn Bödeker und Herrn Mattern, vor. Mit welchen Worten dies geschehen ist und wie dies gemeint gewesen sein könnte, darüber besteht keine Einigkeit zwischen den beiden in dem Gespräch anwesenden Personen. Für mich ist in jedem Fall ebenso wie für den Staatsanwalt in Bremerhaven klar, dass Herr Mattern nicht genötigt werden sollte, das Papier zu unterschreiben.

Ersparen Sie es mir, Ihnen die Details der Gegenüberstellung zu sagen! Ich will Ihnen ersparen, dass ein Teil der Zeugen gar nicht wusste, dass es Kaffee gab. Ein Teil, das will ich Ihnen auch ersparen, wusste noch nicht einmal, dass jemand anders im Zimmer ist, als man dort hineinging. Sie sehen also an diesen Beispielen, wie durchaus illuster die Diskussion darüber war, wie das Gespräch eigentlich stattgefunden hat. Deswegen erspare ich mir das Weitere über die Gesprächssituation anhand des zweiten Papiers.

(B) Wichtig ist nur, dass der Stadtverordnetenvorsteher dann aufgrund des letzten Gespräches einen zweiten Vertragsentwurf vom 21. September 2000 per Fax an die Vorsitzenden der SPD-Fraktion und danach, mit dem Einverständnis von Herrn Rosche, auch an die CDU faxte. Eine weitere Erörterung dieses Vertragsentwurfs fand nicht mehr statt, da die CDU- und SPD-Fraktionen die Angelegenheit nicht weiter verfolgen wollten. Das Papier, hat Herr Teiser sinngemäß in der Vernehmung gesagt, sollte in der Schublade verschwinden. Dann war Pause, ungefähr ein Jahr lang war Pause. Erst dann kam die Geschichte an die Öffentlichkeit und führte zu dem, was seit 2001 öffentlich bekannt ist. Es ist schon seltsam, dass ein Jahr Pause ist und man sich doch die Frage stellen muss: Wer hat eigentlich ein Interesse daran gehabt, dass nach einem Jahr Pause diese Geschichte das Licht der Öffentlichkeit erreicht hat?

Fazit zu den Vertragsvergleichsentwürfen: Der Vertragsvergleichsentwurf kann im Zusammenhang der Konflikte zwischen dem Rechnungsprüfungsamtsleiter und dem Magistrat nicht als unzulässige Einflussnahme auf die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes gewertet werden. Vor allem stand hinter dem Entwurf und den Verhandlungen die Forderung Matterns, befördert zu werden. Weil das wegen des laufenden Disziplinarverfahrens ausgeschlossen war, hat sein Anwalt angeregt, einen außergerichtlichen Vergleich herbeizuführen, um das Disziplinarverfahren aus der Welt zu schaffen.

Auch wenn der Vertragsentwurf in vielen Punkten sprachlich missglückt und im juristischen Sinne in wenigen Punkten unpräzise und deshalb angreifbar ist, lässt sich das Papier nicht als unzulässige Einflussnahme bewerten. Es hatte die Funktion, einen für alle unerträglich gewordenen Konflikt zu lösen. Der Versuch, den Konflikt durch eine einvernehmliche Einigung zu lösen, kann aber nicht als unzulässige Einflussnahme gewertet werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Strafrechtlich relevant ist der Entwurf ebenso wenig, so dass hier auch nicht mit dem Vorwurf der Nötigung oder dem vorhandenen absurden Vorwurf der Bestechung gearbeitet werden kann. Dies hat auch das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ergeben.

Liebe Frau Linnert, wenn Sie sich einmal die Mühe gemacht hätten, sich im Ausschuss das anzuhören, was dort gelaufen ist, und Ihr Kollege Herr Schramm mit dazu beigetragen hätte, hätten wir vernünftiger arbeiten können, weil er die ganzen Wochen nicht vorhanden war! Die Grünen haben im Ausschuss nichts dazu beigetragen, das nur annähernd rechtfertigen würde, was Sie andauernd hier dazwischenrufen!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen das, es war vielmehr die Arbeit des Vorsitzenden und des SPD-Obmannes, diesen Ausschuss zu einem Ergebnis zu bekommen. Der Kollege Röwekamp nickt an der Stelle, also so weit kann ich nicht daneben liegen!

(Heiterkeit – Abg. T e i s e r [CDU]: Der nickt immer, wenn er gelobt wird!)

Zum damaligen Zeitpunkt konnte – .

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber ohne Herrn Schramm hätten wir gar nichts machen können, weil es den Ausschuss nicht gegeben hätte!)

Ja, das stimmt! Lassen Sie mich dann wieder zu meinem Manuskript kommen!

Zum damaligen Zeitpunkt konnten diese Punkte aber durchaus als vertretbare Meinung gebilligt werden, da sie von vornherein keine unzulässige Einflussnahme darstellten. Dies betrifft vor allem die Vorgesetzteneigenschaften des Stadtverordnetenvorstehers, dem genauso irriige Rechtsmeinung zuzubilligen ist, wie dies in dem Bereich des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes auch geschah.

Missglückt ist das Papier insoweit auch deshalb, weil versucht wurde, vertragliche Absprachen, die

(C)

(D)

(A) in der Privatwirtschaft durchaus üblich sind, auf beamtenrechtliche Verhältnisse zu übertragen. Damit ist das Angebot gemeint, den Rechnungsprüfungsamtsleiter zu befördern, wenn dieser sich auf eine andere Stelle bewirbt. Das geht wegen der übergeordneten Besonderheiten des Beamtenrechtes nicht. Es stimmt doch auch, Herr Teiser hat es doch im Ausschuss gesagt, dass auch er angesprochen wurde: Könnte man Herrn Mattern nicht in Bremen irgendwo unterbringen?

(Abg. T e i s e r [CDU]: Jetzt müssen Sie auch sagen, wer mich angesprochen hat!)

Ich erzähle doch hier nichts, was nicht irgendwo aus der Welt kommt, sondern ich erzähle Ihnen die Geschichte eines Rechnungsprüfungsamtsleiters, der in sich Probleme hat, die Konflikte ausgelöst haben, die dann irgendwann nur noch politisch handelbar waren, aber am Ende doch nicht handelbar waren. Verstanden?

(Heiterkeit – Abg. B ü r g e r [CDU]: Was sind denn In-Sich-Probleme?)

(B) Lassen Sie mich dann, Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, noch etwas zu den Rücktrittsforderungen der Grünen gegenüber dem Stadtverordnetenvorsteher sagen! Soweit der Stadtverordnetenvorsteher eingefordert hat, er sei Vorgesetzter von Herrn Mattern, hat er insoweit geirrt, als er nach heutigen Erkenntnissen aus dem Pottschmidt-Gutachten nicht Vorgesetzter ist. Irrige Rechtsauffassungen unterlaufen aber bekanntlich selbst den Bundesgerichten, so dass man darin keine unzulässige Einflussnahme auf das Amt erblicken kann.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Anfügen muss ich noch, dass der Stadtverordnetenvorsteher sich auf der Grundlage einer durch die Koalition von CDU und SPD in Bremerhaven beschlossenen Dienstanweisung bewegt hat. Es gab im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss Bremerhaven keine Anzeichen dafür, dass der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung oder auch die Stadtverordneten in Gänze das Handeln des Stadtverordnetenvorstehers eingegrenzt hätten. Der Stadtverordnetenvorsteher musste und konnte davon ausgehen, dass er im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung gehandelt hat.

Außerdem befindet sich der Stadtverordnetenvorsteher in bester Gesellschaft.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt! – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun warten Sie doch ab, was ich weiter sagen werde! Der Stadtverordnetenvorsteher befindet sich in

(C) bester Gesellschaft der Personen, die gesagt haben, er ist Vorgesetzter. Das haben die CDU-Stadtverordneten durch den Beschluss im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss gesagt, das war die Meinung des Rechtsamts, und es war auch die Meinung des Rechnungshofs Bremen.

Das Fazit des Untersuchungsausschusses steht jetzt an, Ihnen mitgeteilt zu werden. Einen Teil der Punkte hat der Vorsitzende schon vorgetragen. Eine unzulässige Einflussnahme gab es nicht. Einen Blick nach vorn gestattet das Gutachten von Professor Pottschmidt, das die anderen Parteien zunächst für überflüssig hielten, sich nun aber an das Revers heften möchten.

Wie hat der Obmann der Grünen zu Beginn der Ausschussarbeit sinngemäß gesagt? Wir haben genug Gutachten, wir benötigen kein weiteres. Das ist alles Verschleppungstaktik der SPD. Heute wird das Gutachten von allen als die richtige Handlungsschnur für die Lösung der Probleme angesehen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch im Einsetzungsbeschluss, dass man dazu Vorschläge machen kann!)

(D) Ganz im Ernst, meine Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Vergleiche zwischen streitenden Parteien sind ganz normal. Das kann Ihnen jeder Rechtsanwalt bestätigen. Bei dem, was wir über den Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes herausgefunden haben, sind die Vergleichsversuche Jahre zu spät gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist es notwendig, dass nach dem Gutachten von Professor Pottschmidt die Dienstanweisung verändert wird. Wir halten es für zwingend notwendig, die Probleme in Bremerhaven zu lösen. Wir halten es weiter für dringend notwendig, den Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes umzusetzen, weil wir glauben, dass damit die Konflikte, die weiter und aktuell auch bestehen, gelöst werden können.

Wenn ich das sage, dass man jemanden umsetzen kann, der eine unabhängige Stellung hat, dann beziehe ich mich auf das Gutachten von Professor Pottschmidt, der ganz klar sagt, dass bei andauernden Querelen ein Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes im Einvernehmen zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat umgesetzt werden kann.

Da ich mehrfach in meiner Rede Zitate benutzt habe, möchte ich dann auch meinen Redebeitrag mit einem Zitat des Kollegen Teiser beenden.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Abg. T e i s e r [CDU]: Sie wollen mich einfach am Rednerpult sehen! – Heiterkeit bei der CDU)

(A) Vielleicht, Herr Teiser, schätze ich Sie ja so, dass ich Sie so oft zitiere! Ich weiß es nicht. Deswegen kann ich meine Rede mit den Worten des Kollegen Teiser schließen, der im Untersuchungsausschuss gesagt hat, aus dem Zusammenhang gerissen, das betone ich ganz bewusst.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Teiser [CDU]: Vielleicht habe ich den Zusammenhang nicht erkannt!)

Aber gesagt hat er trotzdem Folgendes: „Es war eigentlich parteiübergreifender Wille, dass dieser Mann weg muss.“

(Abg. Teiser [CDU]: Im Magistrat!)

Im Magistrat, ja! Ich sage ja nur, was Sie wiedergegeben haben, nicht Ihre Meinung. Hoffen wir alle für die Stadtgemeinde Bremerhaven, dass dieser Wille des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zum Tragen kommt, damit die Unabhängigkeit – –.

(Abg. Teiser [CDU]: Wer interessiert sich für den Willen des Magistrats?)

Sie demnächst, glaube ich, mehr für den Magistrat, wenn Sie dort als Bürgermeister sitzen!

(B)

(Abg. Teiser [CDU]: Auch dann nicht!)

Auch dann nicht? Also, ich hoffe, dass wir am Ende dieses Untersuchungsausschusses gelernt haben, dass es Dinge gibt, die man lieber nicht im Parlament diskutieren soll, die man in der Provinz hätte lassen sollen. An dieser Stelle Provinz genannt die Stadtgemeinde Bremerhaven!

(Heiterkeit – Starke Unruhe – Abg. Teiser [CDU]: Das war ein Angriff auf die Seestadt Bremerhaven!)

Abschließend bedanke ich mich bei dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrn Röwekamp, für die kollegiale Zusammenarbeit,

(Glocke)

bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, bei den Mitarbeitern meiner Fraktion und bei dem Kollegen Schramm für Kollegialität. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

(C) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Sie haben, wie ich meine, die umfangreiche und komplexe Sachdarstellung in dem Bericht hier noch einmal dargelegt. Sie ist meines Erachtens im Großen und Ganzen zutreffend, wenn auch nicht ganz vollständig. An dieser Stelle bedanke ich mich noch einmal für die Unterstützung der beiden Fraktionen, weil wir ja nicht in der Lage waren, einen Untersuchungsausschuss in eigener Kraft einzusetzen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das hat man gemerkt!)

Von dieser Stelle noch einmal vielen Dank!

Herr Schildt, ich glaube, Sie sollten in Ihrer Rolle als streng dienender Parteisolat

(Abg. Tittmann [DVU]: So ist es!)

wirklich auf die Bewertung anderer im Ausschuss verzichten.

(Abg. Tittmann [DVU]: Ja!)

Das fällt wirklich auf Ihre Füße, das hat diese Rede noch einmal deutlich gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ihre Rolle im Ausschuss bezog sich doch lediglich darauf, vertrauliche Papiere an die Presse zu geben, um Ihnen einen weißen Fuß zu machen. Mit Ihnen, das kann ich Ihnen auch hier versichern, werde ich mich gern messen, ob als Mücke oder als Elefant, die Ebene überlasse ich Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit bei der CDU)

Herr Röwekamp, Sie haben hier zutreffend über zahlreiche Verstöße geredet, Sie haben in der Tat über falsche Rechtsauffassungen des Stadtverordnetenvorstehers berichtet und über die falschen Rechtsauffassungen des Oberbürgermeisters. Sie haben auch über zahlreiche Eingriffe auf die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes hier berichtet. Dafür danken wir.

Nur, und das ist die Kritik daran, Sie haben, meines Erachtens die falschen Schlussfolgerungen daraus gezogen, denn letztendlich haben Sie gesagt, es hätte keine unzulässige Einflussnahme gegeben. Ich glaube, das sind Schlussfolgerungen, die Sie hier ein bisschen geglättet haben. Sie sind gedrängt worden, nicht all das zu vertreten, was Sie in den Beweisnahmen wirklich herausbekommen haben.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Hier hat der Koalitionszwang seine politischen Früchte getragen, meine Damen und Herren.

Sie vertreten, das haben Sie selbst gesagt, den kleinsten politischen Nenner in dieser Frage. Das ist Ihre Definition von Wahrheitsfindung in einer großen Koalition, meine Damen und Herren.

So ist das eben, wenn man die große Koalition gern fortsetzen will, aber das ist schade. Zeitweise wurde, zumindest in der Presse, diese Einigkeit aber sehr wohl schon einmal durchbrochen. Ich erinnere zum Beispiel an die Artikel in der „Nordsee-Zeitung“ vom 7. September 2002, dort sprachen Sie, Herr Röwekamp, von den SPD-Lügendgeschichten. Sie haben Recht gehabt. Es ist schade, dass sich diese Einschätzung nicht vollends in dem Abschlussbericht wiederfindet.

Deshalb war und ist es notwendig, dass wir Ihnen heute einen Minderheitenbericht vorlegen. Die Zwänge innerhalb der großen Koalition wurden am deutlichsten, als die SPD den so genannten Vertragsentwurf als Schlichtungspapier verharmloste und die CDU nicht widersprach. Die SPD gab vor, es habe sich nicht einmal um den Versuch einer Einflussnahme gehandelt. Tatsächlich aber ging es nicht etwa um die Formulierung einer gütlichen Einigung, wie es die SPD bis zum heutigen Tage vertritt, sondern hier wurde objektiv und subjektiv völlig bewusst Einfluss genommen, Einfluss mit rechtlich unzulässigen Methoden, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unserer Meinung nach stand es für die SPD-Mitglieder im Ausschuss während des gesamten Verfahrens eher im Mittelpunkt des Interesses, dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes dienstrechtliche Vergehen nachweisen zu wollen, um ihn aus dem Amt entfernen zu können. Das hat Herr Schildt eben noch einmal deutlich bestätigt. Es ging ihnen nicht so sehr darum, die Verteidigung der Wahrung der Rechte eines unabhängigen Rechnungsprüfungsamtes zu leisten, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist vor dem Hintergrund von über 50 Jahren Alleinregierung einer SPD vielleicht auch nachvollziehbar aus Ihrer Sicht. Wer weiß schon, welche Leichen sich in den vielen Jahren im Keller angesammelt haben! Aber demokratisch, meine Damen und Herren, ist das nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keine Missverständnisse aufkommen lassen, Herr Mattern hat eine dienstrechtliche Verfehlung begangen, gar keine Frage, er hat eine Ausländerakte zu privaten Zwecken angefordert. Seine

Fehler waren aber bereits Gegenstand disziplinarrechtlicher Untersuchungen eines Vorermittlungsführers. Es trifft also nicht den Kern des Untersuchungsauftrags dieses Ausschusses, dies als Personalien derart in den Mittelpunkt zu stellen, wie die SPD-Fraktion es getan hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Medienkampagne der SPD war dementsprechend unwürdig verlaufen. „Rotlichtviertel und Aktenmissbrauch“ war in der „Nordsee-Zeitung“ zu lesen. Das sollte auf Kontakte zum Rotlichtmilieu verweisen.

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Ja, soll es sein!)

Später dann wurden vertrauliche Ergebnisse des Vorermittlungsführers der Presse weitergegeben, meine Damen und Herren.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Hört, hört!)

Mit dieser psychologischen Kriegsführung sollte die Person Mattern als Person diskreditiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. S c h i l d t [SPD])

Es ist auch auffällig, dass der Beweisbeschluss IV mit neun Themen wie zum Beispiel Teilnahme am Euro-Arbeitskreis, ja oder nein, Geldkarteneinführung bei der Stadtkasse, ja oder nein, und so weiter in Ihrem Mehrheitsbericht überhaupt nicht mehr auftaucht. Es steht deshalb nun nicht mehr darin, weil nicht das herauskommen ist bei diesen Bagatellen, was herauskommen sollte. Sie wollten Mattern als kleinkarierten Spinner darstellen, und das ist Ihnen nicht gelungen.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Ist er ja auch!)

Nur deshalb taucht das in Ihrem Bericht gar nicht auf, obwohl Sie sehr viel Wert darauf gelegt haben, dass diese Beweisbeschlüsse erhoben werden. Das heißt also, die Bürgerschaft wird hier gar nicht vollständig informiert, meine Damen und Herren.

Uns ging es in dem Untersuchungsausschuss um etwas ganz anderes. Die Personalie stand für uns nicht im Mittelpunkt. Uns ging es darum, vielfach geäußerte Vorwürfe der unzulässigen Einflussnahme zu klären. Darüber hinaus wollten wir die strukturellen Probleme beleuchten, die entstanden sind, als ein politisch eingefahrener Behördenapparat auf einen peniblen, wenn auch schwierigen Rechnungsprüfer gestoßen ist, der seine Prüfarbeit wirklich ernst genommen hat.

Kurz gesagt, meine Damen und Herren, der Kampf gegen den Behördenfilz benötigt eine unabhängige

(C)

(D)

(A) Rechnungsprüfung. Diese Unabhängigkeit war durch die verschiedenen Eingriffe stark gefährdet. Hier hat zum Glück das Gutachten des Professor Pottschmidt große Klarheit gebracht, das haben wir gehört. Es hat festgestellt, dass das Rechnungsprüfungsamt unabhängig ist und alle einschränkenden Dienstanweisungen, Verbote, die die Prüfungstätigkeiten betreffen, damit unzulässig sind. Das war unserer Meinung nach ganz klar eine Ohrfeige für den Magistrat, denn dieser hat immer eine völlig andere Rechtsauffassung vertreten. Allein dies festzustellen ist ein großer Erfolg des Untersuchungsausschusses und muss zukünftig für die weitere Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes Folgen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zu der Arbeit des Untersuchungsausschusses und ein paar Anmerkungen dazu! Im Abschlussbericht der großen Koalition auf Seite neun heißt es: „Die Herausgabe von Akten des Magistrats und des Stadtverordnetenvorstehers gestaltete sich eingangs schwierig.“ Diese Formulierung ist symptomatisch für den ganzen Bericht. Es wird verharmlost. Tatsache ist, am 27. Mai 2002 hat der Untersuchungsausschuss alle einschlägigen Akten angefordert; der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher haben sich geweigert, diese Akten herauszugeben. Der Senat wurde eingeschaltet, Gutachten wurden geschrieben, Drohbriefe wurden formuliert. Was war das für ein Sommertheater! Wir mussten die Beschlagnahme einfordern, aber auch das wurde durch die große Koalition letztendlich abgelehnt.

(B) Nach sechs Monaten erst sind dann die Akten vollständig eingegangen, meine Damen und Herren. Wir sagen, diese Verzögerungstaktik war unrechtmäßig. Das hat auch Professor Pottschmidt in der Beweisaufnahme eindeutig festgestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde dadurch nicht unerheblich beeinträchtigt.

Beeinträchtigt wurde die Wahrheitsfindung auch dadurch, dass die Vereidigung von Zeugen bei Stimmengleichheit verhindert werden konnte. Die SPD als alleinige Fraktion war in der Lage, jeden Antrag auf Vereidigung zu verhindern, was sie auch ausreichend getan hat. Behindert hat es uns dort, als es darum ging, den Verfasser des Vertragspapiers zu ermitteln und diejenigen zu vereidigen, bei denen die Aussagen besonders widersprüchlich erschienen.

Zu einzelnen Ergebnissen möchte ich noch sagen: Den Feststellungen im Mehrheitsbericht über die unabhängige Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamtes, wie sie ausführlich in dem Gutachten von Professor Pottschmidt zum Ausdruck gekommen ist, stimmen wir uneingeschränkt zu. Nicht einverstanden sind wir mit der Bewertung im Mehrheitsbe-

richt, was den Verlauf der disziplinarischen Vorermittlungen gegen Herrn Mattern angeht.

(C)

Dem Amtsleiter war bei seiner Einstellung eine Beförderung in Aussicht gestellt worden. Bereits kurz nach Aufnahme seiner Prüfungstätigkeiten wurde schnell deutlich, dass bei den Prüfungen ein anderer Wind wehte, als dies bisher der Fall gewesen ist. Es dauerte nicht lange, da hagelte es Beschwerden derjenigen, die geprüft wurden, darunter zahlreiche Mitglieder des Magistrats, nicht nur der SPD, sondern auch der CDU, meine Damen und Herren.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Und Grüne!)

Deshalb herrschte im Magistrat nach Aussage des Zeugen Michael Teiser auch folgende Haltung vor, es wurde eben angesprochen, Zitat: „Die betroffenen Stadträte haben parteiübergreifend auch immer deutlich gemacht, dass sie nicht im Traum daran dächten, den zur Belohnung für seine Prüfung auch noch zu befördern.“

Fazit also: Man wollte nicht befördern, man wollte den Mann loswerden. Vor diesem Hintergrund bekommt aber die Aussetzung des Beförderungsverfahrens dann natürlich eine ganz neue Dimension. Erstens wurden die disziplinarischen Vorermittlungen aufgenommen, ohne dem Betroffenen rechtliches Gehör zu gewähren. Das ist absolut unüblich. Zweitens wurden die disziplinarischen Vorermittlungen unterbrochen, als die Staatsanwaltschaft ermittelte, das heißt, das Verfahren wurde aufgeschoben. Drittens wurden die disziplinarischen Vorermittlungen lange nicht wieder aufgenommen, obwohl das Strafverfahren längst eingestellt worden war, eine weitere Verzögerung um sechs Monate, meine Damen und Herren!

(D)

Dann ging es munter merkwürdig weiter. Als Vorermittlungsführer im Disziplinarverfahren wurde ausgerechnet ein Mann ausgesucht, der zuvor gegen Mattern eine Rolle spielte in einem strittigen Prüfungsfall, nach unserer Meinung ein klarer Fall von Interessenkollision. Dieser Vorermittlungsführer war auch Staatssekretär in Berlin und vor Ort in Bremerhaven überhaupt nicht erreichbar. Das führte zu weiteren erheblichen Verzögerungen, die derart lang waren, dass ein neuer Ermittlungsführer gesucht werden musste. Ergebnis: Verzögerung um sechs Monate!

Zwischendurch wurden durch den Stadtverordnetenvorsteher Beneken zahlreiche neue Disziplinarverstöße nachgeschoben, die der Oberbürgermeister Schulz an den Vorermittlungsführer weiterleitete, um das Verfahren zu verlängern, Vorwürfe, die sich auf ungerechtfertigte Urlaubsansprüche oder auf Telefonabrechnungen bezogen. Wir sagen, alles kleinliche Bagatellen, die dort herangezogen wurden. Trotzdem hat der Oberbürgermeister als fürsorgender Dienstherr alle Vorwürfe ungeprüft unabhängig

(A) davon weitergeleitet, ob ein ausreichender Anfangsverdacht bestand oder nicht. Meine Damen und Herren, das ist keine Fürsorge eines Dienstherrn, das ist schon eine grobe Verletzung von Fürsorge.

Das Strafverfahren hat insgesamt acht Monate gedauert. Wir meinen, es hätte wesentlich kürzer ausfallen können. Das ist nicht nur unsere Meinung, das hat auch der Staatsanwalt Haar als Zeuge vor dem Ausschuss ausgesagt. Insgesamt hat sich das Verfahren also über drei Jahre hingezogen und ist bis heute nicht beendet. Natürlich konnte Herr Mattern in der Zwischenzeit auch nicht befördert werden, und der Druck wurde erhöht, das Amt zu verlassen. Wenn man bedenkt, dass laut Rechtsverfahren diese Verfahren, das Strafverfahren und Disziplinarverfahren gegen Beamte, beschleunigt durchzuführen sind, war es hier das Gegenteil von Beschleunigung, das war die Entdeckung der Langsamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Zu bemerken ist, dass die Verfolgungsbehörden aber auch durchaus schneller arbeiten können. Das zeigt das Ermittlungsverfahren gegen den damaligen SPD-Chef Rosche, der ja den Unrechtsvertragsentwurf zur Unterschrift vorgelegt hat. Da dauerte das Verfahren auf einmal nur noch schlappe vier Wochen. Hier hatte sich der Staatsanwalt durchaus bemüht, mit seiner Einstellungsverfügung den politischen Wahltermin von Herrn Rosche zum Magistratsmitglied doch noch zu erreichen, um ihn damit nicht zu gefährden. Es geht also, wenn man nur will. Man muss nur die politisch besseren Karten haben, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Völlig anders als das Mehrheitsvotum bewerten wir die Einflussnahme, die durch den so genannten Vertragsentwurf in seiner ersten und seiner zweiten Fassung ausgeübt werden sollte. Der Mehrheitsbericht spricht jetzt von dem Versuch einer unzulässigen Einflussnahme. Objektiv gesehen sei es sehr wohl eine unzulässige Einflussnahme gewesen. Ob dies als Lösung eines Konfliktes zu rechtfertigen sei, lässt der Bericht aber bewusst offen.

Subjektiv schlechte Absichten konnten Sie nicht feststellen, meine Damen und Herren, Herr Röwekamp. Das ist natürlich der Ausweg für Helden. Leugnen können Sie die Rechtswidrigkeit des Vertragsentwurfes zwar nicht, weil alle Experten den Entwurf als Erpressung im untechnischen Sinne, Schlammschlacht oder Mobbing bezeichnet haben, aber persönliche Konsequenzen müssen Sie da nicht ziehen. Da sehen wir eher die Auffassung der Experten bei uns vertreten. Wir meinen sehr wohl, dass sowohl objektiv als auch subjektiv gezielt eine un-

zulässige rechtswidrige Einflussnahme durch die Vorlage eines Knebelvertrages stattgefunden hat, und wir meinen auch, dass viele Indizien dafür sprechen, dass es einen Verantwortlichen dafür gibt.

(C)

Wir meinen, meine Damen und Herren, dass der Stadtverordnetenvorsteher Beneken für die Vorgänge insgesamt verantwortlich zeichnet. Herr Beneken hat den zweiten Vertragsentwurf geschrieben, das hat er vor dem Ausschuss eindeutig eingeräumt. Der Punkt ist der, dass sich aber dieser zweite Entwurf inhaltlich überhaupt nicht wesentlich von dem ersten unterscheidet. Er enthält zwar einige modifizierte Passagen, ist aber inhaltlich fast identisch. Viele Indizien sprechen deshalb unserer Meinung nach dafür, dass beide Vertragsentwürfe von Herrn Beneken stammen, ohne dass sich die Indizien zu einem Beweis verdichten lassen.

Wie sind wir zu dieser Auffassung gekommen? Rein zufällig – jetzt schildere ich Ihnen einmal, wie das abgelaufen ist – gehen alle Betroffenen nach dem Gespräch über den ersten Vertragsentwurf in das Büro des Stadtverordnetenvorstehers Beneken gleich nebenan. Herr Beneken sitzt zufällig in seinem Büro und überarbeitet einmal eben einen für ihn völlig fremden Vertragsentwurf, der gespickt ist mit juristischen Klauseln und Feinheiten.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Alles rein zufällig!)

(D)

Wer das glaubt, meine Damen und Herren, wird selig! Also gehen wir davon aus, dass der komplizierte Sachverhalt ihm bereits bekannt sein musste, wenn er ihn nicht selbst verfasst hat. Ansonsten hätte es doch sehr viel näher gelegen, mit dieser Materie einen der vielen Juristen zu betrauen, die für den Magistrat gearbeitet haben.

Nur der Stadtverordnetenvorsteher war es auch, der sich öffentlich positiv zu dem ersten Vertragsentwurf bekannt hat. In der Vernehmung sagte er auf die Frage des Verhandlungsführers: „Der Vertragsentwurf vom 19. September 2000 ist Ihnen inhaltlich bekannt?“ Antwort von Beneken: „Ich will das einmal so aussagen, ich kann mich mit diesem Vertragsentwurf oder mit dem Papier anfreunden, ein gewisses Faible dafür gewinnen.“

Meine Damen und Herren, wenn das nicht eindeutig ist! Es ist für uns auch deshalb kein Zufall, dass die Anerkennung einer Vorgesetzteneigenschaft des Stadtverordnetenvorstehers gegenüber dem Leiter des Prüfungsamtes im Mittelpunkt des Vertrages gestanden hat, denn dies war immer eines der Hauptanliegen des Stadtverordnetenvorstehers in dem ganzen Streit mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes gewesen.

Schon immer hatte Herr Beneken die Position der uneingeschränkten Vorgesetzteneigenschaft gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt vertreten. Das

(A) war ja auch der Kern der Konflikte. Genau diese inhaltliche Position, auch zufällig, wird in dem ersten Entwurf vom 19. September 2000 auch wieder vertreten. Es gab dort in Punkt zwei die Passage von der Vorgesetzeneigenschaft des Stadtverordnetenvorstehers. Dort heißt es: „Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes erkennt an, dass der Stadtverordnetenvorsteher Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes im Sinne von Paragraph 5 Absatz 2 Satz 2 des Bremischen Beamtengesetzes ist. Das Weisungsrecht erstreckt sich“ und so weiter. Alle Formulierungen, die sehr wohl den zentralen Auffassungen von Beneken entsprachen, finden sich in diesem Vertragstext wieder.

Von dem Magistratsdirektor Kleine sind diese Passagen nicht gekommen, weil dieser zwar eine Ideen-skizze geliefert hatte, die man als Grundlage des Vertragstextes interpretieren darf, aber er hatte nie die Auffassung der uneingeschränkten Vorgesetzeneigenschaft vertreten. Da liegt es natürlich sehr nahe, auf den Namen Beneken zu kommen, weil er derjenige Verfechter dieser Vorgesetzeneigenschaften war und weil er den zweiten Vertragsentwurf modifizierte, meine Damen und Herren. Es spricht also unserer Meinung nach alles dafür, dass der Stadtverordnetenvorsteher seine Auffassung in dem ersten Vertragsentwurf niedergeschrieben hat, den Matern unterzeichnen sollte.

(B) Ich möchte noch einmal Herrn Teiser zitieren, und zwar deshalb, weil er natürlich ein intimer Kenner und Insider dieser Abläufe ist. Herr Teiser hat vor dem Ausschuss gesagt: „Für mich war eigentlich immer klar, dass es von Herrn Beneken kam.“ Also, wir unterstützen diese Aussage, und wir denken, sie ist glaubhaft.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Eine Mutmaßung!)

Objektiv stellen die Vorgänge um den Vertragsentwurf auf die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes eine rechtlich unzulässige Einflussnahme dar, das ist völlig unzweifelhaft. Für uns ist jedoch auch deutlich, bei solchen offenkundigen Rechtsverstößen wie hier liegt es auf der Hand, es muss natürlich auch den handelnden Personen klar gewesen sein, dass sie gegen jedes Recht verstoßen. Hier kann sich niemand auf einen Rechtsirrtum berufen, wie Sie das in Ihrem Mehrheitsbericht versuchen. Die Akteure waren alle langjährige Politprofis, Verwaltungsexperten oder Juristen. Sie wussten, was sie da machen, meine Damen und Herren.

Sie wollten den Amtsleiter um jeden Preis loswerden und haben die Rechtsverstöße in Kauf genommen. So ist das eben in Bremerhaven!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Ist doch nie unterschrieben worden!)

Deshalb ist Ihre Feststellung in Ihrem Bericht wirklich nicht zu akzeptieren, die Frage des subjektiven Willens sei nicht nachweisbar, oder die Frage nach der Rechtfertigung eines solchen Vertrages sei offen, sondern dies ist für uns völlig eindeutig.

Inwieweit der Oberbürgermeister Schulz Verantwortung für den Inhalt und die Formulierung der Vertragsentwürfe trägt, konnten wir nicht ermitteln. Herr Teiser, und nun zum letzten Mal, hat als Zeuge ausgesagt, im Koalitionsausschuss sei klar gewesen, dass der Oberbürgermeister das Papier kenne. Ich darf zitieren, Herr Teiser sagte in seiner Vernehmung: „Der Oberbürgermeister hat allerdings immer sehr viel Wert darauf gelegt, dass er immer erklärt hat, er hätte dieses Papier nie in der Hand gehabt. Wir haben uns dann auch gegenseitig freundlich lächelnd angesehen, weil wir beide wussten, was ein Jurist meint, wenn er meint, dass er einen Vertragsentwurf nie persönlich in der Hand gehalten hätte. Aber dass man deswegen durchaus den Inhalt eines Papiers kennen kann, auch wenn man ihn sozusagen nicht körperlich berührt, ist klar.“

Die Aussagen von Herrn Teiser sind unserer Meinung nach glaubwürdig.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Das wird dir ja vielleicht weiterhelfen!)

Sie werden dadurch untermauert, dass es im Vorfeld bereits Gespräche gegeben hatte zwischen dem Oberbürgermeister und dem Rechtsvertreter des Rechnungsprüfungsamtsleiters, um die Konflikte zu bereinigen. Es wurde also bereits im Vorfeld darüber verhandelt. Leider konnten wir dieses Gespräch nicht zum Gegenstand der Beweisaufnahme machen, weil eine Aussagegenehmigung nicht vorgelegen hat. Hätten wir den Inhalt dieser Gespräche erfahren, ich glaube, dann wären wir schlauer gewesen.

Es ist unserer Meinung nach auch mehr als nahe liegend, dass der engste Mitarbeiter und Vertraute des OB, Herr Magistratsdirektor Kleine, seine ersten Aufzeichnungen und Ideenskizzen, die sich ja zum Teil in den Vertragsentwürfen wiederfanden, in Absprache oder in Kenntnis des Oberbürgermeisters gemacht hat. Beweisen konnten wir das nicht, aber es entspricht doch eher der Lebenswirklichkeit und der politischen Praxis als die Aussage, ein einschneidender Vorgang sei nicht mit dem Chef abgestimmt; das ist unglaubwürdig.

Der Oberbürgermeister Schulz hat auch in anderen Fällen eine tragende Rolle gespielt, als es darum ging, wie staatliche Ermittlungsbehörden und Rechnungsprüfungsamt zusammenarbeiten oder in diesem Fall auch nicht. Es lag zum Beispiel in einem Prüfungsfall über die Zuwendung an freie Träger ein konkretes Amtshilfeersuchen der Kriminalpolizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft vor, und

(C)

(D)

(A) der Oberbürgermeister hätte die angeforderte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes an die Polizei weiterleiten müssen. Der Oberbürgermeister hat die Stellungnahme von Herr Mattern aber nicht weitergeleitet, obwohl er noch nachdrücklich daran erinnert wurde.

Wir gehen davon aus, dass der Oberbürgermeister als Jurist und langjähriger Richter den juristischen Sachverhalt genau einschätzen konnte und es voll zu verantworten hat, dass hier die Information nicht stattgefunden hat. Das ist ein eindeutiges Fehlverhalten des Oberbürgermeisters, meine Damen und Herren. Wir meinen, es ist zwar keine unzulässige Einflussnahme, das ist korrekt, wie es in dem Bericht steht, aber wir meinen schon, dass das ein Schlaglicht auf die Zusammenarbeit von Magistrat und Rechnungsprüfungsamt wirft. Es ist ganz klar, Mattern sollte auch in diesem Fall ausgegrenzt werden.

Ähnlich verhielt es sich in einem Prüfungsfall und in einem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen eine Bremerhavener Elektrofirma. Das Rechnungsprüfungsamt wollte prüfen, ob der Stadt ein Schaden entstanden ist oder ob Regeressansprüche gegen Personen geltend gemacht werden könnten, die darin verwickelt waren.

Mattern beantragte deshalb auf dem Dienstweg über den Oberbürgermeister Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft, im Prinzip ein berechtigtes Anliegen, meinen wir, aber auch dieses Ansinnen hat der Oberbürgermeister abgewiesen und das Akteneinsichtsgesuch nicht an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet. Wir meinen, dass der Oberbürgermeister durch die Nichtweiterleitung des Akteneinsichtsgesuches die Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes unzulässig verletzt hat.

(B) Es kann doch nicht dem Oberbürgermeister als ein Teil der zu überprüfenden Verwaltung obliegen zu entscheiden, wann dem Rechnungsprüfungsamt Einsicht in polizeiliche Ermittlungsakten gewährt wird. Wo kommen wir da hin? Dies obliegt einzig und allein der Staatsanwaltschaft selbst. Auch das dürfte dem Oberbürgermeister sehr wohl bekannt gewesen sein.

Die Frage stellt sich mir bei der ganzen Nichtinformationspolitik sehr wohl: Was soll es eigentlich volkswirtschaftlich gesehen für einen Sinn machen, ausgerechnet diejenigen Tätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes zu unterbinden, die Schaden von der Kommune abwenden sollen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, dafür kann es nur persönliche oder politische Gründe geben.

Noch ein krasses Beispiel dafür, wie durch Nichtinformation verhindert werden sollte, wirtschaftlichen Schaden von der Stadtgemeinde abzuwenden: Ein Prüfungsfall bei den Gewerblichen Lehranstal-

ten, bei dem unter anderem ein Vorwurf darin bestand, dass Lehrerkollegen sich durch Schüler für ihre Privathäuser eine Heizung einbauen ließen! Hier gab es einen eindeutigen Fall von Haushaltsrechtsverletzung grösster Art. Es waren anonyme Anzeigen beim Magistrat eingegangen, von denen das Rechnungsprüfungsamt aber erst nach einem Jahr zufällig erfahren hatte und dazu die Prüfungen dann aufnahm. Durch die verspätete Prüfung ist der Stadt weiterer Schaden entstanden.

Die Aussagen des ermittelnden Kripobeamten waren in der Vernehmung unserer Meinung nach so deutlich, dass es keine Nachlässigkeiten waren, wie der Mehrheitsbericht nahe legt, sondern dass es hier eine schuldhafte Pflichtverletzung war, den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes nicht zu informieren. Man muss dabei wissen, dass die Rechnungsprüfungsordnung vorschreibt, dass bei Verdacht von Untreue oder Betrug das Rechnungsprüfungsamt unverzüglich zu unterrichten ist. Das ist hier nachweislich nicht geschehen.

In besonderer Weise wurde auch vom Stadtverordnetenvorsteher Beneken in die Kommunikation zwischen Rechnungsprüfungsamt und Strafverfolgungsbehörden eingegriffen. In einem Anschreiben an die Kripo hat der Stadtverordnetenvorsteher aufgrund eines Prüfungsfalls von der Ortspolizeibehörde verlangt, dass künftig – man höre und staune! – sämtliche Anfragen seitens der Polizeibehörde an das Rechnungsprüfungsamt über den Tisch des Stadtverordnetenvorstehers zu laufen hätten. Gleichzeitig verlangte Herr Beneken, dass die Polizei alle Informationen und Zeugenaussagen des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes oder seiner Mitarbeiter auch an ihn selbst mitzuteilen habe. Stellen Sie sich das vor, meine Damen und Herren, der Stadtverordnetenvorsteher als eine Art oberster Inquisitor bei den Strafverfolgungsbehörden!

Dieses hanebüchene Ansinnen war der Versuch des Stadtverordnetenvorstehers, den direkten Draht zwischen Rechnungsprüfungsamt und Kripo zu kapfen. In der Vernehmung versuchte der Stadtverordnetenvorsteher, dieses Vorgehen damit zu rechtfertigen, dass es ihm darum gegangen sei, die Aussagegenehmigung von Mitarbeitern auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Diese Aussage ist unserer Meinung nach aber keinesfalls glaubhaft. Es ging offensichtlich nicht um die Prüfung einer Aussagegenehmigung. Es war das Hauptanliegen von Herrn Beneken, dass die Polizei ihm alle Informationen vermittelt, die sich um Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes und um die Prüfungsvorfälle drehen.

Zweitens ist ein Auskunftsverlangen seitens der Strafverfolgungsbehörden, eine Aussagegenehmigung zu erhalten, auch gar nicht erforderlich. Das ist nur der Fall bei Zeugenaussagen, also musste man das hier auch gar nicht überprüfen. Natürlich hätten auch dem Stadtverordnetenvorsteher diese Sachverhalte bekannt sein müssen. Von daher weisen wir

(C)

(D)

(A) noch einmal auf die besondere Rolle des Stadtverordnetenvorstehers in dem gesamten Vorgang hin, und sie wird auch durch diesen Konflikt deutlich.

Es hatte schon vorher ausreichend viele Fälle gegeben, in denen der Stadtverordnetenvorsteher in völliger Überschätzung seiner Funktion versucht hatte, Einfluss auf die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtsleiters zu nehmen. Sie ergeben sich aus zahlreichen Akten, die uns vorliegen, die aber nicht Gegenstand der Beweisaufnahme waren. Deswegen verzichte ich hier auf die Darstellung. Andere gravierende Fälle wollte ich aber kurz beleuchten.

Im Mehrheitsbericht werden einige Beschwerden des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes über Verzögerungen der Behandlung von Prüfungsberichten beschrieben. Seit dem Amtsantritt von Stadtverordnetenvorsteher Beneken gab es praktisch kaum einen einzigen Bericht ohne Einflussnahme, ohne Druck oder ohne Drohpotential, kaum einen Bericht, der unbeanstandet in die Gremien ging. Entweder passte der Prüfungsgegenstand nicht in die politische Landschaft, oder die Bewertungen des Rechnungsprüfungsamtsleiters waren politisch nicht angenehm. Irgendetwas zu beanstanden gab es immer.

Nach Aussage von Mattern vor dem Ausschuss wurden Prüfberichte über einen Zeitraum von einhalb Jahren nicht an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet, meine Damen und Herren, obwohl der Rechnungshof immer darauf gedrängt hatte, eine zeitnahe Prüfung im Rahmen der Gemeindeprüfung zu gewährleisten. Aus diesem Grund gab es zahlreiche Versuche, mit denen sich der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes direkt an die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung wenden wollte, weil er sich in seiner Prüfungsarbeit behindert fühlte. Diese Schreiben und Klagen von Mattern wurden nicht an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Der Stadtverordnetenvorsteher hatte das verweigert.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident!

Die Stadtverordneten sollten also bewusst nicht informiert werden. Zusammengefasst, möchte ich noch eben ganz kurz darlegen, hat sich unserer Meinung nach der Untersuchungsausschuss gelohnt. Er war ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur, besonders unter den festgefahrenen politischen Verhältnissen in Bremerhaven, meine Damen und Herren. Es hat sich unserer Meinung nach eindeutig gezeigt, dass sich der Druck auf einen unbequemen Rechnungsprüfungsamtsleiter erhöht hat, dass er ausgeübt wurde und dass dadurch sowohl objektiv als auch subjektiv die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes unzulässig beeinflusst wurde.

Herausgekommen für die Koalition ist der gemeinste kleine gemeinsame Nenner,

(Heiterkeit)

für uns jedoch ein größerer Beitrag für die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Bremerhaven, meine Damen und Herren.

Nun zum Abschluss noch eine kleine Warnung, die sich bei mir aufgetan hat, als ich die Rede des Kollegen Schildt gehört habe!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, Sie sind jetzt schon zwei Minuten über Ihrer Redezeit!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme jetzt sofort zum Schluss!

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Frau M a r - k e n [SPD])

Die Warnung möchte ich eben noch ganz gern loswerden, weil es natürlich Konsequenzen durch die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses geben muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war Auftrag des Untersuchungsausschusses, Empfehlungen und Konsequenzen zu ziehen, und es gibt jetzt einige Anzeichen, dass die Erkenntnisse und Empfehlungen zukünftig wieder unter den Teppich gekehrt werden. Es kann nicht die Aufgabe des Untersuchungsausschusses gewesen sein, jetzt darauf zu drängen, einen unbequemen Rechnungsprüfungsamtsleiter wieder loszuwerden, meine Damen und Herren, es ist vielfach hier wieder von Umsetzung geredet worden, sondern unsere Aufgabe muss es sein, die Empfehlungen, die im Minderheitenbericht dargelegt worden sind, umzusetzen, um zukünftig die Arbeit eines unabhängigen Rechnungsprüfungsamtes in demokratischer Art und Weise zu gewährleisten. Ich hoffe, dass diese Empfehlungen auch bald in Bremerhaven umgesetzt werden. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich hatte mir überlegt, ob ich für die CDU-Fraktion hier noch einmal das Wort ergreifen soll, denn alles, was ich sagen wollte, habe ich als Ausschussvorsitzender gesagt, und dazu stehe ich auch. Das, was wir in unserem gemeinsamen Bericht des Untersuchungsausschusses mit den Stimmen der SPD und mit den Stimmen der CDU festgestellt haben, sind die objektiven Feststellungen des Untersuchungsausschusses, und wir haben uns gemeinsam auf die notwendigen Kon-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sequenzen aus dem Ausschuss geeinigt. Ich stehe dazu, was wir gemeinsam verabredet haben, und ich habe mich nur gemeldet, Herr Schildt, weil ich nach Ihrer Rede eher den Eindruck habe, dass Sie mit den Erkenntnissen, Ergebnissen und Schlussfolgerungen des Untersuchungsausschusses nichts mehr zu tun haben wollen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Zuruf des Abg. S c h r a m m
[Bündnis 90/Die Grünen])

Lieber Kollege Schildt, ich weiß, dass ich Ihnen im Untersuchungsausschuss häufig auf die Nerven gegangen bin, ich weiß auch, dass Sie sich häufig über mich geärgert haben. Ich habe mich auch manchmal über Sie geärgert, aber ich finde, wir haben einen kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, in der Tat, und zwar aus Verantwortung, Herr Schramm, dazu sage ich gleich noch einmal etwas. Wir haben einen kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, und dazu sollten wir jetzt auch stehen.

Der kleinste gemeinsame Nenner heißt, erstens, das Rechnungsprüfungsamt ist weisungsfrei, zweitens, der Stadtverordnetenvorsteher ist nicht Vorgesetzter des Leiters des Rechnungsprüfungsamts, drittens, der Oberbürgermeister hat keinen Schriftverkehr des Rechnungsprüfungsamts in laufenden Prüfungsverfahren anzuhalten und darauf sitzen zu bleiben und ihn nicht weiterzuleiten, viertens, das Rechnungsprüfungsamt hat Anspruch darauf, Akteneinsicht auch in Personalakten zu bekommen, was ihm bisher durch die Stadt Bremerhaven verwehrt worden ist. Eine gesetzgeberische Initiative ist bis heute nicht von der Stadt Bremerhaven ergriffen worden.

Das sind die objektiven Feststellungen dieses Untersuchungsausschusses,

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und das ist die Aufforderung an uns auch gemeinsam, das in Bremerhaven so zu lösen, dass es in Zukunft zu solchen Verstößen gegen Recht und Gesetz durch wen auch immer nicht kommt. Das ist das, was wir gemeinsam festgestellt haben, und ich hätte mich gefreut, wenn Sie das heute auch in dieser Klarheit und Deutlichkeit hier im Parlament gesagt hätten und sich nicht nur auf die Rolle von Herrn Mattern in seiner Zeit seit 1997 beschränkt hätten, Herr Schildt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schramm, zum kleinsten gemeinsamen Nenner will ich Ihnen auch noch einmal etwas sagen: Damit ist nicht der kleinste gemeinsame Nenner der Sachverhaltsfeststellung gemeint, sondern das, was

tatsächlich war. Ich glaube, Sie haben hier auch bekundet, dass Sie in wesentlichen Punkten mit den objektiven Feststellungen des Berichts übereinstimmen. Kleinster gemeinsamer Nenner heißt auch, Verantwortung für das zu übernehmen, was wir in Zukunft machen, und da ist es mir wesentlich wichtiger, Herr Schramm, dass wir in Zukunft in Bremerhaven eine weisungsfreie, unabhängige, sachgerechte Rechnungsprüfung haben wie in allen anderen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland auch, dass sie unbeeinflusst stattfinden kann, als mir über personelle Konsequenzen, die politisch vielleicht interessant sind, Gedanken zu machen. Mir geht es darum, dass das in Bremerhaven so gelöst wird, wie wir es jetzt vorgegeben haben. Das ist unser Auftrag, und das ist unsere Empfehlung an die Stadt Bremerhaven.

(Beifall bei der CDU)

Um in den Bildern zu bleiben, Herr Schildt, Sie haben gesagt, Sie haben sich zu dieser Geschichte der Metamorphose des Papiers gar nicht so sehr geäußert, weil Sie meinten, es käme gar nicht darauf an. Ihrem Beitrag konnte man aber so fast entnehmen, dass diese Papierlage irgendwie auf Wunsch der CDU entstanden sei. Da muss man sich noch einmal die Geschichte vorstellen. Da sagt ein SPD-Fraktionsvorsitzender zu einem SPD-Magistratsdirektor, schreibe mir einmal ein paar Punkte auf! Der schreibt das auf, vernichtet zufälligerweise alles, was er aufgeschrieben hat, nimmt das einzige Original, was ein üblicher Verwaltungsvorgang ist, dass man sich keine Kopien fertigt, steckt das in einen Briefumschlag, bringt es persönlich zur Botenmeisterei mit dem Auftrag, es sofort zu Herrn Rosche persönlich, vertraulich zu bringen, und da kommt merkwürdigerweise ein ganz anderer Umschlag an.

(Abg. T e i s e r [CDU]: In dem Umschlag
saß Bödeker!)

Wenn diese Geschichte wahr ist, sehr geehrter Herr Schildt, und die CDU etwas damit zu tun hat, dann kommt nur in Frage, dass Herr Teiser oder ich der Bote war und wir auf dem Weg von Herrn Magistratsdirektor Kleine zu Herrn Rosche das Papier so verändert haben, dass die CDU hinterher damit ein Riesenproblem hat. Das ist wohl offensichtlich Ihre Ansicht gewesen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bleibe dabei, Herr Schildt, diese Geschichte ist eine reine SPD-Lügengeschichte. Das kann man auch immer wieder sagen!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der
SPD – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

(C)

(D)

(A) Sie ist erfunden und ersponnen aus sozialdemokratischen Kreisen, und die CDU hat damit nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun. Sie hat sich damit nicht identifiziert!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Schildt, eines ist auch klar, als das zweite Papier das Licht der Welt erblickt hat, ist es auf wesentlichen Wunsch dann wieder in der Schublade verschwunden? Doch nicht auf Wunsch von Herrn Beneken und auch nicht auf Wunsch von Herrn Schulz, sondern auf Wunsch der CDU ist das Papier verschwunden und nie zur Umsetzung gelangt!

(Zuruf des Abg. H o y e r [SPD])

Herr Beneken hat ja heute noch ein gewisses Faible für dieses Papier. Das ist die Wahrheit, die der Untersuchungsausschuss zutage gefördert hat!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Herr Schildt, einen Punkt will ich auch noch einmal sagen, ich bekenne, ich komme nicht aus der Provinz. Bremerhaven ist keine Provinz!

(B) (Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will Ihnen aber gern einmal sagen, was provinziell ist. Provinziell ist, wenn ein Oberbürgermeister einer Großstadt sich nach einer fünfzigjährigen Tradition von Untersuchungsausschüssen nicht in der Lage sieht, dem üblichen Verfahren der Akteneinsicht Rechnung zu tragen, sondern dem Untersuchungsausschuss einen schönen Urlaub wünscht und anbietet, nach dem Urlaub einmal auf eine Tasse Kaffee zusammenzukommen, um miteinander zu besprechen, was man eigentlich gemeinsam machen will. Das finde ich provinziell, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Provinziell ist, wenn ein Stadtverordnetenvorsteher einem Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes eine Aussagegenehmigung gibt, in der steht, ich bin zwar unzuständig, aber ich erteile die Aussagegenehmigung. Meine Damen und Herren, das ist provinziell, statt sich darum zu kümmern, dass der Mann hier vor dem Untersuchungsausschuss mit einer richtigen Aussagegenehmigung die Wahrheit zu sagen hat! Wenn man sich schon immer anmaßt, Dienstvorgesetzter der Mitarbeiter zu sein, dann hat man auch Treue- und Fürsorgepflichten und dafür zu sor-

gen, dass der Mann sich nicht vor dem Untersuchungsausschuss blamiert. Das ist provinziell, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will auch an dieser Stelle noch einmal etwas dazu sagen, Herr Schildt, weil Sie gesagt haben, bis zum Schluss hätte es unterschiedliche Aussagen darüber gegeben, ob der SPD-Fraktionsvorsitzende Rosche Herrn Mattern nun diesen Vertragsentwurf zur Unterschrift vorgelegt habe oder nicht. Ich habe hier das Protokoll der Gegenüberstellungsvernehmung und daraus will ich jetzt einmal zitieren.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Nicht so lange!)

Da fragt der Vorsitzende, ein bisschen Geduld bitte ich zu haben: „Ich habe noch eine Frage. Wir haben jetzt Zeugenaussagen unterschiedlicher Art zu der Frage, ob und wann Herr Rosche Herrn Mattern aufgefordert haben soll, das Papier zu unterzeichnen. Ich will die Aussagen noch einmal zusammenfassen, um dann abschließend unter besonderem Hinweis auf die Wahrheitspflicht und die Strafbarkeit einer uneidlichen Falschaussage die Zeugen im Einzelnen noch einmal zu befragen, ob sie bei ihrer bisherigen Aussage bleiben. Es heißt, Herr Mattern, in Ihrer Aussage, ich zitiere: „Zu Beginn des Gesprächs hat Herr Rosche den fraglichen Vertragsentwurf aus der Tasche geholt, auf den Tisch gelegt und dies sinngemäß mit den Worten, wenn Sie diesen Vertrag unterschreiben, dann ist die Angelegenheit erledigt.“

(D)

Herr Bödeker sagt, ich zitiere: „Zunächst einmal ist dieser Vertrag vorgelegt worden, dieser Entwurf ist vorgelegt worden. Herr Rosche hat erklärt, wenn man sich dahingehend verständigen könnte, würde man auch die anderen Dinge bereinigen können. Insofern bin ich davon ausgegangen, dass dies so unterschrieben werden soll.“

Herr Rosche hat in seiner Aussage gesagt: „Nein, ich habe nicht gesagt, er solle das unterschreiben. Wie muss ich diese Aussage denn verstehen, also, wann haben Sie angedeutet, dass, wenn er die einzelnen Punkte im Wesentlichen anerkennt, der Streit vom Tisch ist, und in welcher Weise sollte er die einzelnen Punkte im Wesentlichen anerkennen?“ Dann geht es weiter in der Aussage, und dann kommt es: „Kann es nicht vielmehr sein, Herr Rosche, dass Sie vielleicht zu Beginn des Gesprächs eine solche Äußerung gemacht haben?“ „Nein“, Rechtsanwalt Dr. Ernst, „ich glaube, Sie missverstehen einander. Da muss ich mich jetzt einmal einschalten.“ Dann haben wir das Mikrofon ausgeschaltet, und dann erklärt Herr Rosche: „Dann habe ich das wohl doch etwas missverstanden. Also, am Anfang, bevor wir dies durchgegangen sind, kann es sehr wohl sein, dass

(A) ich gesagt haben soll, dass, wenn die Punkte Einverständnis erbringen, wir uns dann einig sind.“

(Abg. H o y e r [SPD]: Wenn man sich einigt!)

Meine Damen und Herren, es steht also fest, dass Herr Rosche den Vertragsentwurf vorgelegt hat mit der Aufforderung, ihn zu unterschreiben. Alles andere ist nicht das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses. Ich halte also noch einmal fest, Herr Rosche hat einen Vertragsentwurf mitgebracht, der wie auch immer von Herrn Kleine verfasst und verändert bei ihm angekommen ist. Herr Beneken kann für diesen Vertragsentwurf ein Faible entwickeln.

Meine Damen und Herren, das ist doch kein Vertragsentwurf der großen Koalition! Die Urhebererschaft für diesen Vertrag liegt bei den Sozialdemokraten. Dieser Vertragsentwurf ist sittenwidrig, er ist rechtswidrig, und er hat keine Rechtfertigung. Das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, und er stellt objektiv den Versuch einer unzulässigen Einflussnahme dar.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Zurufe von der SPD)

(B) Das lässt sich in so einer Debatte auch nicht, meine Damen und Herren, verkleistern.

Sie, Herr Schildt, haben gesagt, und das zum Abschluss, Herr Mattern würde mit Kanonen auf Spatzen schießen. Ich habe eher den Eindruck, dass der eine oder andere Bremerhavener Spitzenpolitiker heute noch als Baron auf seiner Kanonenkugel über der Stadt Bremerhaven kreist

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und meint, dass der eine oder andere diese Geschichte noch glaubt. Es glaubt sie keiner, Herr Schildt, und ich weiß, Sie glauben sie auch nicht. Sie können sie auch nicht glauben, weil sie so unwirklich ist, dass sie wirklich nur in der Provinz geboren sein kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schildt, eine letzte kurze Bemerkung: Wenn Sie sagen, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Fehlbesetzung,

(Abg. H o y e r [SPD]: Ist er!)

dann kann man zu dieser Auffassung gelangen, weil er einen dienstlichen Fehler gemacht hat.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Einen?)

Alles andere ist im Übrigen im Sande verlaufen, und die Stadt Bremerhaven hat diesen dienstlichen Fehler leider nicht rechtzeitig disziplinarrechtlich geahndet, weil das Verfahren heute noch läuft. Aber, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, wenn Sie sich Gedanken über Fehlbesetzungen wegen falschen Verhaltens machen, dann bitte auf beiden Seiten der Konfliktparteien und nicht nur auf einer! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schildt, Sie haben eingangs gesagt, liebe Kollegen. Ich muss dazu bemerken, Sie sind nicht mein lieber Kollege, denn das wäre für mich eine große Beleidigung, und Sie können mich nicht beleidigen.

Wir behandeln heute einen Abschlussbericht zum skandalösen Vorgang „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“, und ich muss Ihnen sagen, in diesen 80 Seiten hat sich in sehr vielen Punkten genau das bestätigt, was ich hier in meinen früheren Aussagen zur Rechnungsprüfungsamtsaffäre deutlich zum Ausdruck gebracht habe. Dazu aber hätten Sie nicht extra auf Kosten der Steuerzahler einen sehr teuren Untersuchungsausschuss einrichten müssen, wenn wie bei fast allen sehr teuren, oft sinnlosen Untersuchungsausschüssen als Endergebnis schwarz auf weiß feststeht und herausgekommen ist, dass die eine Krähe der anderen Krähe kein Auge aushackt.

Meine Damen und Herren, dieser Abschlussbericht ist nicht nur für mich im Ergebnis in Bezug auf Konsequenzen aus dieser Affäre sehr unzureichend und unbefriedigend. Leider bin ich bewusst nicht in diesen Untersuchungsausschuss gewählt worden, um mir wahrscheinlich einige Informationen vorzuenthalten, aber meines Erachtens steht trotzdem eindeutig fest, dass der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes in Bremerhaven, Herr Mattern, durch einen Knebelvertrag auf Grundlage einer Beförderung erpresst werden sollte.

Darüber hinaus bin ich der Meinung, dass das Disziplinarverfahren gegen Herrn Mattern in einer unzulässigen Art und Weise gezielt und bewusst in die Länge gezogen worden ist. Durch willkürliche Maßnahmen wurde meiner Meinung nach das Disziplinarverfahren gegen Herrn Mattern ständig ausgeweitet, um so die berechtigte Beförderung von Herrn Mattern unzulässigerweise zu blockieren.

Meine Damen und Herren, dass das Ermittlungsverfahren zum Beispiel gegen Herrn Rosche nicht einmal zwei Monate gedauert hat, das Ermittlungsverfahren gegen Herrn Mattern aber schon drei Jah-

(C)

(D)

(A) re und immer noch nicht beendet ist, da können Sie mir sagen, was Sie wollen, irgendetwas stimmt hier nicht! Bekanntlich soll der Fisch ja vom Kopf her anfangen zu stinken. Ich will damit sagen, dass die politisch Verantwortlichen für diesen Skandal ganz oben sitzen, denen die korrekte Arbeit von Herrn Mattern wohl zu korrekt und zu genau gewesen ist.

Hierzu darf ich den bekannten Professor für Verwaltungslehre, Professor Hans Herbert von Arnim, zitieren, dem nach eigenem Bekunden nach Einsicht des Bremerhavener Vertragsentwurfes die Worte fehlen. Er sagte wörtlich, Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren, zum Vertragsentwurf in der Bremerhavener Rechnungsprüfungsamtsaffäre: „Politisch zeigt das Dokument, wie bestimmte Leute das Recht nach ihren persönlichen Interessen zurechtbiegen und die Stadt offenbar als ihr politisches Eigentum sehen. Es handelt sich um ein Beispiel von politischem Verhalten, wie ich es in meinem kürzlich erschienenen Buch ‚Das System, die Machenschaften der Macht‘, behandelt habe.“

Weiter: „Es zeigt sich, dass die Scheu vor Rechtsvorschriften offenbar völlig gefallen ist. Wenn man diesen aberwitzigen Vertrag betrachtet, könnte man denken, dass Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher glauben, sie könnten sich in der Stadt alles leisten. Nachdem dies veröffentlicht ist, müsste“ – nun hören Sie genau zu! – „die Staatsanwaltschaft automatisch Ermittlungen einleiten.“

(B) Demzufolge könnte man ja direkt meinen, dass die Mafia gegen solche Machenschaften der reinste Kinderkirchenchor wäre oder aber die reinsten Erzenkelchen, meine Damen und Herren. Dem habe ich nichts, aber auch gar nichts hinzuzufügen, rate Ihnen aber dringend, endlich eine bessere, eine ehrliche Politik zum Wohle und im Interesse der Bevölkerung zu betreiben! Dann bräuchten Sie auch auf Kosten der Steuerzahler keine millionenteuren Untersuchungsausschüsse einzurichten, die im Endergebnis sowieso nichts, aber auch hinsichtlich von Konsequenzen nichts erbringen, siehe Bauuntersuchungsausschuss!

Meine Damen und Herren, für mich stand von Anfang an fest, das habe ich in diesem Zusammenhang schon des Öfteren deutlich zum Ausdruck gebracht, dass von politischer Seite in Bremerhaven versucht worden ist, den Amtsleiter, Herrn Mattern, menschlich fertig zu machen und beruflich zu vernichten, weil er seine Aufgaben und seine Arbeit für einige Verantwortliche der Stadt Bremerhaven vielleicht zu genau, zu ordentlich, zu korrekt ausgeübt hat. Das ist menschlich und moralisch an Niedertracht nicht mehr zu überbieten. Abschließend kann man zu diesem Bericht sagen, Bremerhaven ist eine sehr schöne Großstadt, aber mit unfähigen provinziellen Politikern! – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Ich habe der Debatte mit Aufmerksamkeit zugehört. Es könnte reizvoll sein, dieses Spannungsfeld zwischen Rechnungshof, Rechnungsprüfungsämtern und Verwaltung und Politik zu kommentieren. Der Senat verzichtet aus verschiedenen Gründen auf eine eigene Kommentierung, erstens wegen der Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung der Stadtgemeinde Bremerhaven, zweitens wegen der Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsamtes und drittens wegen der Personalhoheit Bremerhavens und in diesem Zusammenhang sicherlich auch wegen der besonderen Zuständigkeit der Abgeordneten in Bremerhaven, der Stadtverordnetenversammlung selbst. Insofern beschränkt sich der Senat darauf, Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Untersuchungsausschusses „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, inzwischen ist interfraktionell vereinbart worden, dass die Tagesordnungspunkte 24, Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes und anderer Gesetze, und 26, Änderung des Landschaftsprogramms betreffend Wohnbebauung Brokhuchting, heute Vormittag im Anschluss an diese Diskussion aufgerufen werden.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003
(Drucksache 15/1363)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Domann-Käse.

Abg. **Dr. Domann-Käse** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der vergangenen Legislaturperiode hat der Bundestag in der fünften und sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes einige wichtige hochschulpolitische Strukturreformen auf den Weg gebracht.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) Zentral ist sicherlich hierbei die Einführung einer neuen Struktur für den akademischen Mittelbau. Erreicht wird dies durch die faktische Abschaffung der Habilitation und damit verbunden die Abschaffung des Status der Assistentinnen und Assistenten. Dies ist bedeutsam, denn dieser Status war immer verbunden mit einem sehr engen Abhängigkeitsverhältnis zu einem zugeordneten Professor beziehungsweise Professorin.

Hier ist ein großer Schritt in Richtung der Abschaffung der so genannten Ordinariatenuniversität getan worden. Aufgefangen wird das Ganze durch die Einführung einer Juniorprofessur. Das heißt also, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bekommen wesentlich früher in ihrem Lebenslauf die Gelegenheit, eigenständig in Forschung und Lehre zu arbeiten. Dies ist ein politisch großer Erfolg, wenn man so will, ein später Sieg der Achtundsechziger, die, nachdem sie 35 Jahre einen langen Marsch durch die Institutionen gegangen sind, nun in der Bundesregierung angekommen deutlich gemacht haben, dass sie doch einige ihrer politischen Wurzeln, in dieser Beziehung zumindest, noch nicht vergessen haben.

(Beifall bei der SPD)

(B) Daneben ist im Hochschulrahmengesetz neu geregelt die leistungsorientierte Besoldung der Professorinnen und Professoren und, für uns besonders wichtig, eine Festschreibung der Studiengebührenfreiheit zur Erlangung des ersten Studienabschlusses.

(Beifall bei der SPD)

Diese Reform wollen wir nun auch in Bremen in Landesrecht umsetzen, und ich freue mich sehr, dass es hier gelungen ist, unseren Juniorpartner in der Regierung dabei mitzunehmen und dass die CDU bereit ist, dieses rotgrüne Reformprojekt auch in bremisches Landesrecht umzusetzen, obwohl in anderen Bundesländern, in denen die Union den Regierungschef stellt, die Reform blockiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten begrüßen neben den von mir genannten Neuordnungen, die durch das Hochschulrahmengesetz notwendig werden, weitere Reformen, die mit diesem Entwurf des Senators für Wissenschaft hier heute vorgelegt werden. Ich will diese nur ganz kurz anreißen, denn wir haben uns darauf verständigt, die Debatte heute knapp und kurz zu halten.

Eingeführt wird ein Zentrum für Lehrerbildung an der Universität, ein wesentlicher Bestandteil der Strukturreform im Bereich der Lehrerbildung, über die wir noch in dieser Legislaturperiode einmal ausführlicher reden werden. Die Hochschulautonomie

wird ausgeweitet, noch einmal stärker ausgeweitet, als wir sie bei der letzten Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes bereits ausgeweitet haben. In den Fachbereichen werden Dekanate, also neue Strukturen, eingeführt, die ein effizienteres Arbeiten sowohl in Forschung als auch in Lehre gewährleisten sollen.

Auch ein wichtiger Punkt, den ich nennen möchte: Es wird den Studierenden für das Studium eine Barrierefreiheit im Zugang zur Universität garantiert, zu den Hochschulen, zu den Forschungseinrichtungen. Barrierefreiheit für Behinderte oder chronisch erkrankte Studierende ist ein schöner Erfolg, der auch im Zusammenhang mit dem Landesgleichstellungsgesetz zu sehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Als weiteren Punkt, den ich nur kurz anreißen möchte, möchte ich nennen, dass es gelungen ist, für die Arbeit der Studierendenvertretung mit diesem Gesetzentwurf mehr Klarheit herzustellen. Wir wollen hier festschreiben, dass es ein uneingeschränktes Recht gibt, Medien im Rahmen des Mandats, das die Studierendenschaften haben, also im Rahmen ihres hochschulpolitischen Mandats, aber natürlich auch im Rahmen des Mandats, einen Beitrag zur politischen Bildung der Studierenden zu leisten. Die Kompetenz der Studierendenvertretung wird erweitert um den Bereich der Integration ausländischer Studierender, gleichzeitig haben wir aber auch festgeschrieben, wie die Rechtsaufsicht der Hochschulleitungen über die Arbeit der Studierendenvertretung zu regeln ist.

Erlauben Sie mir kurz dazu eine persönliche Bemerkung als Leidtragender jahrelanger Versuche, hochschulpolitische Arbeit von Studierenden zu kriminalisieren, zum Glück gescheiterter Versuche, muss ich sagen, dass hiermit ein deutlicher Schritt gemacht wird, die Arbeit der Studierendenvertretung auf rechtlich sicherere Füße zu stellen!

(Beifall bei der SPD)

Das Haus hat in der jetzigen Legislaturperiode in einer Debatte über das Thema Studienzeitverkürzung und Effektivierung des Studiums, Erhöhung des Studienerfolgs, dem Senator den Auftrag erteilt, uns bei der Reform des Hochschulgesetzes im Referentenentwurf geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Dieser Bereich Lehre, Studium, Studienzeitverkürzung nimmt dementsprechend auch in dem Referentenentwurf einen großen Raum ein. Unserer Auffassung nach ist dabei ein ganz gelungenes Maßnahmenpaket herausgekommen, ich will die einzelnen Maßnahmen kurz aufzählen. Es wird das System der konsekutiven Abschlüsse mit den Bachelor- und Masterdegrees zum Regelabschluss eingeführt, es war vorher nur ein Experimentalstatus, das Prinzip der Mo-

(C)

(D)

- (A) dularisierung und die Einführung der Credit Points wird weiter vorangetrieben.

Wir haben uns darauf verständigt, verpflichtende Studienberatung einzuführen, für die Studierenden bereits zum Studienbeginn verpflichtend, im ersten Studienjahr und auch nach einer deutlichen Überschreitung der Regelstudienzeit. Verpflichtend bedeutet, das ist mit Sanktionen verbunden. Auf der anderen Seite aber haben wir großen Wert darauf gelegt, dass es in diesem Zusammenhang eine Balance of Power gibt zwischen den Studierenden und der Institution der Hochschule, nämlich indem wir auch die Hochschulen beziehungsweise die Fachbereiche dazu verpflichten, Beratungskonzepte und geeignete Strukturen weiterzuentwickeln, und indem wir die Position des Studiendekans weiter stärken, ein Studiendekan, der auch in der Lage ist, die Beratung als Pflichtaufgabe der Professorinnen und Professoren durchzusetzen. Wir meinen, das ist ein gelungenes Paket.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Darüber hinaus wird der Studiendekan auch ermächtigt, zur Durchsetzung eines ausreichenden Lehrangebots geeignete Maßnahmen gegenüber den Professorinnen und Professoren zu erlassen und, was ich auch sehr sinnvoll finde, dass wir die Studierenden in die paritätisch besetzten Studienkommissionen einbeziehen werden in die Lehrveranstaltungsplanung, also die kurz- und mittelfristige Planung des Angebots für das Studium. Das ist ein sinnvoller Weg, den wir gehen wollen in der Zielsetzung Erhöhung des Studienerfolgs.

Die SPD-Fraktion hat sich dafür entschieden, den Vorstoß des Senators in Richtung eines sehr strikten Zwangsberatungsmodells zurückzunehmen, welches recht aufwendig durchzuführen gewesen wäre, nachdem wir von den Hochschulen hier klare Signale bekommen haben, dass sie sich nicht in der Lage sehen, dieses System umzusetzen, und uns stattdessen mit dem Koalitionspartner darauf geeinigt, hier in Bremen dem Prinzip vieler anderer Bundesländer zu folgen, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder jetzt auch bald Schleswig-Holstein, Studienkontenmodelle einzuführen. Wir werden das dann mit einem gesonderten Gesetz machen und daher heute nicht detailliert beraten.

Hier sei nur so viel gesagt, Studienkontenmodelle sollen, und das halten wir für wichtig, einerseits ein Teilzeitstudium, also die Realität, die an den Hochschulen da ist, ermöglichen, andererseits aber auch das „Endlosstudium“ mancher Studentinnen und Studenten verhindern. Wir wollen damit klar machen, dass für uns Hochschulbildung weiterhin natürlich ein öffentliches Gut bleibt und bleiben muss, aber eben ein öffentliches Gut, das nicht mehr unbegrenzt kostenfrei zur Verfügung steht, sondern das seine Grenzen hat. Studierende, die zu lange studieren,

- (C) müssen dann eben die Konsequenz tragen, dass sie ihr Reststudium mit einem eigenen Beitrag finanzieren müssen.

Wir meinen aber, der wesentliche Schritt bei der Einführung von Studienkontenmodellen ist, dass es ein Anreizsystem zur Herstellung kürzerer Studienzeiten darstellt, ein Anreizsystem, das einerseits für die Studierenden Anreize bietet, sie können nämlich nicht verbrauchte Guthaben für die Weiterbildung nutzen, andererseits aber auch für die Hochschulen, sie können nämlich durch diese Einnahmen aus Weiterbildung ihren Etat aufstocken, nicht durch Strafgöbühreinnahmen, sondern durch die Einnahmen aus Weiterbildung. Das halten wir für sinnvoll.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir hoffen nur, dass der Kollege Rohmeyer vorher fertig werden wird!)

Das können Sie ja mit ihm im Dialog klären!

Das halten wir für sinnvoll, ich möchte jetzt aber darauf verzichten, hier schon eine Detaildebatte zum Studienkontenmodell zu führen. Das vertagen wir auf die nächste Legislaturperiode. Schauen wir einmal, wer es dann in der Regierung umsetzen muss! Ich hoffe natürlich, wir können das so gestalten, wie wir es uns vorstellen, vielleicht gestalten wir es mit Ihnen von den Grünen, vielleicht gestalten wir es mit Ihnen von der CDU. In jedem Fall, glaube ich, ist das ein zukunftsweisender Weg! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal wird ja der großen Koalition von SPD und CDU vorgeworfen, wir würden ein wenig zu viel kuscheln, nur, manchmal ist es durchaus auch angebracht zu kuscheln, insbesondere dann, wenn man etwas Vernünftiges zustande bringen will. Das aber, was der Geburt dieses Bremischen Hochschulgesetzes jetzt vorausging, ist doch schon einmal eine Nachbetrachtung wert. Manchmal weiß man erst nach Monaten, ob das, was man vorhatte, auch wirklich das wird, was man erwartet, manchmal gibt es da auch Überraschungen. Eine leichte Geburt war die Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes jedenfalls nicht. Das, was jetzt das Licht der Welt erblickt hat, wird allerdings von uns mitgetragen, kann sich durchaus noch sehen lassen, obwohl das nicht immer klar war.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir insbesondere die Studienzeiten verkürzen, die Studienberatung verbessern, die Hochschulleitungen stärken, die Dekane und

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Fachbereichsebenen stärken, mehr Verantwortung und Kompetenzen dort zuweisen und natürlich die bremischen Anpassungen in Sachen Juniorprofessur vornehmen und mehr Leistungsorientierung bei der Bezahlung der Professoren ermöglichen.

Ich habe keine Zeit, in dieser kurzen Debatte auf die Geburtsfehler der Dienstrechtsreform im Bund unter Rotgrün hinzuweisen, insofern beschränke ich mich auf die bremischen Dinge. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf war schon eine Schwangerschaft mit Komplikationen. Ich meine damit insbesondere die Diskussion um Studiengebühren versus Studienkontenmodell versus Zwangsberatung, um das Stichwort aufzugreifen. Die ursprüngliche Absicht der CDU war klar, ich möchte das noch einmal deutlich sagen: Wenn es nach uns allein ginge, hätten wir hier klassische Studiengebühren eingeführt. Baden-Württemberg hat gezeigt, dass man bereits im ersten Semester 43 Prozent der Langzeitstudierenden reduzieren konnte. Es war insofern klar, dass dort offenbar einige Studienplätze in Anspruch genommen haben, die nicht mehr so recht an den Hochschulen studiert haben.

Aber wie dem auch sei, die Koalitionsvereinbarung, und darauf hat sich die SPD berufen, hat gesagt, keine Studiengebühren in dieser Legislaturperiode! Die SPD hat Studiengebühren für tabu erklärt. Wir waren als CDU bereit, einen Sonderweg zu gehen, einen Sonderweg, der verpflichtende Studienberatung vorsieht. Die verpflichtende Studienberatung hätte sowohl Professoren als auch Studenten in die Pflicht genommen. Dieses Modell hätte dem Wunsch der CDU entsprochen. Unser CDU-Modell sah immer ein Drei-Stufen-Modell vor: Das Erste war bessere Studienberatung, verpflichtende Beratung für Studierende, das Zweite war die konsequente Einhaltung von Anmeldefristen für Studierende, die gibt es so durchgängig nämlich nicht, also, Studierende müssen auch unter Druck gesetzt werden, sich zur Prüfung anzumelden, denn nur, wer sich anmeldet, kann auch irgendwann einmal durchfallen oder auch bestehen. Das Dritte und das Letzte sind die Studiengebühren für Langzeitstudierende.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, was daraus geworden ist: Die SPD-Fraktion hat ihren Senator nach dem Deputationsbeschluss im Regen stehen lassen, die Zwangsberatung war von heute auf morgen vom Tisch, die Rektoren der bremischen Hochschulen haben der SPD sozusagen ein Kuckucksei ins Nest gelegt, und dementsprechend mussten wir uns neu verhalten. Die CDU hat sich diesem Weg nicht verwehrt, insofern hat der Senat dann anders beschlossen als die Deputation, und das Studienkontenmodell hat das Tageslicht erblickt. Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit in Sachen Hochschulpolitik ist etwas anderes, das einmal ganz klar in Richtung SPD!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, insofern mutet das jetzige Produkt angesichts der Entstehungsgeschichte so ein bisschen an wie ein Retortenprodukt, das muss man ganz deutlich sagen. Insofern war der Weg durchaus außergewöhnlich. Wir als CDU stehen durchaus in der Verantwortung. Wir haben uns hier als Geburtshelfer betätigt und der SPD bei der Einleitung dieser Sturzgeburt geholfen, anders kann ich es nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der Wehen verstehe ich unter sanfter Geburt durchaus etwas anderes. Eine Sturzgeburt war schon deshalb notwendig, meine Damen und Herren, weil das, was an der Universität Bremen zwischen Akademischem Senat und Fachbereichen an Post hin- und hergeschickt wird, abenteuerlich ist. Mir liegen Schriftstücke vor, in denen es um Diplomprüfungsordnungen geht. Bei dem, was man da liest, wird einem angst und bange, da werden die Professoren wieder zu den potenziell Beschuldigten, egal, ob vorher schon Prüfungen abgenommen wurden, und Studenten sind die armen Opfer. Das, was da gemacht wird, ist teilweise Wiederbelebung der alten Achtundsechziger, und, Herr Dr. Domann-Käse, die Alt-Achtundsechziger möchte ich hier nicht wiederbelebt wissen, sie sind für den Ruf der Universität verantwortlich!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schade, dass nicht die Zeichen der Zeit erkannt wurden, aber insofern war es unsere konstruktive Rolle, diesem Leiden zwischen Wissenschaftssenator, Hochschulleitung, Akademischem Senat und SPD-Fraktion nicht mehr länger zuzusehen, und deshalb erklären wir uns mit dem hier vorliegenden Modell einverstanden.

Das jetzige Bremische Hochschulgesetz ist damit zwar kein Wunschkind, aber etwas, was, wenn es konstruktiv begleitet wird, sich durchaus noch prächtig entwickeln kann. Die CDU wird ihren Anteil daran weiter wahrnehmen. Ein Studienkontenmodell in sich ist weder gut noch schlecht, auf die Ausgestaltung kommt es an, und darauf müssen wir in der nächsten Legislaturperiode in der Tat noch Wert legen. Da gibt es die unterschiedlichsten Interpretationen. Herr Dr. Kuhn hat ja heute dankenswerterweise seine Position zum Studienkontenmodell schon einmal per E-Mail herumgeschickt, mir ist zwar bald das Brötchen im Hals stecken geblieben, aber so ist das halt.

Wir hoffen, dass wir als CDU weiterhin als Erziehungsberechtigte dieses Bremischen Hochschulgesetzes beauftragt werden und auch in der nächsten

(C)

(D)

(A) Legislaturperiode Verantwortung tragen, das ist meine Hoffnung!

(Beifall bei der CDU)

Insofern wollen wir das mit Leben erfüllen. Die Ausgestaltung des Studienkontenmodells kann man natürlich nicht so laissez faire machen, sondern dort muss der Verwaltungsaufwand gering gehalten werden, die Ausgestaltung muss mit stringenten und transparenten Regelungen versehen werden, aber darüber werden wir dann in der nächsten Debatte bei der nächsten Lesung auch noch einmal ausführlicher reden.

Deshalb nur in aller Kürze: Die CDU hat sich hier konstruktiv eingebracht. Die Anerkennung der Vaterschaft ist manchmal etwas schwierig, wenn man die Entstehungsgeschichte kennt. Wir werden trotzdem deutlich machen, dass es zahlreiche Punkte gibt, insbesondere Stärkung der Hochschulleitung, eine Position, die von der CDU ganz klar vertreten wird, Verkürzung der Studienzeit, und vor allem die Verbesserung der Studienberatung, die wir ganz deutlich mitmachen und unterstreichen.

Eines sage ich aber auch, denn es gibt so eine Position, so eine Ja-aber-Haltung, die auch von Herrn Dr. Kuhn kommt, mangelnde Orientierung, geringere Leistungserwartung und an der langen Leine führen, das ist allerdings auch nicht immer angesagt bei aller Autonomie der Hochschulen. Eine klare Orientierung für Professoren und für Studierende muss durchaus sein. Diese Diskussion werden wir weiter fortführen, und da sage ich nur, wehe den Achtundsechzigern, die hier eben schon in der Debatte herbeigeredet wurden! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Jäger, das finde ich nicht in Ordnung, dass ich Ihnen das Erstrederecht abtrete, und dann wollen Sie mich hier zum Abtreten bringen als Alt-Achtundsechziger, so war das nicht gemeint!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns überhaupt eben gefragt bei Ihrer Rede, Herr Kollege Jäger: Wo ist die Mutter? Da war so viel von Schwangerschaft und Vaterschaft die Rede und die schwere Geburt, irgendetwas muss da im Schwange sein. Wir sind gespannt!

Meine Damen und Herren, wir debattieren heute die Novelle in erster Lesung. Wir haben deswegen keine Änderungsanträge eingebracht. Ich will auch

nicht auf die vielen nach meiner Ansicht noch nicht ganz klaren Detailfragen eingehen, sondern mich auf die großen Linien beschränken. Wir haben vereinbart, dass wir zwischen erster und zweiter Lesung noch eine fachliche Beratung machen, und zur zweiten Lesung werden wir dann, wenn etwas übrig bleibt, wovon ich ausgehe, Änderungsanträge vorlegen.

Zum positiven Teil! Es hat mir natürlich gefallen, dass der Kollege Domann-Käse gesagt hat, dass ich jetzt kurz vor Ende meiner Laufbahn die Ernte dessen einfahren kann, was wir 1968 begonnen haben.

Es ist vielleicht nicht so ganz richtig. Wir haben noch ein bisschen mehr gewollt als die Abschaffung der Habilitation, aber immerhin ist ja etwas geschehen. Zum Teil ist es die Umsetzung der neuen Bundeshochschulgesetzgebung mit den Kernpunkten der Veränderung in der Personalstruktur, Einführung der Juniorprofessur und so weiter. Da haben wir übrigens auch auf Antrag unserer Fraktion, Herr Jäger, die notwendigen Korrekturen und Anpassungen in Bremen hier noch diskutiert und beschlossen. Das findet jetzt alles Eingang, das ist ein sehr guter und positiver Teil.

Das gilt auch für die Frage der Besoldung, das wird noch ganz schwierig werden. Da wünsche ich der Universität viel Glück und auch Stehvermögen, das umzusetzen. Das ist aber ein guter Weg. Ich sage noch einmal, das ist ein guter Weg, den Rot und Grün gemeinsam gegangen sind, und zwar gegen den haltenden Widerstand von Ihrer Seite, Herr Jäger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt ist die Änderung, die gestuften Studienangebote Bachelor und Master vom Experimentierstadium in das Regelangebot aufzunehmen. Sie wissen, ich habe immer dafür gekämpft, dass wir da ein bisschen größere Schritte machen, ich glaube, dass jetzt mit den Vorschlägen zur Lehrerausbildung, die der Senat von uns übernommen hat, dort ein Durchbruch gelungen ist. Es gibt dabei allerdings ein Problem, auf das ich zurückkommen werde.

Ich sehe noch weitere positive Punkte: Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Hochschulen, guter Punkt! Die Einführung von Dekanaten, das stand schon 1998 in unserem Entwurf, den wir hier zu dem Hochschulgesetz eingebracht haben. Sie haben dann nur fünf Jahre gebraucht, um uns zu folgen. Das ist für Sie eine gute Bilanz. Die Studienkommissionen müssten allerdings nach unserer Auffassung gestärkt werden.

Sie haben auch die Forderung übernommen, die Studienberatung als verpflichtenden Bestandteil des Studienangebots und der Studienverpflichtung dort hineinzuschreiben, und zwar für beide Seiten. Das ist ja richtig, dies sowohl für die Studierenden als auch für die Lehrkörper als Verpflichtung, als Nor-

(C)

(D)

(A) malbestandteil des Studiums anzusehen. Auch das hatten wir schon 1998 darin. Ich finde es aber gut, dass es jetzt da hineinkommt, denn unsere Anhörung zum Studienabbruch hat noch einmal deutlich gezeigt, dass gerade im ersten Studienjahr eine durchgeführte Studienberatung erheblich dazu beitragen kann, Fehlentscheidungen in der Laufbahn und bei der Studienentscheidung zu korrigieren. Soweit die positiven Punkte!

Zur Geschichte, zu der von Ihnen so häufig berührten Geburt, Herr Kollege Jäger! Wir sind in der Tat heilfroh, und die Hochschulen sind jetzt heilfroh, dass dieses Monstrum einer Studienzwangsberatung und Exmatrikulationsdrohung, was in Ihrem ersten Entwurf noch enthalten war, doch noch verschwunden ist.

Ich will Ihnen etwas sagen: Was haben Sie mich in dieser unglückseligen Sitzung im November in der Deputation dafür abgebürstet, dass ich dies kritisiert habe! Auch die Hochschulen haben damals bereits Einspruch erhoben und haben gesagt: Was soll das, wie sollen wir das machen, die Universität allein pro Semester 3000 Leute, denn es ist doch fast jeder, der die Regelstudienzeit überschreitet, 3000 Leute in einem individuellen Studiengespräch, einen individuellen Vertrag schließen, der dann überprüft wird? Das ist ein monströses Vorhaben.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben wir Ihnen da schon gesagt, und Sie haben mich wirklich in dieser Sitzung ziemlich grob abgebürstet, das werde ich Ihnen auch so bald nicht vergessen!

(Abg. B ü r g e r [CDU]: Na, wer wird denn so nachtragend sein?)

Es gibt bestimmte Dinge, die waren wirklich nicht schön, und diese Sitzung gehörte dazu!

Das war eine ziemlich pervers bürokratische Flucht aus der Verantwortung, was Sie da vorgeschlagen haben. Jetzt wollen Sie die Studienkonten machen. Ich darf aus der Begründung zitieren: „Durch die Einführung eines Studienkontenmodells für Studienguthaben wird zugleich ein Anreiz für die Studierenden geschaffen, ihr Studium zielgerecht, effizient und schnell zu absolvieren.“

Das Problem ist, glaube ich, Sie zäumen immer noch, so habe ich den Eindruck, das Pferd vom Schwanz her auf. Wenn wir über die Schwierigkeiten der Studierenden reden, und der Kollege Rohmeyer kann uns da vielleicht etwas vortragen, das Studium überhaupt erfolgreich zu beenden, wenn wir über die Schwierigkeiten reden, das Studium erfolgreich und in vernünftiger Zeit zu beenden, dann müssen wir zuerst darüber reden, wie es den Stu-

dierenden möglich gemacht wird. Das ist, finde ich, nach wie vor die erste Diskussion. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann müssen wir darüber reden, wie die Lehrpläne entrümpelt werden, dass Lehrangebot und Prüfung zueinander passen, dass die Lehrmittel da sind, dass wir moderne, vielfältige Studienangebote schaffen, deren Bezug auf berufliche Praxis auch deutlicher wird. Auch das ist doch eine riesige Aufgabe. Wir müssen sehen, dass durch eine flächendeckende Einführung von Bachelor und Master die Studienangebote klarer strukturiert und flexibler werden, und wir dürfen darüber auch nicht die soziale Lage der Studierenden vergessen.

In diesem Kontext, wenn wir das bedenken, wenn wir im Übrigen unsere Hausaufgaben gemacht haben, kann es dann auch durchaus sinnvoll sein, die Frage nach der Studienmotivation und den Anreizen unter Einbettung im kulturellen Umfeld zu stellen. In dem Zusammenhang kann man dann auch über Studienkonten reden, was Sie im Grundsatz in Ihr Gesetz schreiben wollen.

Wir werden uns dieser sachlichen Debatte über Modelle von Studienkonten mit Sicherheit nicht verweigern, wenn sie in diesem Kontext geführt wird, aber nicht als Ersatz für all das, was ich eben genannt habe, nicht als Versuch, den Studierenden die Verantwortung wieder zuzuschieben und sie an eine mehr oder weniger lange Geldleine zu legen. Unsere Priorität, das können Sie in unseren Anträgen nachlesen, lag in den letzten Jahren in der inhaltlichen Studienreform, und da muss diese Priorität auch liegen bleiben. Bei der Studienreform können die Studienkonten nur eine Begleitmaßnahme sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. D r . D o m a n n - K ä s e [SPD]) (D)

Ich denke, dass das die Position der Grünen in Nordrhein-Westfalen ist, die ja in einer schwierigen politischen Lage verhindert haben, dass die Sozialdemokraten Studiengebühren einführen. Die Grünen haben daraus das Modell der Studienkonten gemacht. Meine erste Wahl war das nie, aber wenn die Diskussion nun so läuft, dann sage ich Ihnen, ich verweigere mich da nicht, aber sie muss vernünftig eingebettet sein. Dann muss man aber auch klar machen, wenn Sie das so führen wollen, dass Sie einzelne Studienangebote und nicht ganze Semester abbuchen wollen, dann muss die Modularisierung abgeschlossen sein. Bevor man damit beginnt, muss das abgeschlossen sein.

Es genügt deswegen, finden wir, zu dem Zeitpunkt dann, wenn es ansteht, ein eigenes Gesetz zu verabschieden, dass jetzt eine Ermächtigung aufgenom-

(A) men wird, das finden wir eine eher nur symbolische Politik.

Ich möchte kurz auf einen zweiten Punkt eingehen, das ist die Frage des Zugangs zu den Masterstudiengängen nach dem Bachelor! Da gibt es so eine kleine Formulierung: Aus dem Satz, die Hochschulen „können“ besondere Anforderungen für das Masterstudium machen, soll der Satz werden, die Hochschulen „sollen“ besondere Anforderungen für das Masterstudium machen. Es ist jetzt nicht die Frage von juristischen Spitzfindigkeiten. Wir wehren uns nur gegen die Philosophie, die es zum Teil gibt, dass grundsätzlich zwischen dem Bachelor und Master ein Aussieben, ein Aussuchen, ein Hürdenschaffen eingeführt werden soll, so dass es etwa heißt, nur mit einem guten Bachelor kann man später einen Master machen. Das kann nicht sein.

Wir wollen mit dem Bachelorstudium nicht das Studium von 14 Semestern auf sechs verkürzen, sondern wir wollen ein klar strukturiertes, flexibles Studienangebot machen. Wenn wir es schaffen, von 14 auf zehn Semester zu kommen mit Bachelor und Master, dann ist das gut. Wenn dann einige noch mit dem Bachelor abgehen, die zunächst einmal nicht mehr wollen, dann ist es auch gut. Aber eine Barriere, eine Grenze zwischen beiden einzubauen, damit tun wir der ganzen Philosophie und dem Projekt keinen Gefallen.

(B) Deswegen waren wir sehr dagegen, hier eine Diskussion künstlich aufzubauen, indem Sie den Eindruck vermitteln, dass nur die besonders Guten nach dem Bachelor auch den Master machen können. Es muss in jedem Fall der Student die Möglichkeit haben, in einem Masterstudiengang darauffolgend zu studieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen einfach bei der weiteren Einführung von Bachelor und Master, die wir gemeinsam, denke ich, wollen, es kommt nur immer auf das Tempo und die Bedingungen an, darauf achten, dass dort keine Fehlentwicklungen passieren, weil wir dann den Protest gegen uns organisieren. Das wollen wir alle nicht. Soweit heute zu ein, zwei strittigen Fragen! Ich hoffe sehr, dass wir die Gelegenheit haben, in einer kleinen Runde noch einmal sachlich zu diskutieren, und wir werden dann im April in der zweiten Lesung unsere Änderungsanträge dazu vorlegen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen ein Gesetz vorgelegt zur Änderung des Bremischen Hoch-

schulgesetzes und anderer Gesetze. Ich habe eine hohe Übereinstimmung im Rahmen dieser Debattenbeiträge erfahren. Ich sage ganz deutlich, dass ich mich bekenne zur Vaterschaft, eindeutig, ohne Frage, und ich stelle fest, dass auch die Mutterschaft eigentlich klar ist, denn eine große Koalition besteht aus zwei Partnern.

(Abg. K l e e n [SPD]: Du bist die Mutter?)

Nein, nein! Ich denke, dass Ihre Rolle dabei höchstens die Rolle des Nebenbuhlers sein kann, Herr Dr. Kuhn. Das nehmen wir auch in diesen Tagen mit großem Interesse zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich habe mich nicht im Regen stehen gelassen gefühlt. Wir haben einen Entwurf vorgelegt und haben diesen Entwurf sehr sachlich, sehr sachbezogen mit den Hochschulen besprochen. Wir haben mit den Studentenvertretern darüber gesprochen und haben an dieser Stelle eine, wie ich meine, fundierte Kritik erfahren, und diese Kritik haben wir aufgenommen. Ich finde nicht, dass es falsch war, hierüber noch einmal ausdrücklich nachzudenken und noch einmal umzuschalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, das ist ein demokratischer, legitimer Prozess, und ich habe mich an dieser Stelle überhaupt nicht beschädigt gesehen.

Es ist im Prinzip zu allen relevanten Punkten bereits ausführlich Stellung bezogen worden. Ich will es deshalb im Folgenden nur noch einmal ganz kurz sagen: Für mich ist es wichtig, dass wir die leistungsbezogene Bezahlung beim Lehrkörper jetzt deutlich vorantreiben, was ich richtig finde. Es wird nicht mehr nach Alter bezahlt, sondern wir bezahlen nach Leistung. Die Hochschullehrer, die jetzt zu uns kommen, und auch diejenigen, die bei uns sind und das wünschen, können sich bei abgesenkten Grundgehältern leistungsorientiert bezahlen lassen.

Ich wünschte mir, dass das auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes möglich wäre, so zu verfahren. Ich glaube, wir würden deutlich effizienter auch in anderen Bereichen außerhalb der Universität und der Hochschulen so arbeiten können. Wir würden deutlich besser sein.

(Abg. D r . D o m a n n - K ä s e [SPD]:
Aber nicht hier! – Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen]: Nur nicht hier!)

Im Parlament? Herzlich gern! Auch im Senat hätte ich übrigens keine Probleme damit. Ich bin 18 Jahre lang leistungsbezogen bezahlt worden, und das fand ich immer sehr, sehr positiv!

(Abg. K l e e n [SPD]: Das können wir
uns nicht leisten! – Heiterkeit)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, ein anderer wichtiger Bereich ist auch zur Sprache gekommen, nämlich der Bereich der Juniorprofessur. Ich glaube, dass wir einen sehr, sehr wichtigen Schritt dahin machen, mit hoch qualifiziertem Personal so umzugehen, dass sie attraktive Qualifikationswege hier in unserem Land finden und nicht getrieben werden, durch bessere Chancen zum Beispiel nach Amerika zu gehen. In dem Bereich sind die Amerikaner Weltklasse, uns die hoch qualifizierten Wissenschaftler ganz frühzeitig abzuwerben.

Ich habe jetzt erfahren, schon in den ersten Monaten, nachdem wir Juniorprofessorinnen und -professoren hier eingeführt haben, dass wir exzellente Wissenschaftler, übrigens nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Teilen der Welt, auch aus Amerika, hier nach Bremen an unsere Universität bekommen haben. Ich finde, da sind wir ausdrücklich bestärkt, dass das eine gute Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes des Bundes ist, dass wir hier hoch qualifizierte Wissenschaftler aus aller Welt an die Universität Bremen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Jetzt unabhängig von dem Hochschulrahmengesetz, das wir umgesetzt haben, zu den Bremensien! Wir haben exzellente Leistungen, das haben wir auch gerade gestern wieder gehört, im Bereich der Forschung. Wo wir nach wie vor Probleme haben, ist im Bereich der Lehre. Dort müssen wir deutlich besser sein. Ich kann mich auf das, was meine drei Vorredner vorgetragen haben, nun ausdrücklich beziehen. Wir müssen im Bereich der Beratung der Studenten deutlich besser werden. Sie müssen ähnlich, wie ich es zum Beispiel mit großer Freude an der IUB sehe, aber wie es jetzt auch verstärkt an der Universität praktiziert wird, sehen, dass wir die Studenten besser auf das vorbereiten, auch mit Studienmodellen, was auf sie zukommt.

Wir müssen, das hat Herr Dr. Kuhn auch eben deutlich erwähnt, bei den Prüfungen und bei der Einführung zu den Prüfungen deutlicher darauf achten, dass nicht Wartesemester, Schleifen entstehen, und zwar dadurch, dass jetzt ganz bestimmte prüfungsrelevante Veranstaltungen nur jedes Jahr und nicht jedes Semester stattfinden. Dadurch entstehen Organisationsstrukturen an der Universität, die so aus unserer Sicht der Gesellschaft, der Politik nicht akzeptabel sind.

Diese Form der Hochschulgesetzgebung wird dazu führen, ich hoffe das jedenfalls von Herzen, dass die Organisation, der Ablauf vom ersten Tag des Studiums bis zur Prüfung einschließlich des Prüfungsverfahrens verbessert wird. Auch da erfahre ich immer wieder Beschwerden, dass die Prüfungstermine nicht so zeitnah gemacht werden, sogar bei der Bewertung von Prüfungsarbeiten monatelange Verzögerungen entstehen, weil die Prüfer nicht zusam-

menfinden können, um sich noch über Dissense zu einigen. Hier müssen wir unbedingt besser werden, um in der Qualität unseres Studiums insgesamt noch deutlich besser zu werden.

(C)

Sie haben sehr ausführlich über die Studienkonten geredet. Ich finde, wir sind hier auf einem richtigen Weg, aber wir werden das sehr detailliert noch diskutieren, bevor über das entsprechende Gesetz vom Parlament abgestimmt werden wird.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Teil ist die gesamte Hochschulautonomie, die wir weiter stärken wollen auch durch diese Gesetzesänderung, dadurch, dass wir viele Genehmigungspflichten vorsehen und dass wir eine weitere Entbürokratisierung an den Hochschulen vorantreiben. Ich glaube, dass wir gerade in dem Verfahren der Kontrakte die Hochschulen – das haben wir ja erst begonnen, da sind wir am Anfang einer Phase – und die Universitäten davon überzeugen, dass wir verlässliche Partner in der Politik an ihrer Seite sind, die ihnen weitestgehende Freiräume überlassen. Wir wollen die Ziele setzen, gar keine Frage, die wir auch immer wieder kontrollieren, aber wie sie zum Ziel kommen, da bin ich der Meinung, dass wir mit dieser neuen Gesetzgebung sie weiter in ihrer Autonomie stärken!

Ich glaube, dass die Hochschulen das mit einer hohen Verantwortung bereits bis jetzt sehr, sehr gut umgesetzt haben. Wir geben ihnen jetzt mehr Autonomie, allerdings mit einigen Hürden, indem wir verlangen, was sie auf dem Weg zur Verkürzung zum Beispiel von Studien und zu einer Erhöhung von Studienabschlüssen, von Absolventen zu tun haben in Form von Kontrakten. Damit sind wir auf einem richtigen Weg.

(D)

Ich fasse zusammen: Es geht um mehr Leistungsorientierung, mehr Leistungsanreize bei den Studenten, bei den Hochschullehrern. Es geht um kürzere Qualifizierungszeiten und frühere Selbständigkeit der Lehrenden. Wir wollen kürzere Studienzeiten erreichen und eine Senkung der Studienabbruchquoten. Wir wollen effizientere Strukturen und mehr Autonomie der Hochschulen.

Meine Damen und Herren, der Stifterverband der deutschen Wirtschaft hat im vergangenen Jahr, daran werden sich die hochschulpolitisch Interessierten erinnern, die Hochschulgesetze der Länder auf den Prüfstand gestellt und ein Ranking gemacht. Das Bremische Hochschulgesetz in seiner bisherigen Form schnitt dabei schon überdurchschnittlich gut ab. Wir lagen bei verschiedenen Prüfkriterien sehr häufig in der Spitzengruppe. Mit dieser Novelle, und da bin ich sicher, werden wir noch deutlich besser werden. Wir werden ein noch moderneres Gesetz bekommen, das den Ansprüchen unserer Studenten, und auf die zielt es insbesondere ab, noch gerechter wird. Ich bitte Sie im weiteren Verlauf der

- (A) Lesungen um Zustimmung zu diesen Gesetzesänderungen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes und anderer Gesetze, Drucksache 15/1363, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(B)

4. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 95. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 (Wohnbebauung Brokhuchting)

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003
(Drucksache 15/1365)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Landschaftsprogramm soll nun heute zum wiederholten Male geändert werden. Anlass ist diesmal die Wohnbebauung in dem Überschwemmungsgebiet Brokhuchting. Das lehnen wir Grünen bekanntlich ab, ich werde mich jetzt aber speziell auf die Problematik insbesondere mit dem Landschaftsprogramm beziehen.

1991 hatte die Bürgerschaft, das heißt dieses Haus, das Parlament, das Landschaftsprogramm als Planungsinstrument verabschiedet. Ich zitiere aus diesem Landschaftsprogramm mit Erlaubnis des Präsi-

denten: „Mit dem Landschaftsprogramm ist eine praktikable, auf dem derzeitigen Datenstand aufbauende Planungsgrundlage entwickelt worden, die gleichzeitig einen Beitrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung liefert. Auf dieser Basis sind die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege als Teile einer umfassenden Umweltvorsorge bei allen raumbedeutsamen Planungen in Zukunft hinreichend zu berücksichtigen im Interesse eines langfristig funktionsfähigen Naturhaushaltes und einer lebenswerten Umwelt für Mensch, Tier und Pflanze.“ Soweit das Zitat!

(C)

Meine Damen und Herren, das war einmal! Seit der Zeit der großen Koalition kann man das Landschaftsprogramm in der Tat in den Papierkorb werfen. Es hat keinerlei planerische Relevanz mehr. Seit dieser Zeit, seit diesem Landschaftsprogramm sind nahezu 3000 Hektar, die dort als naturraumtypische freie Landschaft als erhaltenswert galten, entweder bereits bebaut oder mit entsprechenden Planungen belegt. Es sind nahezu 3000 Hektar, die entgegen der Datengrundlage und dem, was als Planung im Landschaftsprogramm beabsichtigt war, bis heute anderen Nutzungen zugeführt wurden.

Hinsichtlich der Frage der Zustimmung zu der Änderung des Landschaftsprogramms ist auch anzumerken, dass dies der Beirat Huchting mehrheitlich abgelehnt hat, es hat der Naturschutzbeirat abgelehnt, es hat die Bezirksregierung Weser-Ems abgelehnt, die Stadt Delmenhorst, die Architektenkammer und der Gesamtverband für Natur- und Umweltschutz. Nichtsdestotrotz soll es heute wieder gemacht werden. Es ist auch nichts Ungewöhnliches, dass Empfehlungen und Vorschläge der Träger öffentlicher Belange hier nicht mit einfließen bei dem, was entschieden wird.

(D)

Es fließt genauso wenig ein wie das Gemeinwohlinteresse des Naturschutzes. Hier möchte ich aus der heute zur Debatte stehenden Mitteilung zitieren. Sie kommt nämlich im Ergebnis – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – zu der Feststellung:

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass es sich bei dem Gebiet Brokhuchting um ein für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild hochwertiges und damit an sich erhaltens- und entwicklungsfähiges Gebiet handelt. Andererseits soll, wie bereits dargestellt, mit der Ausweisung der Wohnbauflächen für überwiegend Ein- und Zweifamilienhäuser entsprechend den städtebaulichen Zielvorstellungen ein Angebot für bestimmte Bevölkerungsgruppen gemacht werden. Damit soll verhindert werden, dass weitere Einwohner, insbesondere Familien, in das Umland abwandern. Die Schaffung des neuen Wohnbaugebietes würde durch das erhöhte Steueraufkommen gleichzeitig zu einer Stärkung der Finanzkraft Bremens führen.“

Die Gemeinwohlinteressen des Naturschutzes, wie hier speziell in der Landschaftsplanung dargelegt,

(A) einerseits und der Wohnraumbedarf andererseits stehen sich somit in einem Zielkonflikt gegenüber. Im Rahmen einer Gesamtabwägung der verschiedenen Belange und einer zusammenfassenden Würdigung der vorgetragenen Einwendungen und den dazu getroffenen Feststellungen haben in diesem Falle die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege im Ergebnis zurückzutreten. Den vorgetragenen Anregungen und Bedenken konnte demzufolge im Wesentlichen nicht gefolgt werden.“ Soweit das Zitat!

Bei der Frage der Aufhebung des Landschaftsschutzes und der dann damit verbundenen Änderung des Landschaftsprogramms geht es natürlich immer um die Abwägung von Zielkonflikten. Es ist hier festzustellen, dass jede Abwägung in Bremen so ausfällt, dass quasi der Natur-, der Landschaftsschutz, der Umweltschutz weggewogen werden, und zwar ohne Substanz. Ich finde, hier wirkt die Gegenüberstellung mit der Zeit schon irgendwie kabarettreif. Mit der Bevölkerungsentwicklung, mit der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt wird die Begründung wirklich zur Farce, mit der der Senat die Naturzerstörung wegwägt. Es gibt keine zwingenden Gründe, die eine solche Inanspruchnahme von Natur unumgänglich machen.

(B) Wir Grünen lehnen das ab. Wir sagen noch einmal ganz eindeutig und ganz klar, dass die Abwägung zwischen den Zielkonflikten Naturschutz und Landschaftspflege einerseits und Wohnraumbedarf andererseits fehlerhaft ist. Das heißt, die Voraussetzungen zur Änderung des Landschaftsprogramms sind hier eindeutig nicht gegeben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich, und das hatten wir auch in der Debatte in der Stadtbürgerschaft, ist es unverantwortlich, in der heutigen Zeit mit der Klimaveränderung, mit der Problematik zunehmender Niederschläge ein Überschwemmungsgebiet zu bebauen. Frau Wischer, es ist da in der Tat nicht bedeutsam, wie viel Prozent des Gesamtüberschwemmungsbereichs der Ochtum in Anspruch genommen werden. Nach den Erfahrungen bei der Hochwasserkatastrophe an der Elbe ist es so, dass dort entlang der Elbe Rückbau betrieben wird. Das heißt, da werden Siedlungen in Überschwemmungsgebieten zurückgebaut, die Menschen werden umgesiedelt. Da handelt es sich auch immer nur um geringe Prozentzahlen der jeweiligen Überschwemmungsgebiete, die besiedelt sind, aber in Bremen ticken die Uhren anders. In der Summe können wir einem solchen Unsinn nicht zustimmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

(C) Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte, die wir vorgestern in der Stadtbürgerschaft geführt haben, nicht wiederholen. Deswegen werde ich mich auch ganz kurz fassen.

Voraussetzung für ein In-Kraft-Treten des Vorhaben- und Erschließungsplans, den wir ja beschlossen haben, ist, dass dieses Landschaftsprogramm geändert wird. Es ist nicht die hundertste Änderung, es ist die vierte Änderung, Frau Dr. Mathes!

(Zuruf der Abg. Frau D r . M a t h e s
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, es ist die vierte Änderung! Durch das dauernde Wiederholen falscher Tatsachen wird das natürlich nicht alles besser, deswegen werde ich mir das auch sparen! Ich will nur noch einmal etwas zu dem Überschwemmungsgebiet, das Sie eben wieder angesprochen haben, sagen.

Sie haben überhaupt nichts dazugelernt. Sie haben nicht gemerkt, was passiert ist, Sie haben nicht gemerkt, dass es Sperrwerke gibt, Sie haben nicht gemerkt, welche Maßnahmen alle unternommen worden sind aufgrund von Gutachten des Franziusinstituts und anderen. Sie haben das alles einfach gar nicht zur Kenntnis genommen! Unter heutigen Gesichtspunkten würde das nie als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen werden müssen und wäre wahrscheinlich auch nicht ausgewiesen, wenn man das alles berücksichtigt hätte, was in den letzten Jahren gemacht worden ist.

Jetzt haben Sie gelesen, was alles unternommen worden ist, dass es praktisch ausgeschlossen ist, dass es überflutet werden kann. Es gibt eben manchmal auch Dinge, insbesondere dann, wenn es um den Wohnungsbau geht und um die Möglichkeiten, den Menschen auch Wohnraum anzubieten, die es erfordern, auch einmal ein Landschaftsprogramm zu ändern. Das wird dadurch nicht zerstört oder völlig zerfleddert!

Wir haben in gleicher Weise riesige Gebiete unter Naturschutz gestellt und ausgewiesen im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Wohnbebauung. Das, finde ich, ist ein sehr fairer Kompromiss gewesen, dass wir hier eine ganz kleine Fläche von nicht einmal 40 Hektar für den Wohnungsbau benutzen und Hunderte von Hektar gleichzeitig als Naturschutzgebiet ausgewiesen haben. Das sollte man meines Erachtens auch einmal anerkennen! Ich möchte Sie bitten, jetzt dann auch diesen Beschluss hier zu fassen, damit der Vorhaben- und Erschließungsplan auch in Kraft treten kann. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Engelmann.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) **Abg. Engelmann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Focke hat sich schon sehr kurz gehalten, ich will es auch versuchen. Ob ich es noch kürzer hinkommen werde, weiß ich nicht. Ich wundere mich sowieso, dass wir das heute noch einmal debattieren müssen, nachdem wir darüber schon am Dienstag sehr ausführlich gesprochen haben, unsere konträren Meinungen da zum Besten gegeben haben. Die Zeit der Kandidatenaufstellung ist ja eigentlich in allen Parteien vorbei. Gut, wie dem auch sei, ich werde es versuchen!

Im Bereich Niedervieland/Brokhuchting stehen zirka 700 Hektar Überschwemmungsräume für die Ochtum zur Verfügung. Das geplante Wohnbaugelände reduziert diese Fläche um zwölf Hektar. Die Auswirkungen im Hinblick auf Wasserstandserhöhungen sind nach Aussagen des Fachinstituts nicht darstellbar. Die Grundsatzentscheidungen, das haben wir am Dienstag debattiert, für das Wohnbaugelände Brokhuchting sind bereits in der letzten Legislaturperiode gefallen. Es gibt auch heute noch viele gute Gründe für dieses Wohnungsangebot. Wir haben bereits Dienstag ausführlich darüber gesprochen. Es ist die Verlässlichkeit gegenüber privaten Investoren, ein weiterer Grund ist das von der Gewos-Studie belegte notwendige Angebot an Einfamilienhäusern. Ein dritter Grund ist der Aspekt der Einwohnergewinnung beziehungsweise der Einwohnerbindung.

(B) Es wäre sicherlich übertrieben, Fragen nach dem Bedarf am Hochwasserschutz und Retentionsräumen an dem Baugebiet Brokhuchting festzumachen. Notwendig ist die politische Willensbildung über den Umgang mit Freiflächen, insbesondere mit Überschwemmungsflächen. Hochwasserschutz in Bremen darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden, da geben wir Ihnen sicherlich Recht, wie der Hochwasserschutzbericht für das Land Bremen auch zeigt, aber, und das ist für unsere Entscheidung letztendlich wichtig, das Überschwemmungsgebiet der Ochtum ist für hohe Wasserstände groß genug.

Dagegen sieht es mit den Retentionsräumen für die Weser viel bedenklicher aus. Hier hat es nicht nur erhebliche Eingriffe gegeben, sondern es sind weitere geplant. Diese Diskussion, denke ich, muss dringend geführt werden. Wir dürfen jedoch nicht den Fehler machen, die Probleme der Weser auf die Ochtum und auf Brokhuchting zu übertragen. Von daher bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, Sie werden wahrscheinlich vermuten, dass ich, wenn man es unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten betrachtet und nur diese im Blick hat, sehr wohl

Ihrer Meinung bin, dass wir hier über ein sehr hochwertiges Gebiet reden. Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, dass dieser Bereich von hohem Wert ist und damit auch im Landschaftsprogramm enthalten gewesen ist.

Aber Sie haben es ja selbst angesprochen: Das eine sind Zielvorstellungen aus naturschutzfachlicher Sicht, die wir im Landschaftsprogramm niedergelegt haben, das andere sind in einem Gemeinwesen konkurrierende Interessen, die man im Konflikt miteinander austragen muss. In diesem Fall muss man eben sagen, dass die Abwägung, die stattgefunden hat, dazu geführt hat, dass die vielen Einsprüche, Bedenken und Sorgen in diesem Zusammenhang so mit aufgenommen wurden, dass man am Ende sagen kann, so, wie das Gebiet jetzt gestaltet ist, so, wie die Vorsorge getroffen ist, dass wenigstens weitgehend keine schädlichen Einflüsse auf das umgebende Naturschutzgebiet stattfinden können, kann man es verantworten. Die Fragen der Entwässerung, alle diese Dinge sind ja in den Setzungen bei dem Vorhaben- und Erschließungsplan niedergelegt worden. Insofern sind alle Einwirkungen – und eine Einwirkung ist ja immer mit einem solchen Schritt verbunden – so weit minimiert worden, dass man am Ende sagen kann, man kann es verantworten.

Wenn Sie auf das Landschaftsschutzprogramm insgesamt und auch auf die Fälle, in denen wir uns in ähnlicher Weise im Konflikt befunden haben, abheben, dann dürfen Sie hier nicht den Eindruck erwecken, als sei Bremen inzwischen eine einzige Betonwüste. Ich glaube, wir können selbstbewusst sagen, dass das, was an Naturschutzgebieten vorhanden ist, das, was an Landschaftsschutzgebieten vorhanden ist, das, was wir als Vogelschutzgebiete haben, sehenswert ist und – andere Kommunen haben es in diesem Umfang möglicherweise nicht wie Bremen – dass wir hier durchaus etwas vorzuweisen haben.

Dass es für einen Naturschützer immer schmerzhaft ist, das kann ich auch selbst nachvollziehen, wenn ein Gebiet angegangen worden ist, auf der anderen Seite gilt es, gesellschaftliche Kompromisse zu machen, und das ist in diesem Fall geschehen.

Die Frage des Hochwasserschutzes ist ja auch schon angesprochen worden. In diesem Fall, Herr Focke, braucht man das Überschwemmungsgebiet sehr wohl, weil es nicht um die Sturmfluten geht, für die die Sperrwerke stehen, sondern es geht hier um das Oberwasser, dass da hineindringt. Insofern brauchen wir diesen Retentionsraum selbstverständlich, aber ich glaube, dass es hier durchaus vertretbar ist, weil wir noch genügend Flächen für dieses Oberwasser haben.

Wir kommen ja noch im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzbericht auf das Thema Überschwemmungsgebiete generell. Ich habe am Dienstag schon gesagt, in diesem konkreten Fall, denke

(C)

(D)

(A) ich, ist es verantwortbar, dass man diese Fläche, über die wir hier reden, herausgenommen hat. In allen anderen Fällen sind wir auch der Auffassung, dass wir, was Retentionsräume anbelangt, hier auch im Interesse einer zukünftigen Vorsorge uns weiterhin sehr wohl Gedanken machen müssen. Das ist ja dann auch im Hochwasserschutzbericht angelegt.

Noch einmal zu diesem Gebiet! Ich glaube, unter der Abwägung, die Sie hier ausführlich aus der Vorlage zitiert haben, ist das, was am Ende herausgekommen ist, auch unter dem Gesichtspunkt des übrigen Gebietes, so weit zurückgefahren, dass man es verantworten kann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Vierten Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 95. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 (Wohnbebauung Brokhuchting) mit der Drucksachen-Nummer 15/1365 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Vierten Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 95. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 zu.

**Bremisches Architektengesetz (BremArchG)
Bremisches Ingenieurgesetz (BremIngG)**

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002
(Drucksache 15/1330)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Bremische Architektengesetz und das Bremische Ingenieurgesetz in ihrer 72. Sitzung am 22. Januar 2003 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C)

Wer das Bremische Architektengesetz und das Bremische Ingenieurgesetz, Drucksache 15/1330, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Gesetze in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausdatenschutzgesetzes und zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003
(Drucksache 15/1341)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2003

(Drucksache 15/1384)

(D)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf in ihrer 72. Sitzung am 22. Januar 2003 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 15/1384, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1384 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausdatenschutzgesetzes und

- (A) zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, Drucksache 15/1341, in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausdatenschutzgesetzes und zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, Drucksache 15/1341, unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55 vom 28. Januar 2003

(Drucksache 15/1353)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 56 vom 11. Februar 2003

(Drucksache 15/1371)

(B)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Zusammenschluss der Berliner Wertpapierbörse und der Bremer Wertpapierbörse zu einer gemeinsamen Wertpapierbörse Berlin-Bremen und die Zusammenarbeit der Börsenaufsichtsbehörden des Landes Berlin und der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2003
(Drucksache 15/1358)

1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

- (C) Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Zusammenschluss der Berliner Wertpapierbörse und der Bremer Wertpapierbörse zu einer gemeinsamen Wertpapierbörse Berlin-Bremen und die Zusammenarbeit der Börsenaufsichtsbehörden des Landes Berlin und der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 15/1358, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt in die zweite Lesung eintreten wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Zusammenschluss der Berliner Wertpapierbörse und der Bremer Wertpapierbörse zu einer gemeinsamen Wertpapierbörse Berlin-Bremen und die Zusammenarbeit der Börsenaufsichtsbehörden des Landes Berlin und der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 15/1358, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, damit treten wir in die Mittagspause ein. Wir treffen uns wieder um 14.30 Uhr.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

**Föderalismus-Konvent der Präsidentinnen und
Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden der
deutschen Landesparlamente am 31. März 2003
in Lübeck**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen
Bürgerschaft
vom 13. Februar 2003
(Drucksache 15/1379)

(B) Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich und bedanke mich bei den großen Fraktionen, dass wir hier heute noch einmal die Gelegenheit haben, über den Föderalismuskonvent der Präsidentinnen und Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente am 31. März 2003 in Lübeck, so heißt die Veranstaltung, zu sprechen und ihn vielleicht auch ein wenig gemeinsam vorzubereiten.

Wir haben im September des vergangenen Jahres auf Antrag unserer Fraktion einen ersten Durchgang auf der Grundlage des ursprünglichen Entwurfs für eine Entschließung in Lübeck gemacht. Die Mehrheit des Hauses, also die große Koalition, hat damals unseren Antrag abgelehnt und eine eher allgemein gehaltene Erklärung verabschiedet, verbunden mit dem Auftrag an den Senat, über die Arbeiten der Landesregierung zum Thema Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung bis zum Dezember 2002 zu berichten. Auf diesen Berichtsantrag und dessen Erfüllung komme ich am Ende noch zurück.

Ich weiß gar nicht, wer vom Senat mir darauf die Antwort geben wird.

(Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Herr Lemke macht das! Der kann zu allem reden!)

Weil wir bei dem Verhältnis der Landesparlamente zu den Landesregierungen sind und bei der Stärkung der Position der Landesparlamente!

(C)

(Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Darum ist die Landesregierung ja auch nicht da!)

So ist es! Dann ist sie vorsichtshalber nicht da, ja, das ist auch in Ordnung!

In der Zwischenzeit hat der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sich zweimal über den weiteren Fortgang berichten lassen und darüber beraten. Dabei wurde der Tenor der Wortmeldungen, ich erinnere vor allen Dingen an die Diskussion, die vom Kollegen Isola geführt wurde, eigentlich zunehmend kritischer gegenüber den bisherigen Vorlagen. Es liegt nun ein zweiter Entwurf für ein solches Lübecker Manifest vor, auf den die Diskussion zuläuft. Bis zum 28. Februar 2003 können dort auf beiden Schienen Änderungsanträge vorgetragen werden, sowohl auf der Schiene der Landtage als auch auf der Parteischiene.

Wir haben Ihnen heute für die Diskussion keinen ausformulierten Antrag vorgelegt. Wir schlagen Ihnen vielmehr vor, jetzt eher die Argumente über dieses Manifest auszutauschen und vielleicht dann gemeinsam dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft für die nächste Beratung einige Kernpunkte aus unserer gemeinsamen Bremer Sicht mitzugeben.

Wenn man sich umsieht, auch die anderen Landtage diskutieren darüber. Wer beide Diskussionslinien verfolgt, die der Parteien und die der Landtage, sieht schnell, die alte Erfahrung bestätigt sich, dass die Trennlinien eher zwischen den Ländern verlaufen als zwischen den Parteien. Ich habe mir zum Beispiel die gemeinsame interfraktionelle Entschließung aus dem Land Baden-Württemberg angesehen. Daraus können Sie schnell erkennen, dass es den Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart, und zwar parteiübergreifend von der FDP über die CDU bis zu den Grünen, darum geht, die Landesparlamente mit diesem Konvent in einen richtig heftigen Kampf für harten Wettbewerbsföderalismus zu führen. Sie folgen damit den Landesregierungen der eher südlich gelegenen Länder.

(D)

Ich halte es demgegenüber für notwendig, dass wir in Bremen gemeinsam feststellen, dass ein solcher Wettbewerbsföderalismus für uns, für Bremen, so lange nicht in Frage kommt, wie nicht alle Länder wirklich faire Ausgangsbedingungen haben, und das gilt natürlich vor allen Dingen, was die Finanzverfassung angeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremer Grünen, muss ich in diesem Fall sagen, sind der Auffassung, dass Überprüfungen und Korrekturen der föderalen Ordnung sinnvoll sind. Nicht sinnvoll wäre aus unserer Sicht der Versuch, die aus

(A) vielerlei Gründen gewachsene Verflechtung verschiedener Politikebenen im deutschen Föderalismus sozusagen wieder auf Null zurückführen zu wollen. Das ist nicht realistisch und auch nicht vernünftig.

Von dieser Grundposition aus möchten wir Ihnen drei, vier Änderungsvorschläge vortragen, die sich auf den vorliegenden Entwurf beziehen.

Erstens sind wir der Auffassung, dass die Resolution keine Aufzählung von Gesetzgebungsgegenständen enthalten sollte, die aus der konkurrierenden Gesetzgebung herausfallen und in die Rahmengesetzgebung hineinkommen sollen. Man kann allgemeine Grundsätze von Korrekturen anfügen, aber diesen langen Katalog halten wir nicht für sinnvoll, denn ich glaube nicht, dass man sich darüber jetzt schon einig werden wird.

(B) Wie ist das mit der Beamtenbesoldung? Da schreibt man hinein, man will die in die Rahmengesetzgebung zurückführen. Wenn ich mir die Presse der letzten Wochen ansehe, habe ich nicht erkennen können, dass die Länder sich im wirklichen Leben haben verständigen können auch nur auf eine Öffnungsklausel dafür. Was macht es also für einen Sinn, dies heute in einen solchen Katalog hineinzuschreiben? Oder die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens! Wir sind der Auffassung, dass Grundsätze der Zulassung zu einer Hochschule, der Studienstruktur natürlich gemeinsam festgelegt werden müssen, wenn es nicht zu einem Auseinanderdriften in Deutschland führen soll. Also unser Vorschlag, einen offenen Prüfauftrag, aber keinen Katalog in diese Entschließung!

Zweiter Punkt, die Mischfinanzierung, die so genannten Gemeinschaftsaufgaben! Dort gibt es eine starke Tendenz in anderen Ländern zu sagen, nicht nur Überprüfung, sondern klare Tendenz, das muss verschwinden. Wir sollten diesen Ländern klar sagen, dass dies nicht von Bremen gewollt ist, das dies nicht in unserem Interesse ist. Ich habe bereits in der letzten Debatte auf die Hochschulbaufinanzierung hingewiesen. Von der haben wir in der jetzigen Form enorm profitiert, und zwar zu Recht profitiert, weil es tatsächlich immer noch darauf ankommt, die Kapazitäten im Hochschulbau bundesweit gerecht und vernünftig zu verteilen. Ich glaube, wir müssen ganz genau darauf achten, dass dies als offene Prüfung formuliert wird, aber hier nicht schon eine Tendenz hineingeschrieben wird.

Der dritte Punkt, da kann ich mich kurz fassen, das haben, wie ich gelesen habe, auch die CDU-Fraktionsvorsitzenden bereits aufgegriffen. Es macht für uns keinen Sinn die Forderung, den deutschen Staatsaufbau noch schwerfälliger und undurchschaubarer zu machen. Dass das Bundesratsprinzip durchlöchert wird und dass man sagt, überall da, wo Grundsatzentscheidungen, Kompetenzfragen entschieden werden, muss nicht nur der Bundesrat mit

Zweidrittelmehrheit zustimmen, sondern auch noch die Mehrheit der deutschen Landtage das jeweils mit Zweidrittelmehrheit ratifizieren. Ich meine, dann macht man das Ganze noch viel schwerfälliger. Ich finde, dass die CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz da auch eine richtige Position hat, dieser Punkt sollte gestrichen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der vierte Punkt betrifft die europäische Ebene. Da wird gefordert, eine politische Kompetenzkammer aus europäischen, nationalen und regionalen Parlamentariern als Kontrollgremium für die Frage der Kompetenzabgrenzung einzurichten. Meine Damen und Herren, diese Forderung macht einfach keinen Sinn, wenn man sich die Beratungen des europäischen Verfassungskonvents ansieht. Das ist dort vorgebracht worden, und gegenüber anderen Alternativen hat diese Forderung vielleicht eine Mehrheit von Befürwortern von zwei, drei Prozent bekommen. 97 Prozent haben es abgelehnt. Dieser Zug ist einfach abgefahren. Es macht keinen Sinn, wenn wir Ende März als deutsche Landesparlamente das noch einmal so vertreten. Es ist ohne jede Aussicht.

Soweit, meine Damen und Herren, unsere Vorschläge aus Bremen, den Text zu verändern! Ich habe mich da bewusst von allen Formulierungen ferngehalten, die man schön oder weniger schön machen kann, sondern nur die Kernpunkte genannt. Ich möchte am Ende auf einen positiven Aspekt zu sprechen kommen und den verstärken.

Das ist nämlich in der Tat die Stärkung der Position der Landesparlamente gegenüber den Landesregierungen. Wenn man nicht der Meinung ist, dass man, und das finde ich unrealistisch, diesen Verflechtungsföderalismus wieder komplett auf einen Trenn- und Wettbewerbsföderalismus zurückführen kann, dann ist doch hier das Verhältnis zwischen Landesparlament und Landesregierung der entscheidende alltägliche Schauplatz. Deshalb halten wir die Anregung in dem Papier auch für gut, dass die Landesregierungen verpflichtet werden müssen, die Parlamente zu unterrichten, das haben wir bereits in der Landesverfassung, ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und diese Stellungnahme dann auch berücksichtigen zu müssen, so wie das in Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes heute schon für den Bundestag geregelt ist.

Ich sage das jetzt einmal freihändig, ich kann natürlich nicht darüber bestimmen, aber ich würde den Grünen vorschlagen, in der nächsten Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag auf Ergänzung der Landesverfassung in Artikel 79 zu machen, damit wir hier auch in der Landesverfassung die Rechte des Parlaments gegenüber dem Senat stärken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Dann könnte hoffentlich auch mit einem grundlegenden Missverständnis des Senats aufgeräumt werden. Da finde ich es nun wirklich bedauerlich, dass Herr Staatsrat Hoffmann hier nicht bei der Debatte anwesend ist. Ehrlich gesagt, verstehe ich es auch nicht.

Der Senat ist ja durch den Beschluss der Koalitionsfraktionen aufgefordert worden, und so eine Anforderung halte ich eigentlich für bindend, bis Dezember 2002 zu berichten, was die Landesregierungen in dieser Sache eigentlich unternehmen. Die machen das ja parallel, und es macht natürlich Sinn, die Diskussion zusammen zu führen. So haben Sie auch zu Recht argumentiert und haben gesagt, wir wollen uns berichten lassen. Der Senat hat sich nicht gerührt. Wir haben ihn dann gemahnt. Dann hat er einen freundlichen Brief geschickt. Dieser Brief enthält eine ausführliche Inhaltsangabe dessen, was die Landesregierungen so bereden.

Aber entschuldigen Sie, auf der Basis einer Inhaltsangabe kann ich mir als Landesparlament keine Meinung bilden, wenn ich die Position des Senats nicht kenne! Dann sagt der Senat dazu, dem Parlament berichten, trotz des Auftrags, kann er erst dann, nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz Ende März beschlossen hat, also nachdem sie mit einer 16-zu-null-Entscheidung Fakten geschaffen hat, von denen ich erst einmal sehen will, dass ein Landesparlament die wieder umstößt.

(B) Ich habe nicht verstanden, dass dies der Sinn der Befassung und der Mitentscheidung des Parlaments ist, so lange auf einen Bericht des Senats warten zu müssen, und das ist nicht das erste Mal, auch in anderen Fragen, ob das Strukturfondsförderung oder sonst etwas war, immer wird argumentiert, wir berichten euch dann erst verbindlich und richtig, wenn wir selbst entschieden haben. Das kann nicht der Sinn dieser Regelung sein, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da müssen wir, glaube ich, tatsächlich zu einer Änderung kommen. Wir glauben, der Konvent am 31. März 2003 in Lübeck kann eine Diskussion über die Stärkung des Föderalismus und der Landesparlamente befördern, wenn er nicht versucht, Ergebnisse schon einseitig und in eine bestimmte Richtung vorwegzunehmen. Im Übrigen wird über die Frage der Bedeutung der Landesparlamente, glaube ich, hier entschieden, von uns und von denjenigen, die nach uns hier ihre Aufgabe und ihr Mandat wahrnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Kuhn hat die Kritik an Einzelpunkten dieses Resolutionsentwurfs in den Vordergrund gestellt. Ich teile sie weitgehend und komme darauf noch zurück, aber ich würde gern am Anfang doch den positiven Aspekt dieses Resolutionsentwurfs und insgesamt dieses Prozesses noch einmal ansprechen.

Ich habe bereits in unserer Debatte im September gesagt, dass ich es für einen guten Ansatz der Landtagspräsidenten gehalten habe, dass sie die Reform des Föderalismus eben auch zu einer Angelegenheit der Landesparlamente gemacht haben und mit diesem Konvent am 31. März 2003 eben dafür sorgen wollen, dass die Landesparlamente in dieser wichtigen Reformdebatte zu Wort kommen und möglichst dann auch mit einer Stimme sprechen sollen.

Ich glaube, man muss sagen, und da deckt sich sicherlich unsere Einschätzung, Herr Dr. Kuhn, dass der Weg zu einer solchen Reform erstens noch ein ganz weiter und zweitens noch ein ganz schwieriger ist, denn die Landesparlamente sind eben nur eine Stimme in diesem Diskussionsprozess. Die Ministerpräsidenten, auch davon haben Sie gesprochen, müssen und werden ihre Position festlegen. Die Bundesregierung und der Bundestag sind weitere maßgebliche Akteure in diesem Prozess, und das Ganze muss schließlich in die europäische Integration und in die europäische Verfassungsdiskussion eingebunden sein.

Der Föderalismuskonvent in Lübeck am 31. März 2003 wird durch eine Resolution, und das ist, glaube ich, schon ein Wert an sich, unterstreichen, dass sich die Landesparlamente an dieser Debatte auch weiterhin beteiligen werden. Diese Resolution wird die Richtung aufzeigen müssen, in die diese Debatte geht, aber sicherlich noch nicht in allen Einzelheiten diese Richtung beschreiben können.

Das Verfahren, in dem diese Resolution erarbeitet wird, ist durchaus ein kompliziertes. Wir reden hier im Landtag darüber, wie in allen anderen Landtagen darüber debattiert wird, die Präsidenten haben eine Runde, die Frage, wie wir zu Veränderungen kommen, wird sicherlich in den Fraktionsvorsitzendenkonferenzen von CDU, Grünen und SPD noch weiter bewegt werden. Ich kann Ihnen nur aus der letzten SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz berichten, ohne die Vertraulichkeit aufzuheben, dass dort überwiegend nicht die Farbe des Parteibuches die Richtung bestimmt, sondern ähnlich, wie Sie es beschrieben haben, die einzelnen, die deutlich wahrgenommenen Interessen der Länder.

Das ist eine Diskussion aus Länderinteresse. Das ist aber auch nicht schlimm, denn wir nehmen hier ja auch bremische Interessen war. Unter dieser Überschrift, den Prozess im Grundsatz zu begründen, und

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) richtig, aber wir nehmen auch bremische Interessen wahr, mache ich mich an diesen Resolutionsentwurf und frage, was da richtig beschrieben und was zu verändern ist. Ich halte zunächst einmal für richtig, dass der Resolutionsentwurf ein deutliches Bekenntnis zum Föderalismus abgibt und diese Reformnotwendigkeit, die er beschreibt, verknüpft mit der Forderung nach einer Stärkung der Landesparlamente, denn dabei geht es, ich habe es in der letzten Debatte schon gesagt, nicht um die Sicherung von Arbeitsplätzen der Abgeordneten, sondern dabei geht es um ein Grundprinzip des Parlamentarismus, und das ist die bürgernahe Aufgabenerledigung, und die ist insbesondere bei der Gesetzgebung gefragt.

Wenn man das teilt und unterstützt, dann folgt daraus natürlich eine Stärkung der Gesetzgebungskompetenz der Länder. Ich habe Zweifel, ob das, was hier vorgeschlagen ist, also eine Vorranggesetzgebung der Länder, eine umgekehrte konkurrierende Gesetzgebungskompetenz der Weisheit letzter Schluss ist. Darüber kann man sicherlich streiten.

Notwendig ist bestimmt, dass die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in einem gewissen Umfang aus der konkurrierenden und aus der Rahmenkompetenz überführt werden in Landeszuständigkeit. Ich teile aber, und da komme ich zu Ihrem ersten Kritikpunkt, Herr Dr. Kuhn, ganz ausdrücklich Ihre Auffassung, dass es falsch wäre, in erster Linie aus Kritik an den Inhalten jetzt schon einen Kompetenzkatalog zu beschreiben und zu übernehmen, wie er hier in diesem Resolutionsentwurf vorgesehen ist.

(B) Meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, was da vorgeschlagen wird, dann darf man an der Sinnhaftigkeit schon sehr zweifeln. Dass das Versammlungsrecht nicht mehr bundeseinheitlich geregelt werden soll, sondern in die Länderkompetenz überführt werden soll, erschließt sich mir nicht als sinnvoll. Ich habe auch große Zweifel, nein, eigentlich keine Zweifel, eine ablehnende Haltung, dass wir eine Besoldungs- und Versorgungsregelung im Grundgesetz haben, die die Frage, wie im öffentlichen Dienst bezahlt werden soll, in die Kompetenz der Länder gelegt wird. Ich halte es im Übrigen auch für falsch, eine solche Öffnungsklausel für die Länder herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich darf aber einmal hier zur Beruhigung aller darauf hinweisen, dass gewisse Diskussionen auch von der Realität eingeholt oder überholt werden. Die Ministerpräsidenten hatten Ende letzten Jahres einen heftigen Aufschlag in diese Richtung gemacht, aber damals war ja schon absehbar, dass das nicht lange halten würde. Mittlerweile ist das, glaube ich, von der politischen Tagesordnung verschwunden, und ich füge hinzu, das ist auch richtig so.

Der zweite Punkt, Herr Dr. Kuhn, den Sie angesprochen haben, die Rückführung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern: Da empfiehlt sich in der Tat, das sehe ich genauso, eine sorgfältige Prüfung, was das eigentlich für uns bedeutet. Hochschulbau, Wirtschaftsstruktur, Küstenschutz, das sind die wichtigen Bereiche, von denen Bremen profitiert hat. Solche Regelungen dürfen sicherlich nicht dazu führen, dass wir dort Einbußen hinzunehmen haben.

Der dritte Punkt, Sie sprachen dieses neue und etwas veränderte System der Bundesratsbeteiligung an: Ich teile auch dort Ihre Auffassung, überflüssig! Der vierte Punkt, die Kompetenzkammer auf europäischer Ebene: Das ist sicherlich eine bürokratische Fehlgeburt, das sehe ich ähnlich, die sollten wir nicht unterstützen.

Die Frage, die man stellen muss, Herr Dr. Kuhn, ist, wie dieser Prozess weitergeht. Ist mit dem 31. März, wenn in Lübeck kraftvoll eine Resolution beschlossen worden ist, der Prozess der Beteiligung der Länderparlamente beendet, oder wird er fortgesetzt?

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Haben die Länderparlamente einmal die Fahne gehoben und beteiligen sich dann nicht mehr daran? Darüber, glaube ich, muss man im Einzelnen noch reden.

(D) Ich würde im Übrigen vorschlagen, auch dem Kollegen Eckhoff vorschlagen, dass wir bis zum 28. Februar, wenn wir also die entsprechenden Änderungs-vorschläge hier abgeben sollen, im Kreis der Fraktionsvorsitzenden oder Fraktionsbeauftragten noch einmal darüber reden, mit welchen Bitten wir den Präsidenten der Bürgerschaft in die nächste Abstimmungsrunde schicken, damit wir am Ende mit einer möglichst einheitlichen bremischen Position, die die bremischen Interessen nachdrücklich vertritt, dann auch auftreten können. Das ist, glaube ich, unsere Aufgabe in diesem ganzen Verfahren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal stelle ich fest, dass die Initiative, die ja aus dem Kreise der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz kam und dann in die Tagung der Präsidenten der jeweiligen Landesparlamente hineingetragen wurde, am 31. März zu einem ersten konkreten Ergebnis führt, dass sich nämlich in einer bis jetzt einzigartigen Form Landesparlamente zusammensetzen, um über ein Grundproblem zu sprechen, was uns in den letzten Jahren immer stärker beschäftigt hat.

(A) Die Grünen haben im Vorfeld, Herr Dr. Kuhn, ich weiß nicht, ob das generell so war, hinterfragt, ob so ein Konvent tatsächlich das richtige Mittel ist und es eine Notwendigkeit gab. Ich weiß, dass Sie hier immer wieder eingefordert haben, dass die Rechte der Landesparlamentarier auch mehr berücksichtigt werden müssen. Deshalb überrascht es mich, dass zumindest in unterschiedlichen Landesverbänden der Grünen dies durchaus auch kritisch diskutiert wurde, ob ein solcher Konvent dazu geeignet ist.

Ich will das sagen, ich glaube, er ist geeignet, und ich glaube, er setzt das notwendige Startzeichen dafür, dass es im Endeffekt Verbindungen, Versammlungen geben muss, wo sich die Landesparlamente zusammenschließen, um gemeinsam dagegen vorzugehen, dass in den letzten Jahren, Jahrzehnten ihnen im Endeffekt immer mehr Kompetenzen genommen wurden. Das ist das wichtige Signal, was am 31. März von Lübeck ausgehen muss. Ich glaube, dass es natürlich schwierig ist und es die unterschiedlichsten Strategien gibt, mit denen man in diese Debatten am 31. März auch geht, aber eines ist klar: Es gibt besondere bremische Interessen, die dabei berücksichtigt werden müssen. Häufig stehen diese bremischen Interessen natürlich ganz einfach im Zusammenhang mit Finanzfragen, das muss man an dieser Stelle doch auch sagen. Ich glaube, man kann mit uns über sehr viele Strukturveränderungen sprechen, aber immer unter der Prämisse, dass die finanziellen Ausgangsvoraussetzungen, die wir als Bundesland haben, auch gleichberechtigt sind mit denen in anderen Landesparlamenten. Dies müssen wir gemeinschaftlich deutlich machen! Wenn wir das erreichen, Herr Dr. Kuhn, dann, sage ich zumindest, gibt es für mich kaum Tabus, über die ich nicht auch sprechen kann.

Ich glaube sogar, dass wir als kleines Bundesland eine Chance haben, im Endeffekt Modelle eher zu entwickeln, schneller umzusetzen, und es für uns eine Riesenchance ist, wenn wir tatsächlich wieder dazu kommen, dass wir zwischen den Kompetenzen auf Europa-, Bundes- und Länderebene auch klare Grenzen aufzeigen und wir im Endeffekt über das beschließen können, was uns auch angeht. Die finanziellen Startbedingungen für dieses Vorhaben müssen aber stimmen und müssen natürlich dann auch in einem solchen Konvent beziehungsweise in den Arbeiten, die darüber hinausgehen werden, entsprechend berücksichtigt werden.

Ich sage das auch so deutlich und bin dafür – die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat sich zuletzt Mitte Januar damit beschäftigt –, dass wir natürlich auch zu einem Punkt kommen, an dem wir sagen, wie in einer solchen Resolution ein solcher Konvent fortgeführt werden soll und in welchem zeitlichen Rahmen auch konkrete Ergebnisse diskutiert werden sollen. Nach unserer Einschätzung muss es möglich sein, dass im Endeffekt in den nächsten zwölf Monaten die Arbeiten, die von einem solchen

Konvent ausgehen, auch tatsächlich abgeschlossen sein müssen, damit die Ergebnisse in die laufende 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebracht, ausreichend beraten und die notwendigen Änderungen noch in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages beschlossen werden können. Das ist die Zielsetzung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz – heute stimmt das mit der CSU, weil wir gemeinsam tagen –, und das wird sicherlich auch das sein, worauf wir im März drängen werden.

Ich möchte gar nicht auf jedes einzelne Thema eingehen, weil ich das sehr richtig und sehr gut finde, was der Kollege Böhrnsen gesagt hat, dass wir uns noch einmal hinsetzen sollen, gemeinschaftlich auch überlegen, welche Möglichkeiten es zwischen den Fraktionen gibt, aber wenn ich nur einmal an ein Thema herangehen darf: Ich glaube, ich habe es gerade angesprochen, dass in der aktuellen Diskussion zum Beispiel auch große Chancen liegen, wenn Bundeszuständigkeit auf die Länder übertragen wird. Ein Beispiel dafür ist für mich der Ladenschluss. Ich hoffe nur, und da blicke ich in Richtung SPD-Fraktion, dass wir dann auch in der Lage sein werden, gemeinschaftlich in der großen Koalition aus diesen Chancen, die sich aus einem solchen Thema ergeben, tatsächlich auch die richtigen Schlüsse zu ziehen, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir haben es darüber hinaus natürlich, und das ist umso entscheidender, damit zu tun, wie sich die Bundesländer – natürlich auch insbesondere ein kleines Bundesland wie Bremen – aufstellen im Rahmen der Europäischen Union. Da begrüße ich es außerordentlich, dass sich auch der Präsident des Senats in den letzten Tagen noch einmal verstärkt in die Debatte eingemischt hat. Ich glaube allerdings auch, das sage ich, dass wir alle gemeinschaftlich doch dieses Thema noch viel intensiver entdecken müssen.

Wir waren mit einer Delegation im Dezember, da haben wir die Grünen auch getroffen, in Brüssel, und auch die Sozialdemokraten, das konnte man ja nachlesen, waren vor kurzem dort. Ich sage das einmal ganz deutlich: Ich finde, es wäre schon ein Signal, wenn wir zu Beginn der nächsten Legislaturperiode es auch schaffen sollten, vielleicht wirklich als Landesparlament eine Landtagssitzung gemeinsam in Brüssel durchzuführen. Dies wäre ein Signal, was noch kein anderes Bundesland ausgesandt hat. Dies darf allerdings nicht nur ein Signal sein, sondern daraus müssen sozusagen Arbeitsstrukturen und entsprechende Folgerungen gezogen werden.

Wir müssen uns als Bundesland auf die Dimension Europa vor allen Dingen mit der Erweiterung auf 25 Länder einstellen, wir müssen die notwendigen Strategien beschließen, und wir müssen uns dann sicherlich in Europa noch besser aufstellen, als

(A) wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben! Dies gilt für uns alle, und da fasse ich mir auch an die eigene Nase, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich das anschaut, so glaube ich, haben wir das eine oder andere, auf das wir tatsächlich in diesen Debatten verweisen können, aber, das ist auch meine feste Überzeugung, dieser Konvent am 31. März ist nur ein Startschuss. Auch in den Beratungen unserer jeweiligen Fraktionen müssen wir dieses Thema in den nächsten Monaten und vor allen Dingen nach der Bürgerschaftswahl noch verstärkt in den Mittelpunkt stellen, weil mit diesen grundsätzlichen Fragen ganz entscheidend die Zukunftsfähigkeit und die Überlebensfähigkeit unseres Bundeslandes verbunden ist. Diese Dimension muss für uns in dieser Debatte immer deutlich werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats – –.

(B) (Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht des Senats!)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 15/1379, Kenntnis.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Focke, Eckhoff und Fraktion der CDU folgendes Thema beantragt worden:

Rotgrünes Regierungschaos in Berlin behindert Konjunkturaufschwung im Land Bremen!

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf und Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Aktuelle Stunde beginnen mit einem Zitat, das aus dem „Weser-Kurier“ stammt anlässlich der Dokumentierung der Handelskammer-Umfrage vom Ja-----

*) Vom Redner nicht überprüft.

nuar: „Statt des prognostizierten Lichtschimmers herrscht nur noch Düsternis. Hatten die bremischen Unternehmen auf bessere Geschäfte im Jahr 2003 gehofft, so befürchten sie jetzt, dass sich die Abwärtsentwicklung in den nächsten Monaten weiter fortsetzen wird. Eine Trendwende für 2003 kann nicht mehr erwartet werden.“

Meine Damen und Herren, woran liegt es? Wer ist dafür verantwortlich? Diejenigen, die gefragt worden sind, und diejenigen, die diese Unternehmen vertreten, das sind die Unternehmen, die Handelskammern, die Industrie- und Handelskammern stellen eindeutig fest, es liegt an der Bundesregierung, an dem Chaos, das dort produziert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich, bevor ich jetzt noch einmal ein bisschen in Einzelheiten gehe, warum das eigentlich so chaotisch ist, mich an unseren Koalitionspartner wenden.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]:
Ein bisschen einschmeicheln!)

Ja, nicht einschmeicheln! Wir sind bisher in einer besseren Lage gewesen, meine Damen und Herren! Das hat daran gelegen, dass die CDU und die SPD sehr gut in Fragen der Wirtschaftspolitik zusammengearbeitet haben, wir in den letzten Jahren eine hervorragende Politik alle zusammen gemacht haben, wir dadurch mehr Wachstum als im Bundesdurchschnitt gehabt haben, auch im letzten Jahr noch wieder mit hohen Investitionen viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen haben, besser dastanden. Meine Damen und Herren, das wollen wir gern behalten!

(Beifall bei der CDU)

Ausdrücklich möchte ich jetzt auch die SPD in Bremen von den Dingen ausnehmen, die ich gleich über das rotgrüne Bündnis in Berlin sagen werde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Vielen von Ihnen werde ich wahrscheinlich aus dem Herzen sprechen, Sie dürfen es nur nicht laut sagen, aber ich!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Nun regen Sie sich doch nicht auf! Das ist doch gar nicht auf der Tagesordnung, und das können Sie ja nachher noch einmal erzählen! Sie hätten ja etwas beantragen können.

Ich habe eben schon ausgeführt, durch hohe Investitionsquoten in den letzten Jahren, in Bremen

(C)

(D)

(A) bis 16 Prozent im letzten Jahr, durch die Gewerbeansiedlung, Förderung von Existenzgründungen haben wir in den letzten Jahren immer mehr Wachstum gehabt, im letzten Jahr noch 0,9 Prozent gegenüber dem Bund mit 0,2 Prozent. Das ist eine sehr gute Zahl, obwohl sie natürlich nicht hoch genug ist. Leider hat es sich schon im letzten Jahr gezeigt, dass wir keine zusätzlichen Arbeitsplätze mit diesen 0,9 Prozent mehr schaffen konnten, sondern dass wir sogar ungefähr 1000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weniger haben, was wir in den letzten zwei oder drei Jahren doch sehr gut wieder aufgeholt hatten. Das ist sehr bedauerlich, aber hat seine Gründe natürlich nicht in Bremen, denn die Rahmenbedingungen können wir nicht schaffen. Wir können zwar viel dazu beitragen, damit das hier besser wird, wir auch mehr ansiedeln, und wir können auch mehr fördern. Das können wir alles machen, wir können aber leider die Rahmenbedingungen, die in Berlin gemacht werden, hier nicht für uns separat machen.

Als Dr. Schrörs im Dezember anlässlich des Nachtragshaushaltes ein paar Zitate aus der Presse hier vorgelesen hat, ich will die jetzt nicht wiederholen, aber die waren schon ganz schön deftig, da haben wir alle gedacht, jetzt kommt die Weihnachtszeit, dann beruhigen sie sich alle wieder, dann wird das auch endlich in richtige Bahnen gelenkt. Leider, wir haben jetzt Ende Februar, ist nichts passiert. Es ist nur schlimmer geworden, meine Damen und Herren. Das ist sehr betrüblich, weil wir immer noch Aussicht auf etwas Erfolg und Wachstum bis zum Jahresende gehabt haben. Das ist jetzt allerdings Anfang des Jahres alles völlig zusammengebrochen. Das ist eine ganz schlechte Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich die Zeitungen anschaut, ich habe nur die Ausgaben der letzten beiden Tage mitgebracht: „Eigenheimbau bricht drastisch zusammen“, „Bausparkassen: Regierungspläne zur Kürzung der Eigenheimzulage unverantwortlich“, „Verwirrung um Stichtagsregelung“! Dadurch, dass Sie das nachträglich zum 1. Januar einführen wollten, hat es praktisch kein einziges Grundstück mehr gegeben, das verkauft worden ist, und keiner hat mehr angefangen, ein Haus zu bauen, weil niemand wusste, was Sache ist.

Jetzt, nach acht Wochen, wird gesagt, das bekommen wir so schnell vielleicht doch nicht hin, wir wissen auch gar nicht, was im Vermittlungsausschuss passiert, dann soll das jetzt erst in Kraft treten, wenn wir das auch wirklich beschlossen haben. Das ist natürlich toll, aber das hätte man natürlich auch vor acht Wochen schon einmal sagen können, dann wäre da wenigstens Klarheit gewesen.

Dann kommt das nächste Problem: Sparerfreibetrag! Das ist wieder als Neues entdeckt worden, der

Sparerfreibetrag soll eingeschränkt werden, Abgeltungssteuer oder Einkommenssteuer, da soll der Bürger sich jetzt entscheiden. Es wird wieder komplizierter und nicht einfacher. Dann will man an das Bankgeheimnis heran. Die Leute sind total verunsichert, keiner weiß mehr Bescheid. Wir haben einen enormen Rückgang bei der Bestellung von Autos. Das hängt wohl mit der Dienstwagensteuer zusammen, bei der man sich auch noch nicht wieder einig geworden ist, was denn nun endlich werden soll. Einer sagt ja, einer sagt nein, der eine ein Prozent, der andere anderthalb Prozent, es ist nicht klar! Dieses Steuervergünstigungsabbaugesetz, mit dem diese Sachen alle geklärt werden sollen, das ist das grausigste Wort, das ich in meinem Leben gehört habe, meine Damen und Herren!

Dann geht das weiter mit dem Kündigungsschutzgerede: Einer ja, einer nein, einer sechs, einer zehn, einer 20 Arbeitsplätze sollen gelockert werden! Man weiß also nicht Bescheid, keiner weiß Bescheid, keiner kann planen. Das, was die Wirtschaft braucht, ist Planungssicherheit. Das, was die Wirtschaft braucht, sind feste Rahmenbedingungen, bei denen sie genau weiß, wo sie sich bewegen kann. Wenn sie das nicht bekommt, meine Damen und Herren, dann wird nichts gemacht, dann wird nicht investiert, dann reduzieren wir nicht die Arbeitslosenzahlen, sondern dann steigen sie, dann bricht unser Rentenkassensystem – –.

(Zuruf von der SPD: Das ihr geplündert habt!)

Gerade haben Sie das neu konzipiert, mit einem neuen Beitrag versehen, der ist jetzt schon wieder Makulatur, weil wir ganz genau wissen, dass die Arbeitslosenzahlen, die die Bundesregierung errechnet hat, nicht eintreffen werden. Wir werden viel mehr Arbeitslose haben, was bedeutet, dass die Sozialversicherungskassen weniger Geld haben, das bedeutet, dass wir die Rentenbeiträge wieder anpassen dürfen. Das bedeutet auch Gesundheitsreformen, darüber mag ich gar nicht reden, was da alles in den letzten Wochen gesagt worden ist. Da weiß auch keiner mehr, was am Tag vorher gesagt worden ist, darauf kann sich auch keiner verlassen. Das sind ganz schwierige Dinge.

Deswegen müssen wir sagen, wir müssen die Bundesregierung auffordern, dass sie für Klarheit sorgt, damit wir in Bremen bei klaren Rahmenbedingungen unsere Politik weiter erfolgreich führen können. Wenn die Rahmenbedingungen in Berlin nicht stimmen, dann werden wir hier auf Dauer auch kein übermäßiges Wachstum mehr erreichen, dann werden wir gar kein Wachstum mehr erreichen, weil wir uns nicht abgeschottet von der Welt oder der ganzen Bundesrepublik sehen können, sondern wir liegen mitten darin und haben nur mit Einzelmaßnahmen die Möglichkeiten, etwas zu verbessern. Wir haben

(C)

(D)

(A) aber nicht die Möglichkeiten, die Bundesgesetze und die Sozialgesetze, den Kündigungsschutz oder das alles zu verändern. Oder das Ladenschlussgesetz, darüber ist jetzt gerade gesprochen worden! Jetzt ist das wieder verzögert worden.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Von wem denn?)

Jetzt wird das erst wieder im Juni – -. Das sind doch Dinge, das ist doch einfach, es ist nicht, weil das alles nicht klar ist! Es wird immer nur halb angepackt, und dann kommt nicht das Richtige dabei heraus, und dann wird es wieder neu verhandelt. Das sind Dinge, die der Bürger einfach nicht versteht. Wir verstehen das auch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Der Senat wird das wahrscheinlich auch nicht verstehen! Wer versteht das schon? Wir wissen aus den Umfragen, dass kaum einer sich da noch zurechtfindet. Die Bürger müssen Vertrauen gewinnen. Wenn die Bürger kein Vertrauen haben, dann kann es auch nicht aufwärts gehen. Deswegen hoffen wir sehr, dass unser Koalitionspartner und auch der Senat in Berlin insistiert, dass die Leute jetzt einmal wieder zu sich finden und klare Politik machen, damit wir hier dann auch klare Antworten finden können. – Danke schön!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Focke, wahrscheinlich ist Ihnen ein bisschen der Mut während der Mittagspause abhanden gekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Überschrift oder das Thema für die Einbringung dieser Aktuellen Stunde heißt doch, und darauf habe ich mich vorbereitet, nun bin ich flexibel, aber dennoch: „Rotgrünes Regierungschao in Berlin behindert Konjunkturaufschwung im Land Bremen!“ Das haben Sie so eingebracht, das haben wir uns nicht ausgedacht!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das hat er schlüssig nachgewiesen!)

Ich möchte meine Rede auch mit ein paar Zitaten beginnen mit Genehmigung des Präsidenten: „Es ist der Freien Hansestadt Bremen gelungen, Anschluss

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

an die wirtschaftlich führenden Bundesländer zu finden. Die Beschäftigtenzahlen entwickelten sich weiter erfreulich,“ und so weiter, „In Bremen ist im Jahr 2002 mit 0,9 Prozent Wirtschaftswachstum wieder ein achtbares Ergebnis erzielt worden,“ und weiter „Bremen liegt im Bundesvergleich auf dem dritten Platz. Die Lebensqualität an der Weser nimmt spürbar zu, das ist für jeden sichtbar, Bremen ist eine attraktive Stadt.“

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Den Teil bestreiten wir auch nicht!)

Vielen Dank, dem können sich alle anschließen! Ich habe nur den Eindruck, dass Sie auf dieser Seite vergessen haben, dass das alles Aussagen von CDU-Senatoren waren, die ich hier zitiert habe!

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist es kaum zu verstehen, warum Sie jetzt dieses Thema in die Aktuelle Stunde einbringen. Ich bemühe mich dennoch.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Weil das aktuell alles zusammensackt!)

Herr Kollege Focke und Herr Kollege Teiser, jetzt ganz besonders für Sie! Wir müssen unsere Erfolge auch in das Land hinaustragen, und wir haben viele Erfolge. Bremen ist ein guter Wirtschaftsstandort geworden, und es lohnt sich, darüber zu reden. Deshalb dürfen und werden wir es nicht zulassen, dass Sie die Standorte Bremen und Bremerhaven schlechtreden und Investoren abschrecken!

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So wörtlich Sie, Herr Kollege Focke, vor gar nicht langer Zeit! Schön, dass Sie sich selbst beklatschen! Ich kann mich dem nur anschließen. Ich habe nur die Frage hinzuzufügen, weshalb Sie jetzt dieses Forum nutzen hier öffentlich in der Bürgerschaft, um das umzukehren, was Sie damals selbst gesagt haben!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Damals! – Abg. F o c k e [CDU]: Ich bin in Sorge! – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Wir auch!)

Ja, wir auch, Ihretwegen! Soweit die Bremer CDU zur großen Koalition! So könnte ich es mir einfach machen. Der „Weser-Kurier“ von heute, ich zitiere: „Bremer Institute können aufatmen, Berlin: Die Raumfahrt-, Meeres- und Polarforscher in Bremen und Bremerhaven können aufatmen, denn gestern hat der Haushaltsausschuss des Bundestages endgültig die Kürzungspläne des Bulmahn-Ministeriums

(A) beim nationalen Raumfahrtprogramm fast und bei der Polarforschung vollständig abgewendet.“

(Beifall bei der SPD – Abg. E c k h o f f [CDU]: Bravo!)

Berlin tut etwas für uns, besonders unsere Leute! Wer ist wohl der Haushaltsexperte im Bundestag? Der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning, jedem gut bekannt!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Wir wollten die Aktuelle Stunde nicht nennen „Kröning stoppt das aktuelle Chaos“!)

Sehr geehrter Herr Kollege, obwohl die Überschrift der Aktuellen Stunde denkbar polemisch, und ich finde auch, landespolitisch fragwürdig gewählt ist, erlaube ich mir ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu dem Thema!

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Da müssen Sie ja selbst grinsen! – Heiterkeit bei der CDU)

Ich bin immer freundlich!

Der Standort Land Bremen ist Teil der Bundesrepublik und entwickelt sich darum im Kontext der gesamtdeutschen Wirtschaftsstruktur und Konjunktur. Auch das Bundesgebiet ist natürlich nicht autonom. Die deutsche Wirtschaftslage wird vom europäischen Umfeld mitbestimmt, und Europa wiederum kann sich den Einflüssen der globalen Wirtschaftsentwicklung nicht entziehen. Grundkurs Volkswirtschaftslehre!

(Unruhe bei der CDU)

Kurz gesagt: Globale Strömungen wirken bis nach Bremen und Bremerhaven. Weltweit entwickeln sich die Volkswirtschaften seit längerer Zeit eher verhalten. Krisen gehören seit längerem zur Begleitmusik. Die Attentate des 11. September 2001 und der drohende Irak-Krieg sind die zurzeit wohl düstersten Wolken, die weltweit das Konjunkturklima belasten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie lachen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sehen Sie sich doch die anderen Länder in der EU an!)

Ich denke, Herr Senator Hattig, Herr Kollege Eckhoff, kann Ihnen bei der Erklärung dessen, was ich eben vorgetragen habe, behilflich sein. Das traue ich ihm durchaus zu!

(Beifall bei der SPD – Abg. E c k h o f f [CDU]: Ich glaube, der wird Ihnen einiges erklären!)

Tatsächlich, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung doch einiges getan, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Unternehmenssteuern wurden teils drastisch gesenkt, Umschichtungen in der Finanzierung der Sozialkassen haben die Personalausgaben begrenzt. Befristungsmöglichkeiten und Leiharbeit haben den Personaleinsatz flexibilisiert. Die neuen Regeln für Minijobs schaffen die vor allem vom Mittelstand gewünschte zusätzliche Flexibilität.

Ein weiteres Beispiel, da haben Sie mir geradezu eine Steilvorlage gegeben, Herr Kollege Focke, nämlich zu den Ladenöffnungszeiten: Da taten Sie immer so, als ob Sie damit nichts zu tun hätten. Nun will die Bundesregierung die Ladenöffnungszeiten weiter liberalisieren. Das haben Sie immer gefordert. Am Sonnabend bis 20 Uhr geöffnete Läden sollen dem Handel neue Impulse geben. Leider können diese Pläne nicht, wie von Rotgrün im Bund geplant, zum 1. April dieses Jahres umgesetzt werden. Warum nicht? Die CDU blockiert und verhindert die von ihr selbst geforderte Bewegung. Das ist doch unglaublich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zurufe von der CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Wir wollen das drastisch einschränken! – Heiterkeit bei der CDU)

Wie schön, dass Sie so lustig sind! Ich merke schon, ich treffe den richtigen Ton.

Selbst der Einzelhandelsverband und die Arbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe haben den Senat und alle anderen aufgefordert, für dieses Gesetzgebungsverfahren weitere Verzögerungen nicht zuzulassen und auch nicht durch das Aufstellen weitergehender Forderungen Verzögerungen zuzulassen, sondern darauf zu verzichten. Ich finde, hier sollte sich die Bremer CDU angesprochen fühlen und auf ihre Kolleginnen und Kollegen in Bundesrat und Bundestag einwirken. Das wäre eine vernünftige und gute Aufgabe, die Sie wahrnehmen sollten!

(Beifall bei der SPD)

Neue Chancen bestehen im Übrigen auch darin, dass unser Bürgermeister Herr Dr. Scherf künftig Vorsitzender des Vermittlungsausschusses sein wird. Ich finde, das ist eine Aufgabe und Rolle, die Henning Scherf sozusagen auf den Leib geschneidert ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich begrüße das ausdrücklich, und es eröffnet, wie ich denke, neue Perspektiven für uns auch in Bremen. Bleibt nur zu hoffen, dass Sie sich weiterhin ihrer Verantwortung für die notwendigen Veränderungen stellen und nicht weitere Reformansätze torpedieren

(C)

(D)

- (A) oder gar verhindern, und dass wir in Bremen weiter dafür sorgen, dass das Klima so bleibt, wie es ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD – Abg. T e i s e r
[CDU]: Um Gottes willen!)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war ein doppelter Rittberger mit Bauchlandung! Erst Ergebnheitsadressen an die große Koalition in Bremen, damit sich hier bloß nichts ändert, auch nicht in der Stärke untereinander! Wenn Sie keinen Wahlkampf machen wollen, dann lassen Sie es einfach! Die Grünen werden einen machen, das auf der einen Seite, aber dann muss man das noch irgendwie hinbekommen, vielleicht weil es ein paar Tage ernst war hier im Parlament, hier noch so eine Show aufzuführen und auf der SPD-geführten Bundesregierung herumzutümmeln. Ehrlich gesagt, wenn das etwas mit Berechenbarkeit oder Verlässlichkeit zu tun hat oder die Stimmung draußen heben soll, uns überzeugt das nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Ich persönlich habe auch schon an niveauvolleren Stammtischen teilgenommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ich habe nichts gehört in dieser Aktuellen Stunde, wo es Ihnen eigentlich wirklich ernst war, Herr Focke, nichts von dem, wo Sie einen anderen Vorschlag gemacht haben, wo Sie darauf verweisen können, dass 16 Jahre Kohl-Regierung einen anderen Kurs gefahren hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Sie wissen, dass diese Regierung einen Reformstau hinterlassen hat. Ich sage nicht, dass die rotgrüne Bundesregierung sich jahrelang dahinter verstecken kann. Sie aber hier jetzt so aufzuplustern und an keinem einzigen Punkt zu sagen, wie man es anders machen will, das ist nicht ernst, sondern da ging es nur um die Inszenierung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Die rotgrüne Bundesregierung muss in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – in Deutschland ist es besonders schwierig, aber weltweit ist es schwierig, und

- in Europa ist es schwierig – an ihrem Reformkurs festhalten. Dass in der letzten Zeit durch widersprüchliche Meldungen, durch Blockadepolitik von allen möglichen Seiten auch weit hinein in die Gesellschaft nicht alles so ist, wie man sich das wünschen könnte, wird hier in diesem Haus niemand ernsthaft bestreiten, nur, wie Sie damit umgehen, wird sich bestimmt nichts ändern. (C)

Ziel muss weiterhin die Senkung der Lohnnebenkosten sein und ein Umbau des Sozialwesens, das seinen Namen verdient hat und nicht nur zu Lasten der Schwächeren geht, die Vorschläge der CDU sind mir an dem Punkt nicht bekannt. Die Senkung der Lohnnebenkosten, indem man die Ökosteuer einführt, das allerdings ist hier mit großem Schenkelklopfen, auch in diesem Haus immer ordentlich bekämpft worden von Seiten der CDU.

(Abg. T e i s e r [CDU]: War ja auch sehr erfolgreich!)

Ja, den Weg muss man weitergehen, Herr Teiser, weil es dazu gar keine Alternative gibt, den Ressourcenverbrauch zu besteuern, wenn man die lebendige Arbeit und die Belastung auf die lebendige Arbeit entlasten will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Die europäischen Länder, die uns etwas voraus haben – schauen Sie sich zum Beispiel einmal das soziale Sicherungssystem in der Schweiz an! – haben das Problem nicht, dass die lebendige Arbeit die gesamte soziale Sicherung erwirtschaften muss oder fast die gesamte soziale Sicherung, und das muss man ändern. (D)

(Zuruf von der CDU: Selbst die Bundesregierung will doch keine weitere Ökosteuererhöhung! Sie sind doch die letzte Vertreterin dieser Bewegung!)

Ich bin doch nicht die letzte Vertreterin dieser These. Das ist weiterhin der Kurs der rotgrünen Bundesregierung, und das ist auch richtig so.

Oder die Reform des Gesundheitswesens! In der letzten Legislaturperiode: Einführung von Fallpauschalen, von der CDU bekämpft! Ich sage nicht, dass das der große Wurf in einem Schritt ist, aber das waren die Reformschritte, die schon gemacht worden sind. Oder die Einführung privater Zusatzversicherung in der Rente! Hat die CDU das mitgemacht? Ich wüsste nicht!

Oder die Steuerreform! Nach 16 Jahren Kohl-Regierung betragen der Eingangssteuersatz 25,9 Prozent und der Spitzensteuersatz 53 Prozent, die Körperschaftsteuer inklusive Gewerbesteuer 56 Prozent.

- (A) Zum 1. Januar 2004 wird der Eingangssteuersatz 19,9 Prozent betragen, der Spitzensteuersatz 48,5 Prozent und die Körperschaftssteuer 38,6 Prozent. Das ist der Reformstau der rotgrünen Bundesregierung? Hören Sie einmal zu! Sie sind diejenigen! Ja, Herr Eckhoff, das sind Fakten, die müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber sprechen Sie doch einmal über die direkten Steuern!)

Dass die Zeiten nicht einfach sind, das kann man nun wirklich nicht einfach nur und ausschließlich der rotgrünen Bundesregierung in die Schuhe schieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oder Zuwanderung als Faktor einer wirtschaftlichen Entwicklung, als Faktor, sich als modernes Gemeinwesen aufzustellen! Wer ist das denn gewesen, der dieses Gesetz nicht wollte? Das ist doch die CDU gewesen. Wenn, dann reden wir auch einmal richtig über Blockade! Oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das in Bremen im Zusammenhang mit der Windkraft 1000 Arbeitsplätze geschaffen hat, Tat der rotgrünen Bundesregierung für Bremen! Waren Sie eigentlich dafür? Nein, waren Sie nicht! Die CDU war natürlich dagegen.

- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Regierung wird weitere Reformschritte angehen, und das muss sie auch. Ich hoffe, dass es gelingt, nach außen einen Kurs zu zeigen, der transparent ist, der sich verständlich machen lässt und nachvollziehbar ist. Es gelingt, die Reformschritte in den einzelnen Politikbereichen, als da sind Rentenversicherung, Krankenversicherung oder auch das Hartz-Konzept weiter anzugehen. Das alles passiert aber vor dem Hintergrund einer hohen Staatsverschuldung, die auch aus Zeiten der Bundesregierung, die von Kohl geführt wurde, resultiert.

Die schlechte Lage hängt vor allen Dingen mit der Binnennachfrage zusammen. Da wollen wir uns doch einmal anschauen, warum es auch so schwer ist, jetzt einen Kurs zu fahren, der auf der einen Seite dem Interesse, die Binnennachfrage anzukurbeln, und auf der anderen Seite dem Interesse nachkommt, Lohnnebenkosten einzusparen und auch in den Bereichen von unteren Einkommen zu Senkungen zu kommen, wie die Arbeitnehmerverbände das fordern. Das ist doch der reale Konflikt, in dem sich Deutschland befindet. Will man wirklich in den unteren Einkommen zu weiteren Einkommensverschlechterungen kommen, so wie es die Konzepte der CDU letztendlich nach sich ziehen?

(Abg. F o c k e [CDU]: Was?)

- (C) Das ist doch genau der Faktor, der die Binnennachfrage weiter beschädigen wird. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geben ihr Geld aus.

(Zurufe von der CDU)

Sie geben ihr Geld aus, und dass sie es ausgeben, ist ein wichtiger Faktor für die Binnennachfrage.

Vielleicht verschwenden Sie auch noch einen einzigen Gedanken auf den drohenden Irak-Krieg! Ich habe gelesen, dass behauptet wird, dass das keinerlei Auswirkungen auf die Konjunkturerwartungen hat, von der Industrie- und Handelskammer. Die Umfragen, die ich kenne, sind anders. Natürlich ist es so, dass, wenn es zu einem Irak-Krieg kommt, die Weltwirtschaft darunter leiden wird und dass die Menschen bedrückt von diesen Aussichten eher ihr Geld nicht ausgeben, sondern auf die hohe Kante legen, das ist auch klar, und das ist natürlich für die Wirtschaft keine gute Voraussetzung.

Was man aber, Herr Focke, auf gar keinen Fall machen kann, ist zu sagen, wenn es hier in Bremen irgendwelche Erfolge gibt, wenn man Wirtschaftsdaten hat, die sich unterscheiden, dann sind die Erfolge bremisch! Was hier gut läuft, das haben wir selbst gemacht, das war die große Koalition, und die Misserfolge können wir dann immer der Bundesregierung in die Schuhe schieben.

- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (D)

Übrigens, haben Sie gesehen, das höchste Wirtschaftswachstum hat das Saarland, dessen Sanierungskurs hier ja von der großen Koalition nicht so geteilt wird, aber das nur am Rande! Die guten Entwicklungszahlen der bremischen Wirtschaft im letzten Jahr, diese 0,9 Prozent Steigerungsrate, hängen damit zusammen, dass die bremische Wirtschaft besonders exportorientiert ist. Das ist gut so, das hat uns ein besseres Jahr beschert als den meisten anderen Bundesländern. Das nun als Leistung der großen Koalition, die gerade noch davor retten kann, dass die Bundesregierung hier alles in Staub und Asche legt, darzustellen, das nimmt Ihnen außen sowieso keiner ab.

Ich muss Ihnen auch eine Zahl noch wenigstens sagen, die dann ein bisschen Wasser in den Wein gibt. Man muss sich irgendwann entscheiden: Sind es die eigenen Leistungen, oder sind es eher Faktoren, die Politik ein bisschen, aber nicht so extrem, wie Sie das behaupten, beeinflussen können? Da würde ich immer sagen, die Grünen haben da einen realistischeren Ansatz. Man kann eine Menge machen, aber hier jede einzelne Erfolgszahl auf die Mühlen der großen Koalition zu leiten, ist ein bisschen arg dick aufgetragen. Was in Bremen zum Beispiel im letzten Jahr sehr schlecht war, wo wir uns negativ vom Bundesdurchschnitt unterschieden haben, ist die hohe

(A) Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Da haben wir eine Steigerungsrate von 45 Prozent in Bremen, und das ist schon auch ein Punkt, der Anlass zur Besorgnis gibt.

Ich sage Ihnen eines: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Wenn Sie darüber reden, was hier alles die Stimmung vermiest und was man braucht an besserer Stimmung, damit Menschen ihr Geld ausgeben, damit sie Zutrauen haben, damit sie Häuser bauen, dann schauen Sie sich an, was Sie mit dem Space-Park machen! Vielleicht schaffen Sie es ja, dieses Debakel bis nach der Wahl vor der Bevölkerung geheim zu halten. Wir glauben das nicht. Dass das die Stimmung der anderen Kaufleute vermiest, was Sie da machen, darauf bestehen wir, dafür haben wir auch Hinweise. Oder schauen Sie sich Ihre Flächendebatten und Ihre Verkehrsdebatten an! Gute Stimmung macht weder die Debatte um den Concordia-Tunnel noch um die Horner Spange und auch nicht um das Neubaugebiet in der Osterholzer Feldmark.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Was ist mit dem Hemelinger Tunnel?)

Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!

Wenn Sie sagen, Sie wollen keine Blockadepolitik der Bundesregierung, dann werden wir ja sehen, wie Sie sich bei den zukünftigen Vorhaben im Bundesrat verhalten. Da wird es auf das Stimmverhalten Bremens nicht unwesentlich ankommen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ein paar Anmerkungen, und, Frau Lemke-Schulte, ich verstehe auch gar nicht, dass Sie jetzt so eine besondere Schärfe in die Debatte hineingebracht haben!

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte das eigentlich so gar nicht gesehen, und ich habe ganz deutlich gemacht, welche Erfolge wir haben. Das alles, was Sie vorgelesen haben, habe ich gesagt, was Bremen an Erfolgen hat und dass ich darauf stolz bin. Wir sind aber in Sorge, dass wir diese Ergebnisse nicht mehr erreichen können, wenn nicht die Rahmenbedingungen der Politik geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das ist der Grund, warum wir diese Aktuelle Stunde hier eingebracht haben. Wenn da einer von Show gesprochen hat, dann darf ich Ihnen nur den Leitartikel vom „Focus“ von diesem Montag zeigen, da steht nämlich „Ende der Show“, und da ist der Kanzler abgebildet. Mehr Abgaben, keine Ideen, da können Sie Zitatensammlung betreiben hier aus diesem Artikel! Das ist eine Katastrophe! Wenn die Leute das alles so aufnehmen und alle so glauben, dann ist die Stimmung eben mies.

Zu ein paar Punkten noch einmal etwas! Ladenschlusszeiten: Da sind Sie mit einem riesigen Schritt mindestens einen Zentimeter weiter nach vorn gekommen, indem Sie jetzt ein bisschen mehr öffnen wollen, aber das hilft insgesamt nicht. Sie müssen schon einen großen Schritt gehen! Die Leute müssen einkaufen können, wann sie wollen, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sonst können Sie keine neue Nachfrage erreichen! Sonntags ist davon ausgeschlossen, davon hat nie jemand gesprochen, aber ansonsten müssen die Zeiten offen sein.

Dann haben Sie gesagt, die 400-Euro-Jobs: Das ist nun das klassische Beispiel dafür, wie wir Ihnen in die Puschen geholfen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Den Kompromiss haben Sie doch mit uns ausgehandelt.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Welchen?)

Dadurch ist es möglich geworden, das vorab zu verabschieden, und deswegen haben wir jetzt die 400-Euro-Jobs. Darauf sind wir auch stolz, das ist gut. Das haben alle gut geschafft, aber das ist nicht Ihre Initiative, das haben wir Ihnen ermöglicht, weil Sie auf uns zugegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort Reformstau ist da gefallen. Frau Linnert, ich kann mich ganz genau an die letzten vier Jahre der Regierung Kohl erinnern, wer dort eine fast Zweidrittelmehrheit im Bundesrat gehabt hat und mehrfach die größten Reformen blockiert hat. Wir hätten längst eine Steuerreform gehabt, wenn sie damals nicht blockiert worden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Dann kamen Sie neu an die Regierung, haben wieder von vorn angefangen und haben es bis heute

(C)

(D)

- (A) nicht richtig hinbekommen, eine wirkliche Steuerreform zu machen, denn das, was Sie als Entlastung gemacht haben, haben Sie bei den großen Unternehmen gemacht. Die kleinen haben davon nichts abbekommen, und deswegen geht es ihnen jetzt auch nicht gut.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Erfolge und Misserfolge, das ist eben auch noch einmal gesagt worden. Man kann ganz genau sehen, wovon die Erfolge hier in Bremen abhängen. Wir haben seit drei Jahren überproportionales Wachstum, das immer über dem der Bundesrepublik liegt und immer in der Spitzengruppe der Bundesländer, an zweiter, dritter oder vierter Stelle. Das sagt mir, wir machen eine bessere Politik als die anderen. Das ist doch ganz klar!

(Beifall bei der CDU)

Das freut mich auch, und darüber können wir auch alle froh sein, dass wir das machen. Das ist doch besser, als Letzter zu sein wie in Europa, wo wir an letzter Stelle herumgammeln.

Dann haben wir natürlich Insolvenzen. Es ist eine schlimme Zahl, da die Insolvenzen Arbeitsplätze kosten. Das hat natürlich auch etwas mit Rahmenbedingungen zu tun. Aber ich bin jetzt wiederum stolz, dass wir eine gute Existenzgründungsinitiative haben, bei der wir unter dem Strich 300 Unternehmen mehr haben als im letzten Jahr. Das zeigt, dass wir versuchen, auch gegenzusteuern, so schlimm die Sache mit den Insolvenzen ist. Man wünscht es keinem Unternehmen, niemandem, dass es insolvent wird, dass dort Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

(B)

Man kann da auch regional etwas tun, indem man eine besondere Förderung macht und so versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Rahmenbedingungen insgesamt stimmen müssen. Deswegen, finde ich, ist es eine ganz richtige Entscheidung gewesen, diese Aktuelle Stunde zu dem jetzigen Zeitpunkt hier einzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen ist nicht Berlin, aber Berlin wirkt auf Bremen ein.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Und ohne Berlin wird das nichts!)

Das Thema ist nach Ursache und Wirkung sehr umfangreich. Ich bemühe mich um eine konzentrierte und analytische Gedankenführung und widerstehe

auch der Möglichkeit, politische Bewertungen vorzunehmen, soweit nicht unvermeidbar, da die politische Bewertung, zumal in Wahlkampfzeiten, nicht unbedingt eine Zwillingsschwester der Erkenntnis ist.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, ich erlaube mir, mit Ihrer Genehmigung zu zitieren: „Seit über zwei Jahren befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Quasi-Stagnation. Mehr und mehr treten hausgemachte Ursachen in den Vordergrund.“ So die Bundesbank in ihrem letzten Monatsbericht, die sachliche Feststellung einer sachlichen Behörde!

Zu der heutigen Situation: Wir befinden uns in einem weltweiten Wettbewerb und haben uns angewöhnt, dies Globalisierung zu nennen. Was heißt Globalisierung eigentlich? Alle Informationen sind jederzeit an jedem Ort verfügbar, weltweite Kapitalströme innerhalb weniger Minuten verändert. Logistisch ist nahezu jeder Platz der Welt heute in überschaubarer Zeit erreichbar. Wir haben eine zunehmende europäische Integration, und das heißt vor allen Dingen Osterweiterung. Das verändert den Wettbewerb. Das sind Chancen und Risiken, Chancen, wenn wir in der Lage sind, die Risiken zu beherrschen.

Noch ein Hinweis: Das Jammern hilft nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. Frau H a m m e r -
s t r ö m [SPD]: Genau!)

(D)

Das Jammern ist keine unternehmerische Klagemauer, um den Blickwinkel einzuengen, aber wer das Röntgenbild betrachtet, jammert nicht, sondern praktiziert eine unabdingbare Voraussetzung zur Gesundung.

Der Blick nach innen gewandt! Fakten: Deutschland hat seit längerem ein geringeres Wirtschaftswachstum als der Durchschnitt der europäischen Länder. Die Staatsverschuldung nimmt zu, die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrags können nicht eingehalten werden. Deutschland hat eine steigende Arbeitslosigkeit, gegenwärtig gut 4,6 Millionen. Für den Februar wird eine steigende Tendenz prognostiziert. Wissenschaftler berechnen die reale Arbeitslosigkeit höher. Gering Qualifizierte ohne Abschluss machen über 40 Prozent der Arbeitslosen in Deutschland aus. An der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt diese Zahl nur 15 Prozent. Das Thema der Ausbildung ist impliziert.

Die Systeme der sozialen Sicherung, vor allen Dingen Gesundheit und Rente, sind in diesem Umfang nicht mehr zu finanzieren. Die Staatsquote hat fast 50 Prozent erreicht. Der Anteil Deutschlands am Welt-handel ist innerhalb nur eines Jahrzehnts von über zehn Prozent auf acht Prozent gesunken. Das sind die Fakten, ihre Sprache ist unmissverständlich.

(A) Reformen sind das Gebot der Stunde. Nahezu ausnahmslos stellen Gutachter wie etwa der Sachverständigenrat dies fest. Die heutigen wirtschaftlichen Probleme in Deutschland sind struktureller Natur, sie sind hausgemacht. So wünschenswert ein konjunktureller Aufschwung wäre und so wünschenswert er ist, er löst nicht die Probleme. Nach jedem Konjunkturaufschwung, das können Sie nachlesen, hat sich der Arbeitslosensockel nach oben bewegt.

Wir kennen unseren Zustand, aber wir handeln nicht. Wir sehen das Röntgenbild, aber wir schließen die Augen. Stattdessen, ich vereinfache, warten wir auf einen Konjunkturaufschwung, möglichst aus den USA, mit denen wir uns ja sonst, jedenfalls im Augenblick, schwer tun. Einen Großteil der Probleme verschieben wir nach hinten, auf die Jüngeren. Wir erhöhen zum Beispiel die Beitragsbemessungsgrenzen bei Renten- und Krankenversicherungen und gleichzeitig ihre Beitragssätze und verringern die Leistungen. Ein Dreißigjähriger, der heute für die spätere Rente zahlt, erreicht allenfalls 60 Prozent des heutigen Leistungsniveaus, verglichen mit einem heutigen Rentner, wenn er dies überhaupt erreicht. „Die Rente ist sicher“ tabuisiert das Nachdenken, wie so manche andere Begrifflichkeit in diesen Tagen.

(B) Wenn man unsere Probleme auf einen einfachen Nenner bringt, ist das die Antwort: Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen. Es wird eine Leistungsfähigkeit simuliert, die wir nicht haben, die das bisherige System nicht mehr hergibt. Wirtschaft und Gesellschaft einschließlich der demographischen Entwicklung haben sich verändert. Die Systeme sind aber nicht verändert worden, nicht angepasst oder wenn, nur unzureichend. Was also kann man tun? Auch hier eine konzentrierte Antwort: entweder die Einnahmen steigern oder die Ausgaben senken!

Betrachten wir die Einnahmenseite des Staates! Die Abgabenquote in Deutschland hat heute europaweit Alleinstellungscharakter. Die Abgabenquote aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen stieg im Schnitt auf fast 50 Prozent, für viele wesentlich höher. Ein Fünftel, beginnend mit einem Einkommen von 48 573 Euro, zahlt mehr als zwei Drittel der Steuern. Noch einmal, weil dieser Satz wichtig ist: 20 Prozent zahlen 67 Prozent der Steuern! Die Quelle dafür ist das Bundesfinanzministerium. Die Schattenwirtschaft macht heute etwa 16,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, jedermann weiß, warum das so ist.

Man könnte an dieser Stelle eine Menge kommentieren, ich unterlasse das. Die Konsequenz heißt: keine Steuererhöhungen. Das ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Im Übrigen, Steuererhöhungen sind die Schulden und damit die Probleme von morgen, und was noch wichtiger ist, sie verhindern die Einsicht und damit die Reformen.

Zur Ausgabenseite des Staates! Die aktuellen Probleme und die damit verbundenen Kosten existie-

ren nicht erst seit heute. Alle Parteien haben seit den sechziger Jahren daran mitgewirkt, wenngleich die letzten Jahre die Bedingungen dramatisch verschlechtert und sich die Konsequenzen eminent verdeutlicht haben.

Bei einem Staatshaushalt von 247 Milliarden ist der größte Posten mit 90 Milliarden die Sozialausgabe. Das sind 37 Prozent des Gesamthaushalts. Seit Ende der sechziger Jahre hat eine große Koalition aller Parteien den Staatseinfluss immer weiter ausgedehnt, die Staatsquote von damals 37 Prozent ist mittlerweile bei fast 50 Prozent gelandet. Die Abgabenquote aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen stieg im Schnitt ebenfalls auf fast 50 Prozent. Der Staatshaushalt ist enorm angestiegen. Die Staatsverschuldung erreicht heute einen Betrag von 1,2 Billionen, das sind 1200 Milliarden, das sind viereinhalb Jahreshaushalte!

Es wurde und wird umverteilt auch und vor allem zu Lasten der Eigeninitiative. Diese hohen Kosten der Sozialsysteme wiederum stehen in einem direkten Bezug zu den Lohnnebenkosten, zu der Einnahmenseite. Woher kommen die hohen Nebenkosten? Sie kommen aus der Anbindung der Kosten für die Sozialsysteme an die Löhne. Löhne sind Kosten, immer höhere Löhne verstärken den Zwang zur Produktivität und damit ohne entsprechendes Wachstum zu einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Die Konsequenz sind eine weiter steigende Arbeitslosigkeit, Fehlbeträge in den Sozialkassen und damit wiederum weiter steigende Ausgaben, meine Damen und Herren, ein Teufelskreis!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Ein Seminar!)

Es besteht immer wieder Anlass, an einige Grundsätze der Wirtschafts- und Arbeitspolitik zu erinnern. Wie entstehen Arbeitsplätze? Durch Investitionen! Wer investiert? Der Unternehmer! Wann tut er das? Wenn die Investition sich rechnen lässt und der Unternehmer dem Standort und den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, Rahmenbedingungen vertraut! Vertrauen heißt nichts anderes, als berechenbar zu sein.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Das ist eine Aktuelle Stunde! Das wird ja immer schlimmer!)

Stimmen die Rahmenbedingungen in Deutschland mit diesen Vorgaben überein? Die Antwort ergibt sich aus der Konsequenz der Fakten. Die Antwort ist ein klares Nein! Was ist notwendig, was muss getan werden? Wiederum generell: Die staatlich verursachten Kosten sind zu senken! Reform vor allem der Sozialbeiträge, sie wirken wie eine Steuer auf den Faktor Arbeit, sie hemmen die Beschäftigungs-

(C)

(D)

- (A) entwicklung und das wirtschaftliche Wachstum. Sie müssen reduziert werden.

Reform im Gesundheitssystem, Reform in der Arbeitslosenversicherung! Der Wissenschaftler Herr Zinn hat neulich hier einen Vortrag gehalten und einen, wie ich finde, interessanten Hinweis gegeben: Die Höhe der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist der Anspruchslohn in der niedrigen Tarifgruppe. Das heißt, je enger die zusammen sind, umso weniger werden wir Arbeitsplätze für einfache Arbeiten finden. Notwendig sind weitere Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ein weiterer Punkt ist der Arbeitsmarkt: Er ist kein Markt! Dieser Begriff ist bereits ein Euphemismus. Das kann er in einem umfänglichen Sinn auch nicht sein. Flexibilisierungen sind notwendig, hier sind die Tarifvertragsparteien und der Gesetzgeber gleichermaßen aufgefordert. Öffnungsklauseln und das Günstigkeitsprinzip, Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge, der Kündigungsschutz sind in der Diskussion.

Die CDU hat mit Friedrich Merz klare Position bezogen. Ich stimme dem zu.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Das ist ja nett! – Abg. Frau B e r k [SPD]:
Spricht er jetzt für den Senat oder für die
CDU?)

- (B) Soll ich in diese Zustimmung auch Herrn Clement einbeziehen?

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Rahmenbedingungen! Meine Damen und Herren, da der Mensch anschaulich veranlagt ist, habe ich Ihnen das Arbeitsgesetzbuch mitgebracht.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Das ist aber schön!)

Auf 802 Seiten stehen hier nur Gesetze und Verordnungen. Darf ich Ihnen vorlesen, welche Gesetze das sind?

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Nun lassen Sie mich doch freundlicherweise ausreden!

Die Erkenntnisbereitschaft setzt Informationen voraus. Wir haben eine Fülle von Gesetzen, und diese Gesetze müssen beachtet werden. Große Unternehmen können diese Lasten inhaltlich und kostentechnisch vielleicht noch tragen, ein Handwerksmeister mit zehn Beschäftigten kann das nicht. Er wendet seine persönliche Freizeit auf, ohnehin knapp bemessen, sonntags und abends. Auf der anderen Seite eine Bürokratie ohne Existenzsorgen mit einem Hang, zumindest gelegentlich, sich zu einem Selbstzweck zu entwickeln!

Zusammengefasst: Wir kennen die Fakten. Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Steuererhöhungen sind aus den dargelegten Gründen nicht möglich. Die unvermeidliche Konsequenz: Leistungsansprüche werden zu senken sein, wie beim Staat so auch bei den Einzelnen. Die Probleme sind zu komplex, um einfache Antworten zu geben, sie sind auch kaum möglich. Die Probleme sind aber so groß, dass wir keine weitere Zeit verlieren dürfen. Die notwendigen Reformen müssen jetzt angefasst werden.

Was heißt das? Summarisch ausgedrückt, der Staat muss sich zurücknehmen, wir müssen seine Aufgaben neu definieren, das ist möglich und notwendig, und wir, das sind vor allen Dingen die beiden Volksparteien. Sich zurückzunehmen bedeutet für den Staat, es muss gespart werden. Die Leistungen sind zu überprüfen und neu zu definieren. Einsparungen sind zu nutzen, um die Abgabenquote zurückzuführen. Nur so können nachhaltige Wachstumskräfte wieder freigesetzt werden. In diesem Kontext muss man zwei Sätze sagen: Konjunkturprogramme erhöhen, das haben wir alles hinter uns, die Verschuldung, sind Strohfeuer, führen zu Mitnahmeeffekten und kommen so zeitversetzt, dass sie in der unmittelbaren Wirkung vergessen werden können.

Bei der Nachfrage und höheren Löhnen erlaube ich mir doch, darauf hinzuweisen: Wozu haben denn die Lohnerhöhungen der letzten Jahre geführt? Ganz sicher nicht zu einer Nachfrage! Es handelt sich um Scheinlösungen. Ich will auf diesen wissenschaftlichen Diskurs hier nicht weiter eingehen.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Warum handeln wir nicht? Ich wende diese Betrachtung in das allgemein Politische. Die Parteien taktieren. Ist das Fingerzeigen auf die Politiker damit begründet? Gesellschaft und Politik sind in einem wechselseitigen Verhältnis. Wenn man es spitzer ausdrücken will: Die Gesellschaft hat die Politiker, die zu ihr passen! Die Gesellschaft will es bequem, die Politiker handeln entsprechend. Wasche mir den Pelz, aber mache mich nicht nass, eine verständliche menschliche Reaktion, aber sie führt uns nicht weiter.

In diesem Zusammenhang ein wichtiger Hinweis: Der Sozialstaat wurde geschaffen, um die Fehlfunktion des Arbeitsmarktes zu korrigieren und mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, als es der Markt vermag. Das war, das ist und bleibt uneingeschränkt richtig. Der Sozialstaat in der heutigen Verfassung trägt aber seinerseits zu den sichtbaren Defekten des Arbeitsmarktes bei. Ich erlaube mir, einen Satz Ludwig Erhards zu zitieren: „Zu sozial ist unsozial“.

Entschieden werden muss jetzt. Dabei hat jede Regierung, wer immer auch sie bildet, eine Bringschuld. Ich habe es in der letzten Sitzung dieses Hauses in

(C)

(D)

(A) einem umfassenden Bericht zur Wirtschaftssituation schon gesagt und darf es wiederholen: Wir brauchen mehr eckige Tische, um runde, also verträgliche, Lösungen zu erreichen. Die schwierigen, dramatischen Probleme lassen sich nur durch eine verlässliche und nachhaltige Wirtschaftspolitik und grundlegende Reformen einstellen. Dazu brauchen wir Mut, unbequeme Entscheidungen auch gegen Widerstand durchzusetzen.

Die „FAZ“ hat gestern in einem Leitartikel, den ich Ihnen empfehlen möchte, mit der Überschrift „Missverständene Demoskopie“ auf eine Gedankenführung hingewiesen, die ich für schlüssig halte, nämlich: „Eine missverständene Demoskopie führt zu weniger Demokratie. Die Regierung entscheidet, nicht die Demoskopien.“

Wirtschaft, meine Damen und Herren, Sie wissen das so gut wie ich, ist auch Stimmung, wir brauchen zielentschlossenes Handeln, damit auch die Stimmung besser wird. Rahmenbedingungen und Stimmungen in Deutschland wirken sich natürlich auch auf das Land Bremen und seine Wirtschaftspolitik aus. Erfolgreiches Tun findet hier seine Grenzen in den objektiven Gegebenheiten der nationalen Rahmenbedingungen.

Mit dieser Vorgabe darf festgehalten werden, dass Bremen sich in den letzten Jahren in konjunkturell schwachen Phasen erfolgreich behauptet hat. Bremen hat sich aufgrund der besonderen finanziellen Situation bereits vor acht Jahren den Herausforderungen einer tiefgreifenden Sanierung seiner Haushalte stellen müssen und ist dabei ein gutes Stück vorangekommen. Der Bund gibt zwar die Rahmenbedingungen vor, aber Bremen konnte durch effiziente Wirtschaftspolitik auch unter schwierigen Bedingungen etwas erreichen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen ist im bundesweiten Vergleich sehr gut. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 0,9 Prozent liegt Bremen auf Platz drei der Bundesländer und weit über dem Bundesdurchschnitt von nur 0,2 Prozent im Jahr 2002. Diese Entwicklung hält seit einiger Zeit an, sie hat sich verstetigt.

Das zeigt, Bremen ist zwar in die nationale Situation eingebunden, aber insgesamt konjunkturrestiver geworden. Bremen ist als Hafen- und Logistikstandort und als Distributionszentrum noch stärker vom Export abhängig als andere Bundesländer, dennoch hat sich die Exportquote der bremischen Häfen noch einmal um vier Punkte auf 53 Prozent erhöht und lag damit um die Hälfte über dem bundesdeutschen Ausfuhranteil von 37 Prozent. Der Bremerhavener Hafen hat ja gerade wieder einen Sprung nach vorn gemacht. Er befindet sich jetzt auf Platz 13 im Weltranking.

Trotz schwacher Weltkonjunktur verzeichnet Bremen also insgesamt eine freundliche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit ist weiter auf einem hohen Niveau, zu hohen Niveau – 13,9 Prozent in Bremen, 12,3

Prozent im Bund –, aber der Abstand zwischen Land und Bund verringert sich mit aktuell 2,9 Prozentpunkten spürbar. Die Wirtschaftspolitik ist hier in Bremen nachhaltig und verlässlich. Dies registriert die Wirtschaft, und das honoriert sie.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zu dieser sehr konzentrierten Gedankenführung eine abschließende, mehr persönliche Bemerkung!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Auch das noch!)

Hören Sie doch zu, ich bin ja gleich am Ende!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Wir haben eine Aktuelle Stunde!)

Ja, ja!

Schon als Präses der Handelskammer habe ich mir eine konsistente Regierungsmehrheit für diesen Stadtstaat gewünscht und mich dafür ausgesprochen. Das habe ich nicht so sehr nummerisch gemeint, sondern als stimmige Mehrheit für die äußerst schwierigen Sachprobleme in diesem von Strukturschwächen und der Haushaltsnotlage gezeichneten Gemeinwesen. Gemeinsam haben wir ein gutes Stück des Weges erfolgreich zurückgelegt, aber wir sind noch längst nicht am Ziel. Deswegen ist für mich eine in sich stimmige, also konsistente Mehrheit im erläuterten Sinne weiterhin eine notwendige Bedingung, ein Gebot der Vernunft für Bremen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen mitteilen, dass die Redezeit um acht Minuten überschritten worden ist, das bekommt jede Fraktion zusätzlich zur Redezeit, auch zur zweiten Runde.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich mich eben gemeldet habe, bin ich von meiner Aggression geleitet worden, die ich entwickelt habe während der Rede. Jetzt stehe ich hier vorn und will mich von meiner freundlichen Seite leiten lassen. Wir hören Herrn Senator Hattig immer gern zu, und manchmal ist es ja auch sehr lehrreich, und unterhaltsam ist es im Regelfall, aber es entspricht nicht einer Aktuellen Stunde, was wir eben gehört haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Jetzt gibt es zwei Alternativen: Ich nutze die Redezeit aus, die wir wegen des Überziehens durch den Senat haben, oder aber ich beschränke mich auf die Bemerkung, ich möchte eigentlich nicht, dass sich so etwas wiederholt, sondern dass wir von dem Instrument der Aktuellen Stunde so Gebrauch machen, wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist und wie es sinnvoll ist, und dabei will ich es belassen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will natürlich jetzt nicht den Rat übersehen, den der Kollege Böhrnsen gerade gegeben hat, aber eines möchte ich sagen: Wir müssen endlich aufhören, ständig Wahlkampf machen zu wollen und dabei Lösungen zu erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Problem auf allen Ebenen. Wenn mit dieser Aktuellen Stunde Wahlkampf eingeleitet werden sollte, dann darf ich all denen raten, die das wollen, sich bitte auf die Sache zu konzentrieren! Wir brauchen nicht Wahlkämpfer, die pausenlos die Leute quälen, sondern wir brauchen Verständigung. Verständigung bekommt man hin, wenn man sich auf die Sache konzentriert.

(B) Meine neue Rolle als Vermittlungsausschussvorsitzender ist absolut chancenlos, wenn dort Wahlkampfveranstaltungsfortsetzungen stattfinden, dann bekomme ich das nicht zusammen. Wir müssen, und ich glaube, dazu haben wir alle Anlass, uns auf das konzentrieren, was wir zusammen in der Lage sind zu bewegen. Dann müssen wir wenigstens das anpacken und nicht immer uns damit erschöpfen, dass wir dem jeweilig anderen vorwerfen, dass er der Grund dafür ist, dass nichts passiert ist. Das ist meine Bitte, das gilt nicht nur für Berlin, lieber Herr Focke, sondern das gilt auch für uns, und darum müssen wir auch in den nächsten Monaten – –.

(Abg. F o c k e [CDU]: Kein Wahlkampf!)

Kein Wahlkampf? Da habe ich Sie missverstanden. Das gilt auch für die nächsten Monate. Ich spüre überall, egal, ob ich mit Unternehmern rede oder mit Arbeitnehmern – ich muss gleich wieder zu einer Betriebsversammlung zu den Stahlwerken –, alle haben den Wahlkampf satt. Sie können Wahlkampfgespräche nicht mehr ertragen.

(Beifall bei der SPD)

(Beifall bei der SPD)

(C) Sie wollen wissen, woran sie sind, und zwar ganz real, da, wo sie ihr Leben organisieren, und da, wo sie ihre Risiken organisieren, und da, wo sie mit ihren privaten und mit ihren übrigen Familienrisiken sind, da wollen sie wissen, woran sie sind.

Ich kann mir nicht vorstellen, und da bin ich dann wieder ganz eng mit meinen Senatskollegen zusammen, dass in der Bundesrepublik plötzlich die Lust notleidend wird, dass wir uns auf Konsense konzentrieren und dass wir plötzlich nur noch Spaß haben, uns gegenseitig die Schuld zuzuweisen. Ich setze darauf, auch in Berlin, dass wir bitte endlich zusammenkommen und das, was wir regeln können, regeln, und endlich herauskommen aus dieser Schuldzuweisungsveranstaltung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Linnert. Bis zu 13 Minuten haben Sie.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Hattig, ich habe gedacht, Mensch, wie schade, jetzt hält er seine politische Abschiedsrede. Ehrlich gesagt, da hätte ich mir ein würdevolleres Ambiente und auch einen besseren Tagesordnungspunkt für Sie gewünscht, schon deshalb, weil wir uns über konkrete Sachverhalte immer gern mit Ihnen gestritten haben.

(D) Ein solcher Rundumschlag, so wie das hier heute in der Aktuellen Stunde war, aber auch von Ihnen gekommen ist, hilft wirklich nicht weiter, weil er sich einfach der Tatsache verstellt, dass die Probleme deshalb vielleicht nicht immer so einfach zu lösen sind, weil ihnen Konflikte zugrunde liegen und unterschiedliche Interessen und weil man nicht so tun kann, als gäbe es sie nicht, und als hätte die bloße Tatsache, dass man Löhne ausschließlich als Kosten sieht, als hätte man damit die gesamte gesellschaftliche Realität erfasst. Das ist nicht so, und das wissen Sie eigentlich auch.

Das, was für die einen Kosten sind, nämlich die Löhne, sind für die anderen das lebensnotwendige Einkommen, mit dem sie am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

ihre Kinder ernähren, Häuser bauen, konsumieren und die Binnennachfrage ankurbeln. Dieses komplizierte wirtschaftspolitische Geflecht, nämlich von Kosten auf der einen Seite und Einnahmen und Lebensunterhalt auf der anderen Seite, was ja der Motor der Wirtschaft ist, dieses Zusammenspiel muss funktionieren. Das ist doch ein Konflikt von Interessen von der einen und von der anderen Seite, und da tun Sie so, als könnte man da einfach eben einmal auf der einen Seite an der Schraube drehen, ohne dass es Konsequenzen auf der anderen Seite hat.

(A) Dann sage ich noch einmal, das ist hier ja heute auch häufiger angeklungen, hier kamen Zwischenrufe von neoliberal oder so: Das amerikanische Wirtschaftsmodell, wo untere Einkommen so weit abgesenkt sind, dass man nicht mehr in Würde davon leben kann, das ist für die Grünen kein Vorbild, es erodiert eine Gesellschaft.

Deshalb ärgere ich mich auch darüber, wenn hier so einfach darüber geredet wird, dass die hohen Transferleistungen, also Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, aber auch die Sozialhilfe, im Grunde ein wirtschaftsschädigender Faktor sind. Ich möchte das nicht, dass man in dieser Gesellschaft gezwungenermaßen für 500 Euro im Monat eine Vollzeitstelle annehmen muss, weil es nämlich kein soziales Sicherungssystem mehr gibt, das Menschen hilft zu sagen: Nein, ich nehme nicht jede Arbeit für jeden noch so miesen Lohn an. Deshalb muss man gerade in solchen Zeiten das soziale Sicherungssystem, was umgebaut und verändert werden muss, verteidigen von seiner Qualität her für den Zusammenhalt der Gesellschaft, und das ist das, was bei Ihnen einfach vollkommen unterbelichtet ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ein letzter Satz noch zur hohen Staatsquote: Es wird niemand bestreiten, dass das ein Problem ist, aber so allgemein, wie Sie damit umgehen, hilft uns das auch nicht weiter. Moderne und komplizierte Gesellschaften ziehen das nach sich, und daran sind wir in der Tat allesamt beteiligt, dass der Staat sich für das eine und andere, vielleicht auch Überflüssige zuständig fühlt, aber dass auch gesellschaftliche Gruppen das von ihm verlangen. Dass man ein modernes Bildungswesen nicht machen kann, wenn es nicht einen Staat gibt, der ausreichend über Einkünfte verfügt, dass Wirtschaftsförderung, Logistik und eine moderne Infrastruktur nur dann funktionieren, wenn es einen Staat gibt, der dafür auch das Geld hat, das wissen Sie.

Also, die Wirtschaft selbst muss ein Interesse daran haben, dass es einen Staat gibt, der diesen Aufgaben auch nachkommen kann. Auch diesen Konflikt, Herr Senator Hattig, verschweigen Sie, indem Sie hier so global auf die hohe Staatsquote schimpfen, aber auch nicht sagen, an welchen Punkten sich der Staat denn eigentlich konkret zurückziehen soll. Mir sind die großen Initiativen aus der Wirtschaft, wenn es darum geht, aus Staatsmitteln ihre eigenen Bedingungen zu verbessern, nicht bekannt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Gesetz zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2003
(Drucksache 15/1364)

1. Lesung
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.
Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bundesweit nicht mehr zu übersehen, das Pflichtstundenmodell aus dem neunzehnten Jahrhundert ist nicht geeignet, den Rahmen für zukunftsfähige Schulen zu bieten. In Deutschland wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte seit eh und je über die Festlegung der erteilten Unterrichtsstunden von jeweils 45 Minuten bestimmt. Hierbei werden andere, ebenfalls notwendige Arbeiten der Lehrkräfte ausgeblendet.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Fortbildung, Schul- und Unterrichtsentwicklung, der Kontakt zu Schülern, Eltern und außerschulischen Kooperationspartnern werden zuweilen als zusätzliche Belastung empfunden. Das tradierte Pflichtstundenmodell lässt es kaum zu, zwischen einzelnen Schulstufen zu unterscheiden, von den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Fächer ganz zu schweigen. Ich bin fest davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass die, ich nenne das einmal so, 45-Minuten-Währung mit dafür verantwortlich ist, dass sich die Schul- und Unterrichtsentwicklung in Teamstrukturen nur zögerlich vollzieht. Das Lehrerbild heute ist oft noch von dem des einsamen Einzelkämpfers im Unterricht geprägt.

Meine Damen und Herren, der runde Tisch Bildung hat in seinen einstimmig verabschiedeten Empfehlungen dem Thema Neuregelung der Lehrerarbeitszeit einen ganz besonderen Stellenwert gegeben. Er regt an, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, „Schaffung der räumlichen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzung für eine neue Arbeitszeitregelung für Lehrer.“ In Klammern: „Schulen, in denen die Lehrer ihre Arbeit in Teams organisieren und dafür ihren Hauptarbeitsplatz in der Schule haben, besitzen wesentlich günstigere Entwicklungschancen.“ Wohl gesprochen, deshalb haben auch alle zugestimmt beim runden Tisch!

Deshalb wird die Bremische Bürgerschaft heute die Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Emp-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) fehlungen des runden Tisches Bildung schaffen. Die SPD-Fraktion geht dabei davon aus, dass das im Dialog mit den Schulen und Verbänden unter Berücksichtigung eben dieser zitierten Empfehlung schrittweise geschieht und dass auch schrittweise neue Arbeitszeitmodelle entwickelt werden.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Arbeitsplätze auch!)

Arbeitsplätze sowieso, das wissen wir, danke schön, Herr Kollege Schramm, das wird sowieso passieren. Hierzu gehören auch Arbeitsplätze für Lehrer, die im Rahmen der zahlreichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen mitgedacht werden sollen. Wir wissen aber von unseren Schulbesuchen, dass dies auch an einigen Standorten passiert, und ich bin ganz sicher, dass das auch weitergehen wird.

Ich komme zu einem anderen Punkt, den wir heute behandeln werden. Vor drei Jahren waren etwa 5400 Lehrkräfte, also Personen, an Bremens Schulen tätig. 40 Prozent davon waren angestellt. Angestellte Lehrer zahlen im Gegensatz zu ihren verbeamteten Kollegen in die Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherungskassen ein. Ergebnis: weniger Netto in der Kasse und in der Tasche. Das ist in der Tat eine komplizierte Situation. Wir erinnern uns alle an die Aktionen, die die Gewerkschaften im Interesse der angestellten Kolleginnen und Kollegen organisiert haben. Die GEW und der Senat haben verhandelt, um diese Ungerechtigkeit auszugleichen. Unser Altbürgermeister Hans Koschnick verdient Dank und Anerkennung dafür, dass er als Schlichter diesen komplizierten Prozess erfolgreich zu einem Ergebnis geführt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die von ihm vorgeschlagene Lösung vollzieht die Bremische Bürgerschaft heute rechtlich nach. Ich habe übrigens Verständnis dafür, dass die GEW als Interessenvertreterin der Lehrkräfte hierbei in einer Art Zwickmühle war und ist, kann man sagen. Sie will natürlich gern die 9000 Euro für die angestellten Lehrkräfte als Zulage. Die Gegenfinanzierung jedoch lehnt die Gewerkschaft ab. Das Parlament kann es sich jedoch nicht so leicht machen. Deshalb werden wir der von Hans Koschnick vorgeschlagenen Schlichtung in ganzer Breite entsprechen. Dazu gehören eben auch neben der Erhöhung für die angestellten Lehrkräfte, finanzpolitisch notwendig, auf zwei Jahre befristete Unterrichtserhöhungen um eine Stunde für Lehrkräfte unter 50 Jahren ebenso übrigens wie die Änderung des Bremischen Beamtengesetzes. Wir werden heute beschließen, dass Lehrkräfte bis 45 und im Einzelfall bis zum fünfzigsten Lebensjahr verbeamtet werden können.

Also, ich wiederhole, meine Damen und Herren, wir folgen dem Schlichtungsspruch von Hans Koschnick.

Damit lösen wir ein Problem, das, das gestatten Sie mir sicher, bei näherer Betrachtung eher ein Problem zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Nun hoffe ich, dass im Interesse der Schülerinnen und Schüler von allen Verantwortlichen weiter intensiv an der Verbesserung der Qualität unserer Schulen gearbeitet wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dafür, dass wir uns mit dem befassen, was uns hier heute zur Beschlussfassung vorliegt, und nicht mit den schönen Worten, die Sie gesprochen haben, Frau Hövelmann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sollen hier heute über eine Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes und über eine Änderung des Bremischen Beamtengesetzes sprechen. Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetz, das ist erstens ein schrecklicher Begriff, zweitens sagt er uns aber, dass die Arbeitszeit der Lehrer in offensichtlich unterschiedliche Teile zerfällt, meine Damen und Herren. Frau Hövelmann hat eingangs darauf hingewiesen.

Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern ziemlich alt, deshalb hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schon in der letzten Legislaturperiode beantragt, diese Lehrerarbeitszeit insgesamt zu berücksichtigen und nicht nur auf die Unterrichtsstunden Wert zu legen. Das ist in der letzten Legislaturperiode abgelehnt worden. Informelle Bemühungen der damaligen Bildungssenatorin, in dieser Frage mit der Gewerkschaft übereinzukommen, sind gescheitert, ich muss ehrlich sagen, weil damals die Lehrer auch noch so simpel gestrickt waren und gesagt haben, lieber eine oder zwei Stunden Unterrichtsverpflichtung mehr, als insgesamt über die Arbeitszeit zu reden. Das war dumm!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Die Zeit war noch nicht reif!)

Das war dumm, fand ich! Bündnis 90/Die Grünen hat noch vor den Beratungen des runden Tisches Bildung im Mai letzten Jahres erneut einen Antrag gestellt, und dieser Antrag läuft darauf hinaus, erstens die Arbeitszeit insgesamt neu zu regeln, und tatsächlich war das Interesse dahinter, das auch Frau Hövelmann benannt hat, nämlich alle Tätigkeiten zu erfassen und unter Umständen auch zu differen-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) zieren nach Fächern, Schulstufen und einzelnen Tätigkeiten in der Schule.

Zweitens haben wir aber gesagt, dieser Prozess muss von unten beginnen, er muss mit den Beschäftigten gemeinsam ausgehandelt werden, denn sonst trägt es nicht, und gesetzliche Regelungen, die für Beamte notwendig sind, stehen am Ende. Aber das Übrige ist Sache gemeinsamer Verhandlungen. Ich glaube, die Zeit dafür ist auch reif, weil die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mindestens – wie es beim Beamtenbund ist, weiß ich nicht so genau, er ist da eher zögerlich – in ihrem Bundesvorstand ausdrücklich festgelegt hat, dass sie für diese Beratungen und Verhandlungen offen ist. Von der Bremer GEW wissen wir es mittlerweile auch, wenn es vielleicht auch noch nicht jeden Lehrer in der Schule erreicht hat.

Dieser Antrag ist damals einheitlich hier vom Parlament unterstützt und zur Konkretisierung und Ausführung an die Bildungsdeputation überwiesen worden. Da liegt er. Wie ich jetzt vom Senat gehört habe, soll er im Mai, also in der letzten Sitzung, noch vor der Wahl beraten werden und dann vielleicht an die Bürgerschaft zurückkommen. Ich will jetzt nicht darüber rechten, warum das so lange dauert, aber wenn es so lange dauert, sehe ich überhaupt keinen Anlass und Grund, und unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht das auch nicht, vorweg heute hier einzelne Elemente von oben herab ohne Diskussion mit den Betroffenen, ohne Diskussion in der Bildungsdeputation, darüber haben wir gar nicht geredet, zu regeln.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der falsche Weg, um das durchzusetzen, was wir für die Arbeitszeit für richtig halten, meine Damen und Herren.

Jetzt komme ich auf den Kern zurück. Frau Hövelmann beklagt, es geht hier nur um Unterrichtsstunden. In der Tat! In dem Gesetz geht es im Wesentlichen erst einmal nur um Unterrichtsstunden. Es geht nämlich darum, dass aufgrund dieser Tarifregelung, des Kompromisses, der da verhandelt worden ist, die Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer, und zwar die Unterrichtsverpflichtung, um jeweils eine Stunde erhöht werden kann.

Zwar steht darin, das kann später in höherem Alter kompensiert werden, dazu sollen Arbeitszeitkonten eingerichtet werden, das ist aber doch absoluter Quark, meine Damen und Herren, das so zu regeln! Wenn wir eine neue Arbeitszeitregelung für Lehrer wollen, dann können wir doch nicht heute im Vorgriff schon sagen, wir machen Arbeitszeitkonten, so dass ihr später weniger unterrichten müsst! Ich weiß doch noch nicht, wie die neue Arbeitszeitregelung aussieht, Sie wissen es nicht, Herr Rohmeyer weiß es nicht. Wir treffen aber heute vorab Festlegungen

zu Lasten derjenigen, die jetzt und heute in den Schulen unterrichten und unter 50 Jahren sind.

(C)

Was heißt das denn konkret? Das heißt, dass künftig Grundschullehrerinnen zwei Jahre lang 29 Stunden unterrichten, und das ist bundesdeutscher Rekord, das ist Europarekord, ich will nicht von Weltrekord reden, denn in der Dritten Welt ist das anders, und das in einer Zeit, in der wir Lehrerinnen und Lehrer auf dem Markt suchen! Da werden sich doch die Lehrerinnen und Lehrer, die aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen hierher kommen sollen, sagen, ich bin doch nicht bekloppt, gehe nach Bremen, und da muss ich noch mehr tun als bei uns zu Hause, und ob ich das jemals gutgeschrieben bekomme, weiß ich nicht. Nein, so geht diese Regelung nicht!

Wenn es um die Finanzierung dieses Kompromisses geht, Frau Hövelmann, dann gibt es auch andere Möglichkeiten. Es geht darum, dass das Personalbudget eingehalten wird. Wir haben in Finnland gelernt, wie man anders mit Unterrichtsstunden umgehen kann, zum Beispiel bei älteren Schülern, und dabei vielleicht auch etwas am Budget sparen kann. Wir haben viel im Ausland gelernt über Personalmix an den Schulen bis in den Unterricht hinein. Darüber kann man auch ernsthaft reden, und das spart auch Geld.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das kommt auch!)

(D)

Meine Damen und Herren, es geht bei diesem Kompromiss nicht darum, mehr Unterrichtsstunden anzusetzen, sondern es geht doch darum, das materiell zu kompensieren. Ich sage Ihnen, es gibt dazu andere Möglichkeiten, die man vernünftig verhandeln kann. Es gibt keinerlei Zwang, das heute durch dieses Gesetz so zu regeln, das uns nur die Zukunft verbaut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich noch einmal zu der 35-Stunden-Anwesenheitspflicht-Möglichkeit in der Schule! Wir sind uns alle einig darüber, dass wir neue Regelungen brauchen. Wir sind uns darüber einig, das haben Sie auch noch gesagt, dass die von unten getragen werden müssen. Sie sind in den Schulen, die das heute wollen, auch nach dem jetzigen Gesetz möglich. Sie haben in der Bildungsdeputation gerade vor einer Woche einen Modellversuch für eine Schule verabschiedet, der 35 Stunden Anwesenheit in der Schule vorsieht, gemeinsam auf Beschluss der Schule. Das ist möglich, und dieser Beschluss war auch möglich ohne diese Gesetzesänderung. Dafür gibt es keine zwingende Regelung.

Jetzt aber das von oben herab vorzuschreiben, ohne dass es diese Arbeitsplätze in Schulen gibt, ohne

(A) dass es auch nur einen Entwurf einer Rechtsverordnung gibt, die noch kommen soll, in der steht, wie das im Einzelnen gestaltet werden kann, das ist doch wirklich das Gegenteil von dem, was wir eigentlich wollen: die Leute mitnehmen, die Leute dafür gewinnen, das möglichst schnell durchzusetzen, statt jetzt von oben her zu verordnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der runde Tisch hat gesagt, die rechtlichen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für diese neuen Regelungen zu schaffen, damit ist es nicht getan, dass wir hier heute sagen, wir ändern das Gesetz und erlauben das, wo es gar nicht zwingend nötig ist, sondern wir sollen das Gesamtpaket an Voraussetzungen schaffen. Sie haben uns dabei an Ihrer Seite, weil wir selbst den Antrag hier eingebracht haben, und wir möchten, dass dieser gesamte Antrag so abgearbeitet wird, wie wir das im Mai letzten Jahres hier alle einvernehmlich beraten haben, und nicht irgendwelche Regelungen vorwegnehmen, mit denen wir uns dann letztlich nur einen Balken in den Weg legen, über den wir stolpern, ohne die Gesamtarbeit geschafft zu haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Von Dialog kann noch nicht die Rede sein“ lautete die Überschrift einer gemeinsamen Erklärung von ZEB, GSV und GEW anlässlich des Bremer Bildungstages, an dem massiv gegen die heute zu beschließende Präsenzzeiterhöhung angegangen wurde.

Meine Damen und Herren, dass man sich ausgerechnet den Bremer Bildungstag ausgesucht hat, einen Tag, an dem die Schulen im Mittelpunkt stehen sollten, ist eine Provokation von Seiten der Organisationen gegen die Politik des Senators und der großen Koalition. Sie kommt allerdings, und dazu komme ich noch später, nicht von ungefähr, denn wir müssen sehen, die Belastungen, die Lehrkräfte im Land Bremen haben – und sie haben sie, weil wir hier in einer besonderen Haushaltsnotlage sind, und sie haben sie schon seit einiger Zeit –, darf man nicht überstrapazieren. Darum ist es notwendig, dass wir die Reformen im Bildungsbereich, auch die Reform der Arbeitszeiten bei den Lehrkräften, mit den Lehrkräften gemeinsam angehen, weil wir sie nur beschließen können. Sie muss vor Ort auch entsprechend umgesetzt werden.

Darum ist es falsch, sage ich ganz deutlich, wenn man sich ein Projekt wie den Bremer Bildungstag

*) Vom Redner nicht überprüft.

aussucht, um insgesamt die erfolgreiche Bildungspolitik zu diskreditieren. Andererseits darf man aber auch nicht nur mit Verordnungen von oben die Lehrkräfte angehen, sondern man muss die Lehrkräfte mitnehmen, und dort, meine Damen und Herren, sage ich auch ganz deutlich, muss von Seiten des Senats auch noch einiges passieren.

(Abg. **S c h r a m m** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann dürfen wir jetzt nicht verabschieden!)

Wir haben die Präsenzzeit in den Schulen heute zur Diskussion, nachdem wir vor nicht allzu langer Zeit in Bremen schon die Präsenztageordnung eingeführt haben. Mit dieser Präsenztageordnung wollen wir erreichen, dass der Unterrichtsbeginn jeweils zum Schuljahresbeginn besser organisiert wird. Man kann trefflich darüber streiten, ob es jetzt klug ist, dies fortzuführen, gerade vor dem Hintergrund, dass diese Regelung vom künftigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff kassiert wurde. Wir haben hier in Bremen eine andere Konstellation.

Herr Senator Lemke ist für diese Präsenztageordnung eingetreten. Als Koalitionspartner werden wir ihn dabei unterstützen, wobei wir natürlich die besondere Situation haben vor dem Hintergrund, dass Niedersachsen mehrere tausend neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen will. Da müssen wir sehr genau darauf achten, dass wir unsere bremischen Lehrerinnen und Lehrer hier nicht überstrapazieren, ansonsten bekommen wir ein Lehrerproblem, meine Damen und Herren, wenn die Arbeitsbedingungen in Niedersachsen deutlich besser sind als hier bei uns in Bremen und Bremerhaven. Darum ist es notwendig, dass diese Regelungen auch inhaltlich gestaltet werden.

Es ist schon vorhin von meinen Vorrednern gesagt worden, die Präsenzzeitendiskussion ist nichts Neues. Schon in der letzten Legislaturperiode unter Senatorin Bringfriede Kahrs kam eine Diskussion zu Präsenzzeiten, damals sogar noch von den Lehrkräften selbst, vom Personalrat und der GEW initiiert. Es gab damals nicht die Präsenzzeitenlösung. Es wurde eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung in Bremen durchgeführt.

Wir haben die Diskussion damals gehabt und haben sie heute wieder unter erhöhten Unterrichtsverpflichtungen. Darum müssen wir jetzt auch sehen, dass diese Präsenzzeiten nicht als zusätzliche Strafe für die Lehrerinnen und Lehrer aufgefasst werden. Deshalb ist es notwendig, dass hier die inhaltliche Ausgestaltung erfolgt, dass auch die Rahmenbedingungen an den Schulen, dass dort Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, damit diese Präsenzzeiten auch wirklich sinnvoll genutzt werden können.

Hier, Herr Senator, erleben wir es zum wiederholten Male, dass wir erst eine Anordnung von oben oder eine entsprechende behördliche Anregung ha-

(C)

(D)

(A) ben, bevor es tatsächlich auch an den Schulen angekommen ist. Wir hatten da auch schon den Streit innerhalb der Koalition, als es zum Beispiel um die Einführung der verlässlichen Grundschule ging. Auch dort hatten wir erst den Begriff, bis dann später die Modularisierungen, die entsprechenden Umsetzungsvorschläge vor Ort kamen. Beim Stichwort Präsenztage hatten wir es wieder. Da ist schon viel Porzellan zerschlagen worden.

Wir bitten Sie herzlich, Herr Senator, wir müssen dazu kommen, dass dann auch gleichzeitig die Umsetzungsvorschläge, die Umsetzungspläne mit vorgelegt werden. Diese sollen erst im Rahmen des Verfahrens im Mai/Juni vorgelegt werden. Wir müssen die Lehrkräfte aber heute schon mitnehmen, denn sie lesen es heute schon in den Zeitungen, es wird heute in den Lehrerzimmern diskutiert. Die Grundschulleiter, Dieter Mützelburg hat das Beispiel der Grundschullehrerinnen angesprochen, wissen gar nicht, wie sie ihre Lehrkräfte mit 29 Stunden Unterrichtsverpflichtung pro Woche einsetzen sollen. Dazu erwarten wir auch Konzepte der Behörde, Herr Senator! Sie haben uns dies entsprechend vorgetragen, wir unterstützen dies als Koalitionspartner, aber Sie müssen dies auch nicht nur hier, sondern auch der Deputation dann noch vortragen.

Wir müssen auf den runden Tisch eingehen. Es waren zwar keine einstimmigen Beschlüsse, Frau Hövelmann, wie Sie eben wieder versucht haben darzulegen,

(B) (Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Einstimmige Empfehlungen!)

sondern es wurde einstimmig verabredet, dass diese Empfehlungen an den Senat weitergeleitet werden. Dass es inhaltliche Dissense in allen möglichen Punkten mit ganz unterschiedlichen Gruppen gegeben hat, meine Damen und Herren der SPD, das versuchen Sie immer mit dem Begriff „einstimmiger Beschluss“ zu kaschieren. Es hat hier sehr unterschiedliche Nuancierungen gegeben, es war aber völlig einheitlich, dass man gesagt hat, Präsenzzeiten an den Schulen sind sinnvoll, das wurde auch beim Bremer Bildungstag – welche Ironie mit der Demonstration vor der Tür – sehr deutlich von Professor Meier dargestellt. Dies müssen wir natürlich ernst nehmen. Dazu gehört aber wirklich die inhaltliche Ausgestaltung.

Ich frage noch nach einem weiteren Bereich, Herr Senator. Sie haben ja auch noch ein großes Interview zu dem Bereich gegeben. Wie sollen die Rahmenbedingungen an den Schulen aussehen? Dazu gehört, dass man dort Arbeitsbedingungen schafft. Soll es so aussehen, Herr Senator, dass man nach amerikanischem Modell Klassenräume in Arbeitsräume für Lehrer mit umfunktioniert? Wir können keine Bürotrakte an den Schulen anbauen, damit Lehrer dort entsprechend Arbeitsmöglichkeiten haben.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: In Finnland hätten Sie gesehen, wie es geht!)

Frau Hövelmann, in Finnland bekommt man als Besucher genau die Schulen vorgeführt, die man sehen soll, die große Masse der Schulen, wo es nicht funktioniert, das kann ich Ihnen auch von verschiedenen anderen Kollegen sagen, bekommt man nicht vorgeführt. Von daher hören Sie mir bitte mit Finnland auf!

(C)

Wir haben die Diskussion hier in Bremen zu führen. Die große Koalition wird die Präsenzzeitenregelung und auch die Änderung des Bremischen Beamtengesetzes heute hier beschließen. Wir haben Klärungsbedarf zu einzelnen Punkten, wie ich sie eben dargelegt habe, Herr Senator. Wir bitten, dass diese Darlegungen nicht nur uns in der Deputation gemacht werden, sondern wirklich auch den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen, den Schulleitungen, die nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Diese Klagen sind uns in den letzten Wochen massiv vorgetragen worden.

Es gehört auch zu einem guten Arbeitsklima bei den ganzen Reformen, die wir in Bremen auf den Weg gebracht haben und auf den Weg bringen werden, dass diejenigen, die diese Reformen vor Ort umsetzen müssen, wissen, unter welchen Arbeitsbedingungen sie dies machen. Wir haben erhöhte Arbeitszeiten im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wir wollen zusätzliche Lehrer, junge Lehrer, nach Bremen holen unter schwieriger gewordenen Bedingungen, weil andere Bundesländer massiv Lehrer einstellen werden. Darum ist es notwendig, dass dies auch entsprechend inhaltlich ausgestaltet wird.

(D)

Meine Damen und Herren, es ist schwierig genug in der heutigen Zeit, hier diese Reformen an den Schulen so umzusetzen, dass das, was wir uns politisch als Rahmenbedingung vorstellen, auch irgendwann umgesetzt wird. Ich hoffe einfach nur, dass wir die Reformen in Gang halten können, denn die Motivation – ich kann es nur noch einmal zum Schluss sagen, Herr Senator, Motivation ist ein großer Bereich, das werden Sie aus Ihrer früheren Tätigkeit im Fußball noch kennen – muss man bei seiner Mannschaft aufrechterhalten, und momentan ist die wirklich sehr stark eingeknickt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Rohmeyer hat schon bei seinen ersten Worten, und das hat er durch seinen Beitrag noch verstärkt, eigentlich deutlich gemacht, dass er im Grunde die gleiche Position vertritt, die ich hier auch vertreten habe. Es ist selten, dass die CDU bildungspolitisch das Gleiche vertritt wie die Grünen, aber es ist nicht

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) schlecht, wenn es da Einsicht gibt. Bloß, Herr Kollege Rohmeyer, unter den Umständen kann ich nicht gut verstehen, warum Sie jetzt doch sagen, wir sollen das Ganze in erster und zweiter Lesung beschließen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag zur Güte und schlage Ihnen vor, worauf wir uns vielleicht verständigen könnten.

Erstens: Wir verabschieden heute die Änderung des Bremischen Beamtengesetzes. Die hat unmittelbar etwas mit dem Kompromiss, den Herr Koschnick ausgehandelt hat, zu tun. Das können wir auch in erster und zweiter Lesung machen.

Zweitens, ich sage das, auch wenn es die GEW vielleicht nicht erfreuen wird: Wir beschließen in erster Lesung das Gesetz über die Lehrerarbeitszeitaufteilung, überweisen das an die Deputation für Bildung und kommen damit erst hier zur zweiten Lesung zurück, wenn diese Verhandlungen und Gespräche, die Richtlinien und die Abarbeitung des Antrags der Grünen in der Deputation erfolgt ist. Dann haben wir eine vernünftige Grundlage, all das einzulösen, was Frau Hövelmann bildungspolitisch gefordert hat und was Herr Rohmeyer gegenüber den Lehrern, der Öffentlichkeit als „Mitnehmen“ bezeichnet hat.

(B) Ich glaube, mit diesem Verfahren könnten wir eigentlich das, was wir jetzt alle hier vorgetragen haben, lösen, weil es keinen Zwang gibt, das heute zu verabschieden. Die Frage des Budgets und der Kompensation für die angestellten Lehrer, ich glaube, darüber könnten wir dann auch in Ruhe reden, Sie können auch in Ruhe mit den Gewerkschaften darüber reden. Ich habe angedeutet, dass es andere Möglichkeiten gibt, vielleicht gibt es noch mehr, als ich mir habe einfallen lassen, als die einfachste, dümmste und alle weiteren Schritte eher behindernde Lösung, die Sie hier vorschlagen.

Soweit mein Vorschlag, heute nur die erste Lesung durchzuführen und zu überweisen und das Beamtengesetz hier zu verabschieden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Senator Lemke, ich frage einfach einmal: Wollen Sie sprechen?

Senator Lemke: Ja, ich dachte, dieser Vorschlag würde jetzt aufgebracht. Ich würde gern sprechen!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das kommt am Ende mit der Abstimmung! Es ist ein Antrag gestellt, den ich nachher zur Abstimmung stellen werde.

Dann erhält jetzt Senator Lemke das Wort.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon klar geäußert worden, warum wir uns heute hier mit diesem Gesetz zur Änderung des Lehrerarbeitszeitauftei-

(C) lungsgesetzes befassen. Es ist kein Thema, das ich hier mit Nachdruck eingebracht hätte, würden wir nicht durch die Vorkommnisse im letzten Jahr und den Schlichtungsspruch von Herrn Koschnick dazu gezwungen worden sein.

Ich habe niemals einen Zweifel daran gelassen, dass es nicht angehen kann, die notwendigen Mittel, die der Steuerzahler aufbringen muss, um die vereinbarten Zusatzzahlungen für die angestellten Kollegen zu leisten, aus Mitteln, die sonst den Schulen zur Verfügung stünden, zu nehmen. Das war völlig klar, und ich habe niemals, auch in allen Gesprächen mit den Gewerkschaften und Personalräten, einen Zweifel daran gelassen.

Hans Koschnick hat dann in dankenswerter Weise diesen Spruch zu Ende geführt. Wir haben uns geeinigt, wir haben das umgesetzt, wir sind dabei, jetzt auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür klar zu machen. Insbesondere geht es nicht nur um die Zusatzzahlungen für die angestellten Lehrkräfte, sondern es geht heute auch bei den Änderungen des Beamtengesetzes darum, dass wir den Bremer Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zur Verbeamtung bis zum fünfzigsten Lebensjahr eröffnen. Wenn ich richtig informiert bin, sind das etwa 500 Lehrerinnen und Lehrer, die sich sehr darauf freuen und hoffen, dass das jetzt endlich umgesetzt wird, denn jeden Monat, habe ich mir sagen lassen, gibt es den einen oder anderen, der aus dieser Altersgrenze herausfällt, also nicht mehr verbeamtet wird. Also ist es hohe Zeit, dass wir zumindest auf jeden Fall natürlich diesen Teil durchziehen.

(D) Aber, Herr Mützelburg, das mag uns ja unterscheiden: Du kannst nicht nur immer fordern, sondern du musst dann auch einhalten, das, was du verabredet hast, auch zu geben. Also, ich kann nicht sagen, wunderbar, das Geld nehmen wir, die Verbeamtung machen wir, aber wie der Senator anschließend mit den restlichen Problemen klarkommt, ist nicht unsere Sache. Deswegen haben wir heute beide Teile zur Abstimmung eingebracht, und ich finde es völlig legitim.

Ich war übrigens genauso echauffiert oder sauer, enttäuscht, frustriert über die Tatsache, an so einem Tag, an dem wir einen spürbaren Aufbruch im Rathaus, in der oberen Rathaushalle bemerken, als wir 550 am Bildungsprozess beteiligte Bremerinnen und Bremer eingeladen haben zu dieser ganztägigen Veranstaltung, da draußen eine Demonstration der GEW und der GSV zu sehen. Das hat mich maßlos enttäuscht.

Ich finde, als zuständiger Senator kann ich das kaum noch kommentieren, weil wir mit den Lehrerinnen und Lehrern einen Berufsstand haben, der zu den bestbezahlten in unserem Land gehört, ohne Frage. Nicht nur in unserem Land, sondern weltweit sind die deutschen Lehrer an der Spitze, was die Vergütung, was die Besoldung angeht, weit über der

- (A) Besoldung, der Vergütung in Skandinavien, wo mit Sicherheit keine schlechtere Arbeit geleistet wird.

Die Höhe der Bezahlung ist noch nicht einmal das Entscheidende, sondern die soziale Absicherung, in der unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, und Lehrerinnen und Lehrer sind ja Bestandteil des öffentlichen Dienstes, ihren Beruf ausüben. Da habe ich manchmal das Gefühl, dass sie sich aufgrund dieser gesellschaftlichen Position nicht ganz im Klaren sind, was sie dort auch der Gesellschaft für Frustrationen bringen, wenn sie so hartnäckig weiterkämpfen, zum Beispiel wie jetzt um die Durchsetzung des Schlichterspruchs.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Macht doch endlich einmal eine Initiative, dass bundesrechtlich alle Lehrer nur angestellt werden!)

In der Tat, sehr geehrter Herr Mützelburg, wäre ich da der Erste, der dabei wäre, wenn wir zu so einer bundeseinheitlichen Regelung kämen. Von Beginn an habe ich gesagt, dass ich an einer bundeseinheitlichen Vergütungs- oder Besoldungsregelung interessiert wäre und mich dafür einsetzen würde, aber Sie kennen die Mechanismen, die in den letzten dreieinhalb Jahren während der laufenden Legislaturperiode vonstatten gegangen sind, dass immer mehr Länder sich bemühen, den anderen Bundesländern ihre Lehrer mit immer besseren Angeboten abzuwerben.

- (B) Nun ist ja eben angedeutet worden, dass jetzt die Bremer Lehrer in Scharen nach Niedersachsen laufen würden. Ich glaube nicht daran, ich glaube an das, was ich sehe, was ich erlebe. Tagtäglich habe ich mit etlichen Absolventen unserer Hochschulen, unserer Universität zu tun, die sich darüber beklagen, dass sie keinen Referendariatsplatz in Bremen bekommen. Es gibt Tausende freie Referendariatsstellen in Deutschland, aber die Studenten, die gerade ihr Examen gemacht haben, möchten gern in Bremen bleiben, so dass sie jahrelange Wartezeiten in Kauf nehmen, die eigentlich für uns als Gesellschaft, als Politik völlig inakzeptabel sind, denn wir wollen ja, dass die Studenten schnell in den Beruf, für den sie sich haben ausbilden lassen, kommen.

Ich denke, meine Damen und Herren, in Bremen haben wir Gott sei Dank, weil wir so eine attraktive Stadt haben, diese Sorgen nicht. Wir bezahlen übrigens auch einige unserer Lehrer, Herr Mützelburg hat eben auch von Grundschullehrern gesprochen, außerordentlich gut, nämlich nach A 13, und nicht wie in fast allen anderen Bundesländern – –.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht alle Grundschullehrer!)

Alle diejenigen, Herr Mützelburg, die an unserer Universität ausgebildet worden sind oder an vergleich-

- (C) baren Universitäten und eine entsprechende Ausbildung gemacht haben, bekommen bei uns, und das gibt es nur in ganz wenigen Bundesländern, A 13 als Besoldung.

Damit haben sie auch ein Privileg, das sie sich durch ihre Ausbildung erarbeitet haben, das ich ihnen auch nicht wegnehmen will. Ich will nur korrigieren, dass wir hier so schlecht in der Ausgangssituation sind, dass wir uns große Sorgen machen, dass unsere Bremer Lehrer in Scharen in andere Bundesländer weggehen würden.

Allerdings bin ich auch der Meinung, und da werde ich sehr nachdenklich, dass ich natürlich nichts ohne die Lehrerinnen und Lehrer umsetzen kann. Natürlich kann ich das nicht! Aber ich kann nicht laufend und jeden Monat oder alle Vierteljahre mit neuen Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer konfrontiert werden und jedes Mal sagen, ich mache das, ich komme euch entgegen. Das war bei der Zwangsteilzeit so. Sie war eines der ersten Dinge, die wir umgesetzt haben! Die GEW war bei mir, der Personalrat war bei mir, und wir haben gesagt, ja, es ist unfair, es ist ungerecht, und wir wollen allen Kolleginnen und Kollegen, die Vollzeit arbeiten möchten, auch die Gelegenheit dazu geben. Das ist Schritt für Schritt konsequent umgesetzt worden.

- (D) Die Altersermäßigung, Herr Mützelburg, wird von Land zu Land abgeschafft, das heißt, dass die Kolleginnen und Kollegen, die über 55 beziehungsweise über 58 Jahre sind, zunächst eine Stunde, dann zwei Stunden weniger unterrichten müssen. Das erlauben wir uns als Haushaltsnotlageland nach wie vor, weil ich der Auffassung bin, dass es richtig ist, dass wir den älteren Kolleginnen und Kollegen diese Ermäßigung geben. Wenn wir Ihnen in einer solchen Situation dieses Gesetz vorschlagen, für einen beschränkten Zeitraum nach der Auseinandersetzung in der Schlichtung für zwei Jahre jeweils eine Stunde mehr den Lehrern zu verordnen, verordnen zu können für einen befristeten Zeitraum – –.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht aber nicht im Gesetz!)

Ja, aber das ist das Wort, das wir dem Personalrat, den Gewerkschaften innerhalb der Schlichtung gegeben haben, dass wir das ausschließlich dafür machen.

Herr Mützelburg, ich komme zum dritten Bereich: die Präsenzzeiten! Es gibt überhaupt keine inhaltlichen Differenzen zwischen Ihnen, der CDU und unserer SPD-Fraktion, übrigens auch nicht der GEW und, glaube ich, allen anderen Berufsstandesorganisationen der Lehrer, dass es völlig antiquiert ist, weiterhin im 45-Minuten-Rhythmus zu arbeiten, weiterhin in die Schule zum Unterricht zu kommen, um nach dem Unterricht die Schule zu verlassen.

Nicht in allen Schulen ist das so, aber aufgrund meiner wirklich vertieften Kenntnisnahmen ist die

(A) große Mehrheit des praktizierten Unterrichts genauso, wie ich es eben beschrieben habe. Es gibt viel zu wenig Kommunikation, es gibt viel zu wenig Vernetzungen innerhalb der Schulen. Es ist wirklich so, wie es Frau Hövelmann eben hier beschrieben hat, wir haben viel zu viele Einzelkämpfer, die die Klassentür schließen und sich eben nicht gern in den Unterricht, in die Karten schauen lassen. Aber das ist unbedingt notwendig, um von den schrecklichen Ergebnissen, die wir in der Pisa-Studie erfahren haben, wegzukommen.

Wir müssen uns öffnen, wir müssen bereit sein, eine Supervision in die Klassenräume zu bekommen, um besseren Unterricht zu geben, um nicht den Unterricht zu geben, den wir möglicherweise vor 30 Jahren an den Universitäten gelernt haben. Wie ist es denn mit den Fortbildungsmaßnahmen? Endlich fangen wir jetzt an, das verpflichtend umzusetzen, aber nicht zentral verordnet, sondern, Herr Mützelburg, wir geben die Fortbildungsbudgets in die Schulen, wie Sie wissen! Das haben wir gemeinsam in der Deputation beschlossen, damit die Schulen selbst entscheiden können, wo sie Fortbildungsnotwendigkeiten haben. Da sind wir genau auf dem richtigen Weg! Nur, man kann reden und reden, aber irgendwann einmal, Herr Mützelburg, muss man auch entscheiden. Dann muss man auch den Mut und die Konsequenz haben, entsprechende Gesetze und Verordnungen durchzusetzen.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU – Glocke)

Ich komme zum letzten Satz! Wir möchten durch diese Maßnahmen die rechtlichen Voraussetzungen dafür umsetzen, um anschließend durch inhaltliche Maßnahmen, organisatorische Rahmenbedingungen und natürlich die baulichen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Schulen sich auf den Weg machen können, den Schulalltag im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber ich meine, auch im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer selbst zu verbessern, damit wir endlich zu verbesserten Leistungsergebnissen kommen, aber nicht durch Verordnung von oben, sondern so, wie ich es dem Personalrat und den Gewerkschaftsvertretern gesagt habe, das muss aus den Schulen kommen.

Ich kann das nicht gegen, sondern nur mit den Kollegen machen. Deshalb ist der Weg, wie er jetzt zum Beispiel an der Borchshöhe gegangen wird, dass die Schulen selbst zu uns kommen und darum bitten, solche Modelle zu machen, der richtige. Ich bitte also recht herzlich um die Zustimmung zu diesen Gesetzesvorhaben. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Verfahrensantrag gestellt, der sich auf das Verfahren der zweiten Lesung bezieht. Ich komme also zunächst einmal zur ersten Lesung, die nicht strittig ist.

Wer das Gesetz zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes und des Bremischen Beamtenengesetzes, Drucksache 15/1364, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nun ist beantragt worden, dieses Gesetz unterschiedlich weiter zu behandeln. Im Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes wird beantragt, diesen Teil des Gesetzes zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Bildung zu überweisen. Da wir das Problem mit der Abstimmung über diesen Überweisungsantrag dann erledigen, lasse ich darüber jetzt zuerst abstimmen.

(D)

Wer den Artikel 1, nämlich Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes, an die Deputation für Bildung überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Dann komme ich jetzt zur Frage, ob wir die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, dass die zweite Lesung dieses Gesetzes nun wieder heute im Ganzen durchgeführt wird, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Lehreraufteilungsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(B)

Bremer Jugendenquête

Antrag (Entschließung) der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 6. Februar 2003
(Drucksache 15/1369)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Zögern ist der Tatsache geschuldet, dass ich der CDU eigentlich die Möglichkeit lassen wollte, hier den ersten Redner zu stellen. Das hat jetzt leider nicht geklappt. Gut, dann werde ich jetzt den Beitrag der SPD zu diesem Tagesordnungspunkt deutlich machen.

Die Bremer Jugendenquête steht im Koalitionsvertrag der Fraktionen der SPD und der CDU als ein Projekt, bei dem es darum geht, die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind ein Thema, das wir in diesem Haus schon öfter diskutiert haben, im Übrigen auch in der Stadtbürgerschaft.

Wir haben jetzt hier einen Antrag vorliegen, der noch einmal die bestehende Beschlusslage bekräftigt mit der Bitte, einen Bericht zu erstatten. Eines muss aber ganz deutlich werden, eine echte Jugendenquête, die diesen Namen verdient, wird es, obwohl wir das beschlossen haben, obwohl es im Koalitionsvertrag steht, in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben. Das muss man sagen, das ist so. Das ist sicherlich auch für mich persönlich nicht unbedingt ein Beitrag zur Zufriedenheit, aber wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

Die Enquetekommission für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein sehr hoher Anspruch. Sie soll überparteilich sein, sie soll wissenschaftlich fundiert sein und langfristige perspektivische Konzeptionen entwickeln, wie man die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiterentwickeln kann. Wir haben den Anspruch, dass es dabei eine intensive Beratung gibt, an der alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sind, so dass wir es auch wirklich mit einem neuen jugendpolitischen Diskurs zu tun haben.

Das Ganze ist natürlich verbunden mit einem ganz erheblichen Aufwand. Das muss man deutlich sagen. Man muss die Leute einladen. Das wird alles nicht umsonst sein. Man muss ausführlich beraten. Wir müssen dabei auch auf wissenschaftliche Kapazitäten zurückgreifen. All dies ist doch ein ganz erheblicher Aufwand, der in dieser Legislaturperiode nicht bewältigt worden ist. Das hat eine ganze Menge Gründe, die ich hier auch aufführen möchte, allerdings nicht, um das hier als Rechtfertigung darzustellen, sondern nur um zu erläutern, wie diese ganze Geschichte zu erklären ist.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an das Anpassungskonzept, was wir in der Stadt Bremen haben, das zu Beginn mit Kürzungsquoten von erheblichem Ausmaß verbunden war. Das hat in der Stadt zu ganz erheblichen Diskussionen geführt und stand so stark im Zentrum der jugendpolitischen Diskussion, dass die Glaubwürdigkeit einer Jugendenquête, die sich mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt, natürlich sehr in Frage gestellt worden wäre, wenn wir es in dieser schwierigen Konfliktlage fortgeführt hätten. Von daher spielt nach meiner Einschätzung die Auseinandersetzung um das Anpassungskonzept dabei eine erhebliche Rolle.

Eine weitere Problematik, die wir auch in diesem Zusammenhang erkennen müssen, ist, dass wir für dieses konkrete Projekt Jugendenquête keine Ressourcen im Haushalt zur Verfügung gestellt haben. Das heißt, dieses Projekt war so angelegt, dass es aus den im Ressort Jugend bestehenden Mitteln finanziert werden sollte. Wenn man sich überlegt, welche Kosten bei einem einigermaßen tragfähigen Konzept zustande kommen, hätte das bedeutet, dass wir diese Position aus anderen Bereichen der Jugendförderung hätten nehmen müssen. Ich glaube,

(C)

(D)

(A) dass das keine gute Entwicklung für die Jugendenquete gewesen wäre.

Darüber hinaus muss man noch sagen, dass wir im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine ganze Reihe an konkreten Projekten hier im Land auch durchgeführt haben. Ich erinnere daran, dass sich eine ganze Reihe von Beiräten beispielsweise sehr stark engagiert haben. Ich erinnere auch daran, dass das Spielraumkonzept relativ aufwendige Beteiligungsmaßnahmen durchführt. Ich erinnere auch noch einmal daran, dass wir als Parlament uns selbst auch sehr stark bemüht haben, das Interesse an Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dadurch zu wecken, dass wir versuchen, sie in politische Prozesse einzubeziehen, damit sie Anregungen bekommen, sich daran zu beteiligen. Da erinnere ich an „Jugend im Parlament“, ich erinnere an den hier beschlossenen Antrag „Kids Voting“, und ich erinnere daran, dass viele Jugendliche, insbesondere Schüler, eben auch Abgeordnete begleiten.

Insofern passiert eine ganze Menge, und das Konzept ist meiner Meinung nach auch gar nicht so schlecht. Ich glaube nach wie vor, es besteht ein dringender Bedarf, dass wir uns weiterhin ernsthaft Gedanken machen, wie wir Kinder und Jugendliche stärker beteiligen können. Wir brauchen dazu auch überregionale Beratungen, aus dem wissenschaftlichen Bereich brauchen wir auch dringend Beratung und einen sehr detaillierten Diskussionsprozess, der uns da auch entsprechende Konzepte entwickelt, die wir dann in die Praxis umsetzen können.

(B)

Ich bin allerdings der Meinung, dass die Anlage, mit der wir die Jugendenquete in dieser Legislaturperiode angestrebt haben, im Prinzip deswegen nicht richtig war, weil wir sie zu einer Aufgabe der Jugendsenatorin gemacht haben. Ich glaube, das ist im Prinzip nicht die richtige Denkweise, sondern ich würde Ihnen vorschlagen – das ist jedenfalls die Position der SPD dabei –, dass man dieses Projekt der Jugendenquete weiterhin aufrechterhält, dass man dieses Ziel weiterverfolgt, sich dann aber für die Zukunft noch einmal darüber Gedanken macht, ob es nicht sinnvoller ist, so eine Jugendenquete tatsächlich als eine parlamentarische Aktivität zu installieren, dass man sich dann noch einmal Gedanken darüber macht, wenn man eine solche Initiative als parlamentarische Aktivität durchführt, dass man sie dann auch in den entsprechenden Haushaltsberatungen mit der nötigen Finanzierung ausstattet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die Redezeit ist vorbei.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Die SPD-Fraktion jedenfalls hat sich das auch in ihrem Bremen-Plan so vorgenommen. Ich hoffe, dass auch die anderen Fraktionen sich daran beteiligen, dass wir dieses Projekt so

weiterverfolgen können, wie ich das gerade skizziert habe. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die große Koalition präsentiert heute einen Entschließungsantrag mit dem Ziel, ein bisschen die politische Untätigkeit der letzten zwei Jahre zu übertünchen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ja, das muss ich an dieser Stelle sagen, Herr Oppermann! Das müssen Sie mir schon einmal zugestehen. Wir sollen heute etwas fordern, Herr Oppermann, das wissen Sie ja ganz genau, was wir vor zwei Jahren schon einmal beschlossen haben.

Ich greife den Punkt noch einmal auf, den Herr Pietrzok hier angesprochen hat, der Clou an der ganzen Sache ist, dass wir vom Bündnis 90/Die Grünen an einem 14. Mai, an einem sonnigen Tag, einen Antrag gestellt haben, den Sie dann als große Koalition übernommen haben, das kennen wir ja schon von vielen anderen Bereichen. Sie fanden den gut, der war Ihnen ein bisschen zu straight, weil wir die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre gefordert haben. Sie haben aber den Punkt übernommen. Da fühle ich mich auch ein bisschen von Herrn Pietrzok geschmeichelt, ich hatte gefordert, dass es eine parlamentarische Jugendenquete geben soll, bei der man den Gesamtssenat und eben auch die Bürgerschaft als Gesetzgeber mit in die Pflicht nimmt. Also, spätes Einsehen der SPD, finden wir aber gut!

(D)

Wir haben mehr Mitwirkungsrechte und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gefordert. Das ist auch ein Schwerpunkt der grünen Jugendpolitik. Herr Pietrzok hat angesprochen, im Jugendhilfeausschuss sind viele Themen diskutiert worden. Wir haben Interesse, dass es eine Bremer Jugendenquete gibt. Ich habe als Antragstellerin aber auch ein Interesse daran, dass dieser Antrag zum Thema „Juniorwahlen“ – der wurde eben auch noch einmal erwähnt – auch einmal wieder hier in der Bürgerschaft landet,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

damit wir endlich beschließen können, dass dieses Projekt auch an Bremer Schulen durchgeführt werden kann.

Ich verbuche diesen Tagesordnungspunkt unter der Rubrik „Verarbeitung des Parlaments“. Ich weiß

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nicht, wie oft wir das noch machen wollen, dass wir uns die Sachen, die wir schon einmal vor zwei Jahren beschlossen haben, hier immer wieder gegenseitig vorhalten und sagen, wir wollen es doch. Wir finden es selbstverständlich, dass die Beiräte Kinder und Jugendliche in die Politik vor Ort einbeziehen. In Schwachhausen wird darüber nachgedacht, einen eigenen Jugendbeirat einzurichten, Osterholz hat auch einen Tag veranstaltet, an dem Jugendliche die Beiratspolitik diskutiert haben. Ich denke, das sind Ansätze, die man noch viel mehr und viel stärker vorantreiben soll. Das greift der Entschließungsantrag der großen Koalition noch einmal auf.

Ich sage, wir unterstützen das Anliegen in der Sache. Ich kritisiere Sie scharf dafür, dass Sie das zwar beschlossen haben, aber in den letzten zwei Jahren im Jugendhilfeausschuss haben verhungern lassen. Ich habe mehrfach nachgefragt, warum das nicht weitergeht. Die letzte Antwort, die ich im Jugendhilfeausschuss bekommen habe, war, es gibt kein Geld. Das finde ich ein bisschen zu dürftig. Es geht um das politische Wollen. Ich denke, wenn wir hier etwas gemeinsam beschließen, dann muss dieses Wollen auch Konsequenzen haben, dann muss das Geld für eine Jugendenquête auch bereitgestellt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Bündnis 90/Die Grünen wird also diesem Antrag zustimmen. Wir fragen uns aber heute, wie oft dieser Antrag noch kommt. Ich warte jetzt begierig auf die Wiedervorlage dieses Antrags und hoffe, dass das alles ein gutes und erfolgreiches Ende nimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Ablaufplan sah ein bisschen anders aus, deshalb hatte ich mir einmal erlaubt, eine Tasse Tee zu trinken, die wird jetzt kalt.

(Heiterkeit)

Frau Stahmann, es war am 17. Mai 2001, als wir hier einen Antrag im Parlament debattiert haben. Man könnte auch den Eindruck bekommen, jetzt machen wir hier eine fünfminütige Debatte über Jugendliche, das wird der Sache ja überhaupt nicht gerecht. Die Debatte, die wir im Mai 2001 geführt haben, umfasst im Protokoll 27 Seiten, also eine der größeren Debatten, die hier im Haus geführt worden sind, mit vielen Debattenrednern. Ich habe gestern einmal nachgelesen. Es ging dabei auch um den finalen Rettungsschuss, ich weiß nicht, was der mit

einer Jugenddebatte zu tun hatte, und um Wehrpflicht, aber auch das ist alles mitdiskutiert worden.

(C)

Ich will nur einmal den Eingangssatz dieses Antrags zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Förderung und die Stärkung von Selbstverantwortung sind die Zielsetzung moderner Jugendarbeit. Deswegen müssen Kinder und Jugendliche an sie betreffende Entscheidungen ihres Lebensumfeldes auch außerhalb von Familie und Schule beteiligt werden.“ Das ist ein Satz, der hat heute genauso seine Richtigkeit wie vor knapp zwei Jahren, den kann man auch nur unterstreichen. Unsere Forderung, die wir dort gestellt haben: „Der Senat wird gebeten, das Ergebnis der ‚Bremer Jugendenquête‘ der Bürgerschaft (Landtag) noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen.“ Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass dort wenig geschehen ist. Das hat Herr Pietrzok im Einzelnen ausgeführt.

In dieser Legislaturperiode verlangen wir jetzt zumindest noch einen Zwischenbericht. Der ist uns auch im Landesjugendhilfeausschuss zugesagt worden. Dort sind uns die Gründe, wie eben auch von Herrn Pietrzok, noch einmal erklärt worden, warum das Ressort nicht in der Lage war, das zu schaffen, dass es an Personalengpässen liegt. Ich bin auch der Meinung, das ist keine Aufgabe vom Jugend- und Sozialressort allein. Das ist eine Querschnittsaufgabe. Ich würde das genauso bei der Behindertenpolitik sagen, da müssen alle Ressorts ihr Scherflein dazutun, und dem ist so.

(D)

Meine Kollegin Frau Striezel hat vor zwei Jahren gesagt, Jugendliche sollen an der Gestaltung von Gesetzen, die sie unmittelbar betreffen, aktiv durch Mitwirkung und Stimmrecht beteiligt werden. Ich wäre froh, wenn die Möglichkeiten, die wir heute schon haben, von interessierten Jugendlichen genutzt würden. „Die Beiräte wären sehr dankbar und froh, wenn Jugendliche sich mehr kümmern würden.“ Das war ein Zitat, und da hat sie Recht, das gilt heute noch genauso.

Meine Damen und Herren, in der Veranstaltung „Jugend im Parlament“, die wir anschließend im Jugendhilfeausschuss hatten, war ich teilweise erschrocken, dass dort Äußerungen über Schülermitverwaltung von einem Mitstreiter vorgetragen wurden, die erschreckend waren, denen von keinem anderen der Jugendlichen widersprochen wurde. Frau Stahmann, Sie waren bei der Sitzung nicht dabei, aber in der Deputation waren Sie anwesend. Dort ist es noch einmal wiederholt worden. Es hat niemand widersprochen. An diesem Beispiel erkennt man, dass Beteiligung nicht nur gewährt werden soll, sie muss auch gelebt und vor allen Dingen auch gelernt werden.

Dieses Haus erwartet, dass der Senat Wege dazu aufzeichnet, wie Mitverantwortung und Mitbeteiligung nicht nur gewährt, sondern auch gelernt und gelehrt werden kann. „Jugend im Parlament“ ist kei-

(A) ne Eintagsfliege mehr. Juniorenwahlen werden meines Wissens stattfinden. Der Weg geht in die richtige Richtung. Hoffen wir, dass die Jugendlichen ihn begeistert mitgehen und nicht die Meinung, die ich im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation von einem Vertreter zur Kenntnis nehmen musste, die Meinung aller Jugendlicher ist, sondern dass das nur ein kleiner Ausschnitt war!

Mitbestimmen, mitentscheiden und Mitverantwortung sind unzertrennbar miteinander verbunden. Nur einen Teil davon kann man nicht für sich reklamieren. Entscheidungen und Verantwortung kann man nicht trennen. Die CDU hofft, dass der Bericht des Senats auch dazu deutliche Anmerkungen macht. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

(B) **Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Jugendenquête ist nicht vorgelegt worden. Das ist hier schon ausführlich vorgetragen worden. Herr Pietrzok hat im Wesentlichen die Gründe dargestellt. Es lag nicht am guten Willen, es lag schlicht und einfach daran, dass das Ressort die nötigen Ressourcen nicht hatte. Das ist eine Schwäche des Antrags gewesen. Wer eine wirkliche Jugendenquête fordert, weiß genau, dass das richtig Geld kostet. Es gab Schätzungen für die letzte Koalitionsrunde von rund 300 000 DM für eine solche Jugendenquête. Das kann ein Jugendressort nicht einmal eben so nebenbei machen und ein Jugendhilfeausschuss eben auch nicht. Wir hatten in der Zeit auch wirklich andere dringende Aufgaben zu lösen. Das Anpassungskonzept ist schon vorgetragen worden, ich möchte das noch ergänzen um die wirklich riesigen Anstrengungen, die gerade in der Abteilung geleistet worden sind, um das Thema Pisa im Elementarbereich weiter voranzubringen.

Der Antrag, den Sie hier heute eingebracht haben, hat zum Ziel, die Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche zu stärken. In der Zeit dieser Legislaturperiode sind gerade auch im Kinder- und Jugendbereich sehr viele innovative Ansätze umgesetzt worden, zum Beispiel bei der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen als Experten bei der Gestaltung von Spielflächen oder Flächen in ihrer Lebensumgebung, also die Frage: Kinder, könnt ihr euch vorstellen, wo man noch etwas für euch umsetzen kann? Oder bei der Umgestaltung von Jugendfreizeithäusern, auch dort sind Workshops mit Jugendlichen gemacht worden, die sich hervorragend bewährt haben, bei denen Kinder und Jugendliche ihre Vorstellungen, ihre Kreativität voll entfaltet haben.

Genau in diese Richtung muss es weitergehen. Deswegen haben wir auch als Ressort seit 2001 kon-

tinuierlich unsere Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, in diese Richtung fortgebildet. Sie sind in der Lage, diese Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln, zu fördern, und das hat auch geradezu einen Schneeballeffekt ausgelöst.

Ein schwieriges und kompliziertes Thema, ein Thema, das bundesweit in der Diskussion ist, ist das Thema „Wahrnehmung politischer Rechte von Kindern und Jugendlichen“. Da gibt es auch sehr unterschiedliche Auffassungen. Das macht sich zum Beispiel fest am Thema „Wahlrecht mit 16“. Was ich sehr gut finde und was auch ein Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen ist, ist die Beteiligung in den Stadtteilbeiräten, weil da die Chance besteht, konkret ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Wir werden demnächst die Juniorwahlen 2003 auswerten. Das wird sicherlich noch einmal einen Schub – ja, das kommt! – in der fachlichen und politischen Debatte geben, so dass wir da sicherlich noch einmal ein Stück weiterkommen werden, was den Themenkomplex politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen betrifft.

Wir haben auch Erfahrungen gesammelt mit „Jugend im Parlament“. Das ist ein interessanter Beitrag zur politischen Jugendbildung, der sich jetzt auch noch einmal bei uns in den Deputationen niedergeschlagen hat. Dabei fand ich den Diskurs mit den Jugendlichen, Herr Oppermann, ausgesprochen spannend. Ich habe wahrgenommen, dass es Jugendliche gibt, die politisch und inhaltlich auch wirklich mitgestalten wollen. Wir müssen uns vornehmen, künftig stärker und stringenter mit unseren Möglichkeiten in den parlamentarischen Ausschüssen, in den Deputationen, vor allen Dingen aber auch im Jugendhilfeausschuss diese Wege der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen, wobei wir sehr sorgfältig darauf achten müssen, dass es eine wirkliche Beteiligung ist. Kinder und Jugendliche sind sehr sensibel dafür, sie spüren, ob es wirklich eine Auseinandersetzung ist, eine inhaltliche Annahme durch die Erwachsenen oder ob es nur eine symbolische Beteiligung ist. Das würde dann leider nicht zum Erfolg führen. Auch da sind wir also gefordert, die Kinder und Jugendlichen sehr ernst zu nehmen. Sie sind die wirklichen Experten.

Wir werden den geforderten Zwischenbericht selbstverständlich vorlegen. Ich denke, dass wir dann auch die Grundlagenvorbereitungen für eine Jugendenquête in der nächsten Legislaturperiode darstellen werden, wobei ich eben auch die Auffassung teile, eine wirkliche Enquete gehört mit einer finanziellen Ausstattung hinsichtlich der Ressourcen in ein Parlament. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(C)

(D)

- (A) Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1369 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

(Einstimmig)

Organspende im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002
(Drucksache 15/1333)

Als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.
Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Hammerström.

- (B) Abg. Frau **Hammerström** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir brauchen die Debatte heute nicht noch einmal zu führen. Ich möchte mich ganz herzlich beim Senat für die ausführliche Antwort bedanken und vor allen Dingen für das Abarbeiten, glaube ich, fast aller Punkte, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben.

Ich bitte Sie nur noch, Frau Senatorin, uns vielleicht gleich noch mitzuteilen, ob in Bremerhaven in den Einwohnermeldeämtern in der Zwischenzeit auch Organspendeausweise ausgelegt wurden. Sie hatten uns angekündigt, dass das für Anfang 2003 vorgesehen ist. Ich wollte das noch recherchieren, ich habe es aber leider nicht mehr geschafft.

Ganz hervorragend fanden wir die Initiative, die mit den Studenten der Hochschule für Wirtschaft gemacht wurde, in Diskotheken und in Kneipen in dieser Stadt diese kleinen Citycards, die selbst von den Studenten entwickelt wurden, auszulegen, um einfach auch für Jugendliche begreifbar zu machen, wie wichtig das Thema Organentnahme ist beziehungsweise einen Spenderausweis mit sich zu führen.

Es hakt noch ein bisschen an einem Punkt, aber da sind wir auch selbst gefordert: Wir sollten mit unseren eigenen Krankenkassen vielleicht noch einmal in Kontakt treten, so dass sie bundesweit versuchen, auch in ihren eigenen Publikationen die Organspende wieder zum Thema zu machen. Festhalten müssen wir, dass die Organspende weiter rück-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) häufig ist. In Bremen haben wir zwar gute Zahlen, aber auch die Zahlen gehen zurück, und insofern sollte man das Thema Organspende beziehungsweise die Bereitschaft dazu immer wieder zum Thema machen.

Insgesamt, glaube ich, ist die Senatsantwort eine gute Antwort. Ich schlage meinen Kollegen, die anschließend noch weiter in diesem Hause Politik machen, vor, dies zu einem ständigen Punkt zu machen, vielleicht alle paar Jahre einmal wieder, auch wenn es nur in kleinen Anfragen für die Fragestunde ist, damit das Thema einfach präsent bleibt und damit in den Köpfen der Menschen bleibt, wie wichtig es ist, Organspendeausweise mit sich zu führen und sich des Themas anzunehmen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt die Aktivitäten des Senats, über die Organspende breit gefächert zu informieren, um so die Organspendebereitschaft in Bremen und Bremerhaven deutlich zu erhöhen.

- (D) Im Bericht steht ja, dass wir höher liegen als im Durchschnitt, aber ich glaube, es ist noch lange nicht ausreichend, gerade, wie Frau Hammerström auch sagte, bei zurückgehenden Zahlen. Wenn man dann im Fernsehen die Berichte sieht, wie dringend notwendig Organspenden sind und wie viele Leute am Ende die Organspende, auf die sie warten, nicht mehr erreicht, ist das, glaube ich, ganz wichtig, dass hier eine ganze Menge getan wird. Wir begrüßen ausdrücklich die Aktivitäten im Bereich Schule und die damit verbundenen Unterrichtseinheiten ab Sekundarstufe II.

Dabei geht es nicht nur darum, sich ganz persönlich mit der lebensrettenden Organspende auseinander zu setzen, sondern auch um die Beschäftigung mit dem Thema Tod, ein Thema, das immer deutlicher in unserer Gesellschaft tabuisiert worden ist, weil Krankheit und Tod kaum noch im häuslichen Umfeld bewältigt werden. Kliniken, Pflegeheime und Hospizeinrichtungen stellen sich sehr engagiert und mit großer Kompetenz auf unsere Kranken und Sterbenden ein, und dafür danke ich im Namen der CDU-Fraktion all denen herzlich, die sich dieser schweren Aufgabe täglich neu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD –
Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den
Vorsitz.)

Wenn wir jetzt das Thema Organspende und damit das Sterben bereits in der Schule sensibel behan-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) deln, ist das auch ein Beitrag dazu, über Krankheit und Tod in unserer Familie und im engsten Freundeskreis zu reflektieren.

Eine Vielzahl kompetenter und verlässlicher Akteure hat sich bereit erklärt, an der Organspendekampagne mitzuwirken: Das sind die Arztpraxen, die Kassenärztliche Vereinigung, die Krankenkassen – sicherlich ist da noch mehr zu tun –, die Hochschulen, die Ortsämter und Einwohnermeldeämter sowie das Landesinstitut für Schule. Allen Beteiligten sage ich für die CDU-Fraktion unseren ganz herzlichen Dank für ihr Engagement, und ich hoffe, dass wir in Zukunft das erreichen, was wir erreichen wollen, dass wieder deutlich mehr Organe zur Verfügung stehen. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im Juni des letzten Jahres hier ausführlich über das Thema Organspende im Land Bremen geredet, deshalb werde ich auch aus Sicht der Fraktion der Grünen nur ganz kurz Stellung nehmen.

(B) Wir finden die Kampagne, die angelaufen ist, gut, und wir finden sie richtig, weil Menschen sich frühzeitig mit dem Thema Organspende auseinandersetzen, um dann selbstbestimmt eine Entscheidung treffen zu können. Aber ich denke, wir sollten zwei Dinge nicht aus den Augen verlieren: Die meisten Entscheidungen für oder gegen eine Organspende finden immer noch in den Krankenhäusern statt. Das erfordert eine hohe Fachkompetenz der Ärzte und des Pflegepersonals. Dafür brauchen sie Fortbildungen, aber ich denke, die Senatorin wird das auch mit in die entsprechenden Ausschüsse nehmen.

Zweitens: Finanzielle Anreize! Es wird immer wieder thematisiert, dass es finanzielle Anreize für Menschen geben soll, die ihre Organe spenden, zuletzt ist das im Dezember auf dem Kongress der Organtransplantation in München geschehen. Es wurde gesagt, dass es Steuererleichterungen und Rabatte auf Krankenversicherungsbeiträge geben soll, wenn sich Menschen bereit erklären, Organe zu spenden. Ich halte das für einen gefährlichen Weg. Eine Ökonomisierung der Organspende, denke ich, sollten wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen, wie es in manchen Ländern, zum Beispiel in Indien, dazu gekommen ist, dass manche aus ihren finanziellen Verhältnissen heraus ihre Organe verkauft haben, und schon deshalb, liebe Frau Hammerström, denke ich, sollten wir das auch immer

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

wieder zum Thema machen, weil diese Forderungen immer wieder kommen werden. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit der Drucksache 15/1333, mit dem sehr wichtigen Thema Organspende im Land Bremen. Meine Damen und Herren, leider ist das Thema Organspende ein Thema, über das nicht gern geredet wird, aber Organspende ist ein Thema, über das man gar nicht früh genug reden kann oder sogar reden muss, denn ein jeder sollte bedenken, dass auch er selbst in die Lage kommen kann, auf ein solches Organspenderherz, eine Niere oder andere Organe dringend und zwingend angewiesen zu sein.

Meine Damen und Herren, wie Sie es hier alle wissen, herrscht ein absoluter Notstand bei Organspenden, nur acht Prozent der Bremer haben einen Spenderausweis. Das bedeutet ein langes, oft vergebliches Warten auf zum Beispiel eine Spenderniere oder andere Organe. Die Wartezeit für eine Niere beträgt zirka sieben Jahre. Das ist zum Teil wie beim Glücksspiel oder Glückslos, und leider versterben viele Patienten, bevor ein geeignetes Spenderorgan gefunden werden konnte. Allein in Bremen warten zirka 300 Patienten auf eine Spenderniere. Bremen liegt zwar bei den Organspenden bundesweit an der Spitze, aber wie Sie es aus der von mir eben genannten Zahl von zirka 300 Nierenpatienten, die auf eine Spenderniere warten, ersehen können, reicht die Zahl der gespendeten Organe bei weitem nicht aus.

(D)

Meine Damen und Herren, das unangenehme Thema Organspende bedeutet den Tod als Gesprächsthema, und über den Tod redet man bekanntlich nicht gern. Deshalb wird das Thema Organspende leider so oft verschwiegen oder verdrängt. Aus dieser Verdrängung, aus dieser Angst heraus wissen viele Angehörige oft nicht, wie sie am Tag des Ablebens eines geliebten Menschen diesbezüglich entscheiden sollen.

Es ist unter diesen schmerzvollen Umständen sehr schwierig, den Tod eines geliebten Menschen seelisch zu verarbeiten, und es ist mehr als verständlich, wenn man dann seine Entscheidung hinauschiebt oder zu keiner Entscheidung kommt. Man sollte aber auch bedenken, dass in jedem dritten Fall einem Spender das geeignete Organ nicht entnommen werden kann, weil, wie ich eben erwähnt habe, die Familien die Einwilligung verweigern.

Ich sage es noch einmal: Es sollte jeder daran denken, dass er selbst einmal in eine solche schreckliche Lage kommen kann, dass ihm zum Beispiel eine Nierentransplantation das Leben retten könnte. Darum

(A) ist es dringend erforderlich, dass der Senat verstärkt die Bemühungen zur Erhöhung der Organspendebereitschaft in der Bevölkerung effektiver intensiviert.

Meine Damen und Herren, in der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1333, sind Sie im Ansatz schon auf dem richtigen Weg, aber ob diese im Ansatz richtigen Maßnahmen bedarfsgerecht ausreichen werden, mag ich doch sehr bezweifeln. Hier sind mit Sicherheit erheblich noch größere und effektivere Maßnahmen und Anstrengungen erforderlich, um eine Erhöhung der Organspendebereitschaft in der Bevölkerung zu intensivieren.

Leider ist es eine traurige und schreckliche Tatsache, dass der Mangel an Spenden und Spendern auch oft kriminelle und kommerzielle Anbieter auf den Plan ruft. Wir hatten das vorhin schon erwähnt. Da kostet im Ausland zum Beispiel eine Niere zirka 130 000 Dollar und so weiter. Es werden zum Beispiel in der Dritten Welt junge Menschen von einer skrupellosen Organmafia regelrecht unerträglich ausgeschlachtet, und das, meine Damen und Herren, ist nicht etwa ein schlechter Film, nein, es ist leider eine schreckliche, altbekannte traurige Tatsache.

Dem können wir nur entgegentreten und das bekämpfen, wenn wir alle gemeinsam zum Wohle vieler kranker Menschen die für sie lebensnotwendige Organspendebereitschaft in der Bevölkerung um ein Vielfaches erhöhen. Die Deutsche Volksunion ist jedenfalls hierzu bereit und begrüßt die im Ansatz richtigen Maßnahmen in der Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002. Ich fordere schnellstens eine politische Umsetzung der in der Mitteilung des Senats im Ansatz richtigen Maßnahmen. – Ich danke Ihnen!

(B)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bremer Krankenhäuser sind sehr motiviert, sehr sensibilisiert, was das Thema Organspende betrifft. Es ist zum Beispiel gelungen, dass jedes Bremer Krankenhaus aus freien Stücken einen Transplantationskoordinator bestellt hat. Es ist durchaus keine Selbstverständlichkeit. Von daher sind wir in Bremen, was die Krankenhauslandschaft betrifft, sehr gut aufgestellt.

Leider ist aber das wichtigste Ziel, möglichst viele Spenderinnen und Spender zu gewinnen, noch nicht so erfolgreich, wie wir uns das gern vorstellen. Oder mit anderen Worten: Noch immer erhält nicht jeder Mensch ein Spenderorgan, der dringend ein solches benötigt. Wir haben sogar mit steigenden Wartelisten zu tun. Die betroffenen kranken Menschen müssen mehrere Jahre lang warten, bis sie endlich das ersehnte Organ erhalten.

Alarmierend ist auch, dass bei jedem Dritten der potentiell geeigneten Organspender die Angehörigen

die erforderliche Erlaubnis zur Organentnahme nicht erteilen. Das liegt daran, dass sie oft verunsichert sind, weil sie nicht wissen, wie der tatsächliche Wille des Verstorbenen ist. Das hat nicht unbedingt etwas mit undifferenzierten Auseinandersetzungen mit dem Thema zu tun, das hat sehr häufig damit zu tun, dass das Thema angstbesetzt ist, dass auch sehr diffuse Befürchtungen auftreten. Das hängt wiederum mit Berichten zusammen, wie sie hier schon geschildert worden sind, die uns aus dem Ausland über unsere Medien erreichen. Man muss aber ganz klar sagen: In unserer Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen Grund, solche Befürchtungen oder Ängste zu haben. Es gibt ganz klare und eindeutige gesetzliche Regelungen, auf die sich die betroffenen Menschen, die sich für eine solche Spende entscheiden, verlassen können.

(C)

Es wird allerdings immer noch zu wenig in den Familien, mit den Lebenspartnern, mit den Arbeitskollegen, mit den Ärzten, mit Verwandten oder Freunden über das Thema Tod und auch über das Thema Organspende gesprochen. Das hat etwas mit dem Thema Tod und dessen Tabuisierung zu tun. Wir müssen es also schaffen, die Menschen dazu zu bringen, sich mit dem Thema auseinander zu setzen, die Hemmschwelle zu überwinden und sich eine individuelle Meinung zu bilden, ob sie eine solche Spende machen wollen oder nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die Initiative der Hochschule Bremen, Fachbereich Wirtschaft, hervorheben. Studentinnen und Studenten des Fachbereichs haben sich mit dem Professor zusammengesetzt und sich überlegt: Wie können wir dieses Thema insbesondere auch an junge Menschen heranbringen? Wie können wir junge Menschen dazu motivieren, sich mit dem Thema Tod und mit der Frage, wie kann ich Leben über Organspende retten, auseinander zu setzen? Dazu haben sie dann unter anderem diese Citycards entwickelt, die Sie vielleicht in der einen oder anderen Kneipe in Bremen oder Bremerhaven schon gesehen haben. Sie sind an über 200 Ausgabestellen mittlerweile verteilt, vielleicht sind sie aber auch schon vergriffen.

(D)

Ich möchte jeden Bremer und jede Bremerin, jeden Bremerhavener und jede Bremerhavenerin bitten, sich sehr intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen. Jeder sollte bedenken, dass er oder sie selbst einmal in eine solche Situation kommen kann, in der man händeringend zum Beispiel auf eine Spenderin wartet. Wer sich noch zu Lebzeiten dazu entschließt, mit einer Organspende einverstanden zu sein, der kann Leben retten. – Danke!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

(A) **Planungs- und Umsetzungsstand Kommunikationsquartier Faulenviertel – Neuer Standort für Radio Bremen und Medienbranche**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2003 (Drucksache 15/1347)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2003

(Drucksache 15/1374)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, dass das nicht nötig sein wird, so dass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Senator Hattig in Abwesenheit! Zwischen Wall und Weser soll ein neuer Standort für Radio Bremen als Kern und die Medienbranche entstehen. Wo das konkret entwickelt werden soll, sorgte in den letzten Wochen für den einen oder anderen Aufmacher in den Zeitungen, im Hörfunk und im Fernsehen. Die grüne Bürgerschaftsfraktion hat den Senat in einer Großen Anfrage nach dem Planungs- und Umsetzungsstand in Sachen Faulenquartier gefragt.

Aus der Sicht der Grünen ist die konkrete Grundstücksfrage das eine, das Wo also, die andere, aber viel wichtigere Frage aus unserer Sicht ist das Wann. Wir Grünen fordern vom Senat eine rasche und kluge Lösung im Interesse des Senders und des Landes, um die Zukunft des Senders zu sichern und die Arbeitsplätze im Land Bremen zu halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Radio Bremen wird bis Dezember 2005 seine bisherigen Standorte Hörfunk und Fernsehen aufgrund seines durch die Ministerpräsidenten um ein Drittel gekürzten Finanzbudgets zusammenlegen müssen. Ein solches Unterfangen braucht – Herr Focke ist jetzt leider nicht da, er hat heute Morgen gesagt, Investoren brauchen Verlässlichkeit –, also Radio Bremen als Investor braucht einen solchen konkreten und verlässlichen Umsetzungspartner. Hier bleibt der Senat in seiner Antwort viel zu vage, wie ich finde.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Bereits vor einem Jahr haben wir hier als grüne Bürgerschaftsfraktion den Senat aufgefordert, die nötigen Grundstücksfragen zu klären und die betreffenden Grundstücke zu sichern. Heutzutage ist das auch mit Vorverträgen relativ einfach möglich. In den letzten Wochen wurden wir den Eindruck wiederholt nicht los, dass trotz ausführlichster Debatten im vergangenen Jahr nicht zügig und mit Entschlossenheit gehandelt wird. Im Gegenteil! Man gewinnt den Eindruck, wir haben hier in Bremen alle Zeit der Welt, aber das ist weit gefehlt. Die finanziellen Rahmenbedingungen legen Radio Bremen geradezu Daumenschrauben an.

Am 10. Juni 2002 lag die von der Bremer Investitionsgesellschaft in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie der Firma Euroland für ein Medienzentrum in Bremen vor. Das Gutachten forderte Schnelligkeit in der Umsetzung ein und machte deutlich, dass ein Medienzentrum nur Sinn macht, wenn Radio Bremen der Kern ist. Sie erinnern sich vielleicht an das Sommertheater, wohin nun Radio Bremen soll. Herr Eckhoff sagte nichts, er wollte sich dazu nicht äußern und hat da ziemlich gemauert. Am 10. September nach reichlich Gerangel und zig Vertagungen im Senat beschloss der Senat endlich, ein privates Medienzentrum mit Radio Bremen als Hauptmieter im Faulenquartier zügig umzusetzen. „Jetzt“ war das Schlüsselwort im Eurolandgutachten. Das war gestern. Heute sollten wir zumindest vom Senat ehrliche Worte hören, wie weit das Vorhaben denn nun gediehen ist.

Zweitens, wir Grünen haben vor einem Jahr ein Quartierentwicklungskonzept gefordert, und das muss heute eigentlich hier schon auf dem Tisch liegen. Eine Mischung von Arbeiten, Ausbildung, Wohnen, Gastronomie und Tourismus muss mit einem Quartierentwicklungskonzept angegangen werden. Das Quartier muss städtebaulich neu durchdacht, aufgewertet und umstrukturiert werden. Frau Krusche hat am Dienstag schon darauf hingewiesen, ältere, schützenswerte Gebäude an der Schlachte sollten Zuschüsse für Fassadensanierung erhalten, Branchen müssen umgestaltet werden.

Ein solches Stadtentwicklungskonzept für das Faulenquartier muss eine Baukastenentwicklung möglich machen, also heute Radio Bremen, morgen ein Gründerzentrum oder parallel, und in einigen Jahren können dann auch andere folgen. Wenn wir Leute für den Standort in der City begeistern wollen, muss es eine offene Debatte geben. Kommunikationsquartier könnte der Senat auch einmal wörtlich nehmen und ein Stadtentwicklungskonzept in der Stadt auch einmal diskutieren lassen mit allen Beteiligten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stichwort Gründerzentrum im Medienzentrum! Unstrittig ist, wir brauchen ein Gründerzentrum, wel-

(C)

(D)

(A) ches drei Prämissen folgt. Das sind aus Sicht der Grünen folgende: Erstens, die Mieten müssen zwischen fünf und sechs Euro pro Quadratmeter liegen, damit sie für Existenzgründer bezahlbar sind, es müssen funktionale Räume sein, und die Nähe zu Radio Bremen muss gegeben sein, damit die Leute auch ins Faulenquartier kommen.

Die Frage ist, ob sich ein solcher Mietpreis in einem Neubau erreichen lässt. Vielmehr ist zu vermuten, dass sich ein Gründerzentrum, wie von uns bereits vor einem Jahr vorgeschlagen, zum Beispiel im Bamberger-Kaufhaus einfacher realisieren ließe, weil das Haus dasteht, es ist nicht baufällig, und man könnte dort ziemlich schnell ein Gründerzentrum installieren. Vielleicht kommen wir darauf in der Debatte noch einmal zu sprechen. Ich glaube, dass in einem Neubau der Mietpreis von fünf bis sechs Euro nicht zu erreichen ist, das ist meine Meinung an dieser Stelle.

Drittens muss heute der Senat nun einmal endlich sagen: Gibt es einen großen anderen Investor außer Radio Bremen, der das Wesergrundstück kaufen will, oder gibt es ihn heute nicht? Gesetzt den Fall, es gibt ihn nicht, muss auf jeden Fall aus Sicht der Grünen das Parkhaus an der Diepenau, das Parkhaus auf dem Sahngrundstück an der Weser oder mit Weserblick, komplett abgerissen werden.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Parkhaus ist nur zu 50 Prozent ausgelastet und ist an seinem jetzigen Standort völlig deplatziert. Modelle, die einen Umbau, davor warne ich nur, oder ein Teilparkhaus vorsehen und da oben vielleicht Büros aufstocken wollen, lehnen wir heute ab. Ein modernes und besser ausgelastetes Parkhaus könnte viel besser auf dem verkehrstechnisch gut gelegenen Eggers-und-Franke-Grundstück liegen. Das ist ein Vorschlag, den wir bereits vor einem Jahr gemacht haben.

Punkt vier, Projektentwicklungsgesellschaft! Der Senat hatte gemeinsam beschlossen, dass es eine Projektentwicklungsgesellschaft geben sollte, die trug den schönen Namen „Kommunikationsquartier“. Die Senatsantwort erstaunt doch ziemlich, denn diese angekündigte Projektentwicklungsgesellschaft hat ihre Arbeit überhaupt nicht aufgenommen. Hier ist die Frage zu klären, ob der Senat eine solche Projektentwicklungsgesellschaft für überflüssig hält.

Ich halte das für ziemlich fahrlässig, denn wenn man sich erfolgreiche Technologiestandorte oder Medienzentren anschaut, dann weiß man, dass gerade solche Entwicklungsgesellschaften, die einen Prozess in Gang setzen und auch andere für den Standort interessieren, sehr wichtig sind und dass gerade Medienzentren besonders erfolgreich sind, wenn sie nicht auf eine solche Entwicklungsgesellschaft verzichten. Jedes gut funktionierende Medienzentrum,

jeder gut funktionierende Technologiepark hat einen Quartiermanager, und den braucht das Faulenquartier heute auch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor einem Jahr haben wir den Antrag gestellt, Grundstücksfragen zu klären, um eine rasche Lösung möglich zu machen. Ich habe eben schon auf das Geeiere der CDU hingewiesen und auf das unsägliche Schwarze-Peter-Spiel, das dann hier vonstatten ging. Die einen sagten, der Sender muss sich erklären, die anderen sagten, die Politik muss sich erklären. Wir haben damals eine Lösung vorgeschlagen, die der Senat nicht ausgewählt hat. Ich halte sie aber nach wie vor für eine gute Lösung, über die man nachdenken muss. Wir hatten vorgeschlagen, das Parkhaus Diepenau abzureißen, das Saturn-Kaufhaus hinzuzunehmen und dort ein Gebäude zu bauen, in dem Radio Bremen angesiedelt wird, und im Bamberger-Kaufhaus eben ein Gründerzentrum zu starten.

Der Senat hat sich für eine andere Lösung entschieden. Er ist heute in der Pflicht zu erklären, wie weit er damit ist. Ich halte nach wie vor die Lösung, die die Grünen vorgeschlagen haben, für eine nicht so schlechte, zumal auch das MCI-Gutachten, welches Radio Bremen in Auftrag gegeben hatte, darauf hingewiesen hat, dass der Sender besser arbeiten kann, wenn Hörfunk und Fernsehen in einem Gebäude zusammengefasst werden und man die Arbeitsprozesse besser strukturieren kann. Das sehe ich mit den beiden Insellösungen, ich sage einmal Bamberger und Saturn, nicht so richtig. Die Brücke, die da geplant ist, überzeugt mich auch städtebaulich nicht recht.

Ich möchte vom Senat heute eine klare Antwort hören, wie weit der Senat bei der Ansiedlung von Radio Bremen im Faulenquartier ist. Die Grünen fordern heute hier eine rasche Lösung, und das muss bis Ende März hier über die Bühne gebracht worden sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! So eine Brücke ist eigentlich auch ganz nett!

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Die Fraktion der Grünen hat sich in ihrer Anfrage nach dem Planungs- und Umsetzungsstand des Kommunikationsquartiers, Faulenquartier, neuer Stand-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) ort für Radio Bremen und die Medienbranche erkundigt, wie da der Sachstand ist, was ich vernünftig finde. Ich frage mich das ja manchmal auch.

Wir wissen alle, dass Radio Bremen beschlossen hat, Rundfunk und Fernsehen zusammenzulegen. Die veränderten Finanzbedingungen für Radio Bremen fordern eine zügige Umsetzung bis 2005. Ich komme dazu gleich auch noch, auch auf die Vorwürfe von Frau Stahmann mit der zügigen Umsetzung. Es wurden ja schon frühzeitig Gutachten erstellt, wo es vernünftig wäre, Radio Bremen anzusiedeln und gleichzeitig natürlich dann auch für eine Belebung von Quartieren zu sorgen. Der Senat hat sich in seinem Beschluss dann für das Faulenquartier als bevorzugtes Gebiet ausgesprochen.

Dazu möchte ich sagen, mich hatte im Vorfeld, Sie sagen ja immer vor einem Jahr, persönlich die ganze Diskussion insoweit gestört, dass im Grunde genommen noch keiner so richtig wusste, was wir jetzt wollen, aber wo wir das denn wollen, das wussten wir schon alle hundertprozentig. Ich weiß nicht, ob das die richtige Diskussion ist, aber wir sind nun einmal in Bremen, und die Diskussion ist nun einmal so gelaufen. Der Senat hat dann einen Beschluss gefasst. Wir sind auch im Senat vertreten.

(Heiterkeit – Abg. D r . G ü l d n e r
[Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

(B) Die große Koalition hat diesen Beschluss gefasst, dass man ein modernes Medienquartier Stephani entwickeln möchte und das auch ein Schlüsselprojekt für die weitere Aufwertung der Bremer Innenstadt sein soll.

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Es liegen jetzt zwei städtebauliche Konzepte als Entwicklungsschwerpunkte vor, einmal südlich und einmal nördlich der Faulenstraße. Das südlich der Faulenstraße umfasst das Gebiet des ehemaligen Kaufhauses Saturn Hansa und das Parkhaus Diepenau, das nördlich gelegene das Gebiet mit den Bürohäusern, Bamberger-Haus, Eggers und Franke und Deutscher Ring. Jetzt muss natürlich hier immer zwischen städtebaulichen Aspekten und wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Investoren abgewogen werden.

Jetzt kommen wir zu Ihrem Vorwurf, warum nicht schon frühzeitig eine Entscheidung getroffen oder dem Investor gesagt wurde, wo es langgehen soll, wie wir es machen wollen. Bis September wussten wir doch noch gar nicht, wie der Investor, sprich Radio Bremen, überhaupt finanziell über die ARD Strukturhilfen bekommt, in welcher Größenordnung und was wir machen. Eines war uns doch von vornherein klar, das war hier, glaube ich, auch Konsens – ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist, jedenfalls war

es bei uns so –, dass wir aus ordnungspolitischen Gründen eine Subventionierung von Radio Bremen nicht mitmachen können, weil es nicht erlaubt ist.

(C)

Deswegen wundert mich so ein bisschen der Zeitplan. Das mag natürlich alles sein, dass wir sagen, das wollen wir alles. Nur, die Frage, wie es finanziert werden soll, muss dann auch erst einmal geprüft werden. Ich muss ehrlich sagen, wenn man sich überlegt, im September hat Radio Bremen gesagt, die Anstalt bekommt 64 Millionen, im Dezember ist der Beschluss gefasst, bis Ende März soll das abgeschlossen sein, da bin ich der Meinung, ich kenne hier Projekte in dieser Stadt, die schon bedeutend langsamer gelaufen sind.

Zu Radio Bremen möchte ich sagen, es gab natürlich auch Projekte, die schneller gelaufen sind, aber manchmal auch unglücklich gelaufen sind. Das muss man auch sagen, und man muss auch aus Schaden klug werden.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: In welche Kategorie gehört das jetzt?)

Nein, das nur so am Rande! Das Problem ist, Sie verlangen, wir als Politiker oder der Senat oder von mir aus der Wirtschaftssenator muss sagen, wo es langgeht, aber Radio Bremen muss auch endlich einmal konsequent sagen, was sie denn jetzt wollen. Von Herrn Glässgen habe ich ehrlich gesagt auch noch nie so richtig gehört, ich will jetzt dies, ich möchte jetzt an diesen Standort. Das ist klar, da ist ja immer der Vorbehalt der Finanzierung.

(D)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Es gab doch eine Einigung!
Es gab doch eine gemeinsame Pressekonferenz!)

Ja, was hat er denn darin gesagt? Das sehen Sie auch in der Antwort des Senats, darin steht, dass die erste Lösung gewählt wurde, also die südliche, und es ist doch so, mit Radio Bremen ist dieser Senatsbeschluss abgestimmt. Darin steht, was erste Priorität hat. Das steht da so, das ist im Senat so beschlossen worden. Wenn das darin steht, gehe ich davon erst einmal aus, dass das die Wahrheit ist.

Jetzt hört man aber wieder, dass Radio Bremen das vielleicht doch wieder anders sieht. Das ist die Frage! Wir haben nun wirklich dieses Thema Medienzentrum über die Zeitung ausgetragen. Das wurde wirklich publik, aber es kam noch nie eine konkrete Aussage von Herrn Glässgen, die vielleicht längeren Wert als zwei Wochen hatte.

(Heiterkeit)

Ich will jetzt auch nicht negativ Herrn Glässgen ansprechen. Er hat im Moment sowieso große andere

(A) Sorgen. Das weiß ich auch, dass das alles nicht so einfach für ihn ist.

Ich möchte aber nur noch einmal festhalten, es wird in den nächsten Tagen und Wochen noch eine Diskussion geben, wo es nun langgeht. Wir sind da, bin ich der Meinung, noch in einem sehr guten Zeitrahmen. Stichtag müsste der 31. März 2003 sein, das sehe ich eh nicht.

Aber eines ist auch klar, eine zusätzliche Subventionierung darf es und kann es mit der CDU nicht geben.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil ihr auch kein Geld habt!)

Es sind Erfahrungswerte, auch wenn Sie sich einmal Sachsen-Anhalt anschauen, was da gelaufen ist, das geht schon haarscharf, und da kennen Sie sich ja aus, Frau Linnert, an europäisches Recht mit Subventionierungen. Da gab es richtig Probleme. Man hat damals gesagt, na gut, das waren die neuen Bundesländer, die wussten das noch nicht besser. Da haben sie noch einmal ein Auge zgedrückt. Aber Sie wollen uns doch nicht erzählen, dass nicht irgendjemand hier, gerade auch in der Bundesrepublik, das ganze Projekt beäugt. Da müssen wir wirklich aufpassen. Dann wird das auch eine vernünftige Sache, und wir werden dann einen vernünftigen Standort für Radio Bremen und das Medienkompetenzzentrum finden. Dann werden wir das alle gemeinsam eröffnen und uns freuen, und alles wird gut! – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Eröffnung möchte ich auch gern teilnehmen,

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ich möchte auch, dass wir den Zeitplan einhalten. Wir haben jetzt die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Grünen, und das ist die Grundlage der Debatte, die wir hier heute führen können und müssen. Wir haben den Senatsbeschluss vom 10. September 2002, und wir haben im Moment die Situation, dass Senat und BIG die notwendigen Voraussetzungen schaffen müssen. Dass es um die Aufwertung und Entwicklung des Faulenquartiers geht zu einem modernen Medienquartier Stephani, wie es jetzt heißt, das ist unbestritten, und das ist auch nicht in Frage zu stellen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Von besonderer Bedeutung dieses Quartiers ist, wie ich finde, die äußerst günstige Lage zwischen der Innenstadt und der Überseestadt. Wir haben vor, auch mit den alten Hafenvierecken, durch diese Entwicklung des Faulenquartiers zu einem modernen Medienzentrum entsprechende Voraussetzungen für die Anknüpfung, Anbindung Überseestadt – Innenstadt zu schaffen. Deshalb ist es aus stadtentwicklungspolitischen Gründen, aber nicht nur aus diesen, eine äußerst gute, sinnvolle und attraktive Lösung, wie ich finde und hoffe, für alle Beteiligten.

Im Mittelpunkt, meine Damen und Herren, steht dabei natürlich die Ansiedlung Radio Bremens als Nukleus oder als Ankermieter für die Ansiedlung von unternehmensbezogenen, kreativen Mediendienstleistungen. Dienstleistungen, Gründerzentrum, das ist das, was man sich da vorstellen kann und muss.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Muss nicht! Kann!)

Sie dürfen mich nicht korrigieren, das ist meine Meinung, Herr Teiser!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Nein, ich sage, muss nicht, kann! – Heiterkeit bei der CDU)

Kann und muss!

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Teiser kann, andere müssen!)

(D)

Die thematische Schwerpunktsetzung ist dabei wichtig und unabdingbar, nämlich um ein für Bremen aussichtsreiches Entwicklungskluster zu etablieren. Das ist das, was wir für solche Gebiete fordern und was auch hier vom Senat in seiner Antwort auf die Große Anfrage aufgenommen worden ist. Das ist das Aussichtsreiche, was man tun kann. Es ist unbestritten, es wird auch von allen wissenschaftlichen Instituten und auch Wirtschaftsinstituten, die untersuchen, entsprechend so empfohlen, dass man sich auf ein Entwicklungskluster konzentriert.

Meine Damen und Herren, Radio Bremen kann nicht ohne die Stadt, und die Stadt kann nicht ohne Radio Bremen in diesem Quartier. Insofern gibt es einen Abhängigkeitsprozess. Beide sind aufeinander angewiesen und müssen miteinander die Lösung finden, die für beide die sinnvollste und beste ist. Ich kann auch unterstreichen, was von meinen Vorrednern gesagt worden ist, Arbeitsplatzschaffung, es geht um viele andere Dinge. Einiges habe ich ergänzend dazu ausgeführt, deshalb brauche ich das nicht zu wiederholen.

Natürlich geht es auch darum, einen bestimmten Zeitrahmen einzuhalten. Radio Bremen hat immer ganz besonders darauf gedrängt oder auch der Intendant Herr Dr. Glässgen, dass dieser Zeitrahmen eingehalten wird.

(A) Das bedeutet eine gemeinschaftliche Aktion derjenigen, die dieses Quartier entwickeln wollen mit den vielen Chancen, die sich daraus für uns bieten, die genannt worden sind, mehrfach schon debattiert worden sind, übrigens auch hinlänglich in der Öffentlichkeit, Frau Kollegin Stahmann. Sie müssen sich miteinander einigen, aufeinander zu bewegen und unverzüglich, wie ich auch finde, zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Ich glaube, eine lange Debatte ist für dieses Projekt nicht hilfreich. Dabei gibt es viel zu prüfen, zu regeln, es geht um Grundstückspreise, es geht um Mieten, und es geht um Investitionen, das kann man nicht einfach links umschalten, und rechts herum geht es dann los oder umgekehrt, sondern das ist ein sorgfältiger Abwägungsprozess, meine Damen und Herren, und darauf legen wir auch Wert, dass es ein sorgfältiger Abwägungsprozess bleibt, um dann die Erfolge zeitigen zu können, die wir uns alle vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es nicht um ein oder zwei Tage, sondern genau darum. Das ist die Linie, die die sozialdemokratische Fraktion in dieser Frage vertritt. Gut daran finde ich auch, und darin möchte ich die BIG und die WfG auch weiter unterstützen, dass sie bereits heute Marketing für das Faulenquartier betreiben, um ansiedlungswillige Unternehmen oder Interessenten aufmerksam zu machen auf diese Entwicklungschancen und nicht nur Chancen, sondern auf diese attraktive Gestaltung, das Tor zwischen Überseestadt und Innenstadt, das endlich die Chance hat, sich auch so darzustellen, wie die Besucherinnen und Besucher das erwarten, die Bremen erreichen möchten.

Wir wollen den Tourismus stärken, dafür ist das Faulenquartier, wie ich finde, eine unabdingbare Voraussetzung, und daran wollen wir unseren guten Teil mitarbeiten und mit tragen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch aus der Sicht des Senats noch einmal die relevanten Fakten: Radio Bremen ist aufgrund der Neustrukturierung des ARD-internen Finanzausgleichs gezwungen, die Betriebskosten des Senders deutlich zu senken. Aus der Kostensenkung ergibt sich die Notwendigkeit zur Zusammenlegung der Standorte Hörfunk und Fernsehen an einem einzigen Ort.

Die Bremer Medienbranche ist während der vergangenen Jahre stark gewachsen. Zahlreiche Unternehmen wünschen sich die Konzentration von

Medienschaffenden möglichst in Verbindung mit dem, wie es hier genannt worden ist, Nukleus Radio-Bremen-Neubau. Vor diesem Hintergrund hat der Senat im Februar 2002 eine Machbarkeitsstudie für ein Medienzentrum in Bremen beauftragt zu erstellen. Diese Machbarkeitsstudie erfolgte unter der Prämisse: Standort offen! Parallel dazu, Wunsch des Senats, das Faulenquartier städtebaulich aufzuwerten!

Nach Vorlage der Machbarkeitsstudie: Ergebnis dieser Studie war, Investition im Faulenquartier ist sinnvoll, signalisierte Radio Bremen Bereitschaft zum Umzug in das Faulenquartier. Die Prüfung unterschiedlicher Nutzungsvarianten ergab als effektivste Möglichkeit, auch unter dem Gesichtspunkt der angestrebten Quartiersaufwertung, die Variante „Verbindung“, unter Einbeziehung der Immobilien Bamberger-Haus, Deutscher Ring und Saturn Hansa. Am 10. September 2002 erteilt der Senat der BIG den Auftrag zur Sicherung der entsprechenden Grundstücke mit dem Ziel der Möglichkeit eines gleichzeitigen Ankaufs.

Das waren die Voraussetzungen. Jetzt zu den Ergebnissen! Der Senat hat sich am 4. Februar 2003 mit dem Sachstand befasst und hat entschieden, die BIG soll gemäß Senatsbeschluss vom 10. September 2002 die formalen Voraussetzungen zum zeitgleichen Ankauf der erforderlichen Grundstücke schaffen.

Parallel dazu laufen zwischen dem Senat, der BIG und Radio Bremen intensive Gespräche, in deren Rahmen noch einmal unterschiedliche Varianten der Ausgestaltung eines Medienzentrums im Faulenquartier geprüft werden. Eine solche Willensbildung fällt eben nicht vom Himmel. Nach wie vor liegt das Interesse der Freien Hansestadt Bremen an einer Lösung, die zugleich eine Initialzündung zu einer städtebaulichen Entwicklung des Faulenquartiers darstellt.

Jetzt fasse ich zusammen. Erstens: Der Senat hat, um abschließend eine zielorientierte Entscheidung zu ermöglichen, die Voraussetzungen für den notwendigen Grundstückserwerb geschaffen. Zweitens: Die Grundstücke können gekauft und bebaut werden. Drittens: Unverändert wird angestrebt, dass die endgültigen Entscheidungen und das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Umzug von Radio Bremen und einem zu schaffenden Medienzentrum im Faulenquartier bis zum 31. März dieses Jahres getroffen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wenn ich Herrn Strohmann lausche, so denke ich, bestimmte Debatten sind wohl an der CDU vorbeigegangen, denn es ging in keiner Weise darum, dass das Land Bremen den Umzug von Radio Bremen subventioniert. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns entschlossen, als Politik, Jens Böhrnsen hat das eigentlich auch noch einmal ganz Klasse auf den Punkt gebracht, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, und zwar das Faulenquartier zu entwickeln, eine Perspektive für Radio Bremen zu bieten und der Medienbranche ein Entwicklungszentrum anzubieten. Das ist richtig gewesen, und das halten die Grünen auch nach wie vor für politisch geboten.

(Zuruf von der CDU)

Radio Bremen war innerhalb der ARD erfolgreich, da haben Sie Recht. Radio Bremen hat 64,4 Millionen Euro nach Bremen gebracht, ist also ein großer Investor, der sagt, ja, ich suche einen neuen Standort. Aber wenn ich Senator Hattig lausche und zwischen den Sätzen höre, so scheint irgendwie nichts klar zu sein, was jetzt die Grundstücksfrage angeht. Da habe ich mir einfach nach einem Jahr mehr versprochen, denn wenn ich Henning Scherf gestern höre, der sagt, wir hätten den Beweis geliefert, dass eine große Koalition für Bremen wichtig ist, dann kann ich heute zurückschießen und sagen, Sie liefern mir heute gerade den Beweis zu sagen, hier sehe ich genau den Punkt, der zeigt, was eine große Koalition nicht schafft, nämlich eine Schnelligkeit an Entscheidungen und eine Entschlossenheit in dieser so wichtigen Frage für Radio Bremen und für das Land.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Hattig, beim „First Tuesday“ bei Radio Bremen vor Ort haben Sie auf der Pressekonferenz, an der Sie mit Henning Scherf und Intendant Glässgen teilgenommen haben, lächelnd verkündet: Der Investor sagt, wohin es geht. Ich erwarte von Ihnen als Wirtschaftssenator, dass Sie in der Lage sind, mit dem Investor Radio Bremen die Standortfrage bis zum März abschließend zu klären und die Sache über die Bühne zu bringen.

Für die Grünen ist das keine Lappalie, wir treffen uns hier im April noch einmal. Ich bin auch durchaus bereit, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, und ich werde überprüfen, wie weit denn die große Koalition es schafft, jetzt diesen Push in der Sache voranzubringen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Und Radio Bremen!)

Das gilt für Radio Bremen natürlich auch, Jens Böhrnsen hat völlig Recht! Aber ich setze schon darauf, dass zwei erwachsene Männer oder auch die Gremien in dieser Stadt das schaffen. Ich habe gesagt, Sie sind zum Handeln und zum Entscheiden angetreten, das haben Sie sich vorgenommen. Dann sollen Sie das auch bitte schön in dieser Sache machen, und das gefälligst schnell!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann mir das erlauben, wir schaffen sowieso keinen anderen Tagesordnungspunkt mehr. Aber das kann ich nicht auf mir sitzen lassen!

Liebe Frau Stahmann, Sie sagen immer, diese einjährige Diskussion, das ist ja alles gut und schön!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Es sind zwei Jahre!)

Ja, mittlerweile sind es vielleicht schon zwei Jahre, aber Radio Bremen bekam die Investitionszusage der ARD im September 2002, das war noch nicht vor einem Jahr.

Wir können hier von mir aus Projekte, die wir in zehn Jahren vielleicht einmal machen wollen, in einer Euphorie und einer Diskussionswut hier natürlich breittreten, von mir aus auch über die Medien diskutieren. Aber solange wir und Radio Bremen als Investor, wie Sie eben auch zu Recht gesagt haben, noch nicht sagen konnten, wie es überhaupt finanziell aussieht,

(D)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Nein, der Space-Park!)

können wir doch nicht sagen, wir gehen dahin, ist egal, was es kostet, da schauen wir dann einmal! Das ist doch keine Ausgangslage.

Der Space-Park ist doch eine ganz andere Kiste! Das war ja gerade umgekehrt, da ist jemand gekommen, das will ich auch jetzt einmal feststellen, und hat gesagt, ich lege das hier auf den Tisch, mache die Infrastrukturmaßnahmen. Wenn wir es hier genauso wie beim Space-Park machen, einmal unabhängig vom Ergebnis, das wird hier in dieser Stadt nur immer falsch diskutiert. Die Stadt hat hier Infrastrukturmaßnahmen dazu geleistet, aber es ist ein privater Investor gekommen. Das ist der richtige Weg.

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Sie sehen das natürlich anders, aber die EU hat ja Recht gegeben. Wenn es so ist, dann sind wir auch zufrieden.

Eines will ich auch noch sagen, die CDU hat nie bestritten, dass wir Radio Bremen konzentrieren wollen, dass sie effektiver arbeiten wollen, und wir haben nie gesagt, wir wollen das Faulenquartier nicht, das geht jetzt in die Märchenwelt. Nein!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Doch!)

Wir haben nur gesagt, wir müssen das prüfen, ob es finanziell machbar ist, weil wir genau dieses Prinzip haben, die Infrastruktur kann die Stadt machen, das muss sie machen, das ist ihre Aufgabe, aber investieren muss dann jemand anderes, ein privater Investor, wer auch immer es ist. So, um das nur einmal klarzustellen! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/1374 auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

(B)

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Artikel 8 (Recht auf Arbeit und freie Berufswahl)

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 28. Januar 2003
(Drucksache 15/1355)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Mäurer.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Antrag der Deutschen Volkunion, Drucksache 15/1355, Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Artikel 8, Recht auf Arbeit und freie Berufswahl, bitte ich, die Aufnahme von Schutz des Menschen gegen Gewalt und Terror am Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz, auch an Schulen als Staatsziel in der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen heute zu beschließen.

Meine Damen und Herren, nachdem wir die Aufnahme der Kinderrechte als Staatsziel in unsere Lan-

desverfassung im Januar 2003 beschlossen haben, halte ich es für dringend erforderlich, dass auch Erwachsene und Jugendliche vor Gewalt, Terror und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und an Schulen durch Aufnahme in unsere Landesverfassung besonders geschützt werden. Ich werde das Wort Mobbing durch die Wörter Belästigung oder Terror ersetzen, weil ich es für unmöglich halte, wie unsere schöne deutsche Sprache in allen Bereichen durch völlig unnötige Anglizismen „verhunzt“ wird.

Meine Damen und Herren, Belästigung, Terror, oft auch gewalttätige Belästigung am Arbeitsplatz und in Schulen – –.

(Unruhe – Glocke)

Kann ich weitermachen? Das freut mich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner mehr Aufmerksamkeit zu schenken!

Abg. **Tittmann** (DVU): Dies stellt für Erwerbstätige und Schüler in Deutschland ein sehr großes Problem dar. Belästigung und Terror am Arbeitsplatz verursachen sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebe sehr hohe Kosten. Zudem ist jegliche Form von Terror als moralisch verwerflich auf das Schärfste zu verurteilen, da Belästigung am Arbeitsplatz und Schulen auf Unterdrückung, Demütigung, Bedrohung und Ausgrenzung einzelner wehrloser Menschen aufgebaut ist mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen für die Betroffenen. Es kommt bei den Betroffenen nicht selten zu schweren Konzentrationsschwächen, Nervosität, Verkrampfung, Müdigkeit, Schlafstörung, schweren Depressionen und anderen sehr schweren seelischen Störungen. Wir können und wir dürfen solche Belästigungen nicht als harmlosen Spaß hinnehmen und einfach so akzeptieren.

Dass meine Ausführungen richtig sind, werde ich Ihnen wieder anhand von Zahlen und Fakten belegen. Herr Präsident, ich darf zitieren, da schreibt die „Bild“: „Terror am Arbeitsplatz“ – –.

(Lachen bei der SPD – Glocke)

Ich weiß gar nicht, was Sie daran so lustig finden, wenn Leute belästigt werden!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte doch, dem Abgeordneten Tittmann in den letzten Minuten mehr Aufmerksamkeit zu zollen!

Abg. **Tittmann** (DVU): „Terror am Arbeitsplatz! Schon zehntausend Bremer leiden darunter.“ Dass Ihnen das egal ist, das glaube ich!

Oder aber die Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 11. Juni

(C)

(D)

(A) 2002: „Jeder neunte Mitarbeiter ist in seiner Berufslaufbahn schon einmal belästigt worden. Belästigung ist kein Randphänomen der Arbeitswelt. Aktuell sind in Deutschland 2,7 Prozent, also über 800 000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, von Belästigung betroffen.“ Das geht aus einer repräsentativen Studie für die Bundesrepublik Deutschland hervor, meine Damen und Herren.

Wenn Sie das so lustig finden, dann tun Sie mir Leid. Wie Sie ersehen können, kann jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin, Schüler, Schülerin Opfer einer derartigen Belästigung werden. Dem muss dringend, auch gesetzlich, begegnet werden. Darüber hinaus gibt es viele andere Möglichkeiten, Belästigung zu unterbinden, zum Beispiel an Schulen, indem man das Thema Belästigung, Terror und Gewalt – Gewalt an Schulen ist ein sehr gutes Thema – in Konferenzen, Klassenzimmern, im Lehrerzimmer, an Elternabenden oder an Projekttagen immer und immer wieder anspricht und diskutiert und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen umsetzt.

Auch am Arbeitsplatz sollten alle Beschäftigten für das Problem Belästigung und Terror am Arbeitsplatz sensibilisiert werden. Es müssen unabhängige Anlaufstellen für die Beschäftigten in Bezug auf Terror und Belästigung am Arbeitsplatz in allen Betrieben eingerichtet werden. Umfang und Art des Problems müssen untersucht werden, und selbstverständlich muss auch die Vertraulichkeit gewahrt bleiben und viele Dinge mehr. Sie sehen, meine Damen und Herren, hier ist also dringender Handlungsbedarf erforderlich.

Nun bin ich auch schon sehr auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Gewerkschaftsmitglieder gespannt. Wenn Ihnen die vielen Belästigungen und das schlimme Schicksal vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht egal sind, dann stimmen Sie diesem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, es wird wohl niemand bestreiten, dass es die von Ihnen geschilderten Phänomene am Arbeitsplatz und in der Schule wirklich gibt.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Und warum wird darüber gelacht?)

Allerdings glaube ich, dass die Betroffenen etwas anderes brauchen als Ihre Ausführungen hier in der Bürgerschaft. Damit, dass Sie hier Ihre Tiraden abhalten, ist, glaube ich, keinem am Arbeitsplatz wirklich geholfen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es kommt hier auch weniger darauf an, neue gesetzliche Grundlagen zu schaffen oder die Verfassung zu ändern, sondern es kommt darauf an, wirkungsvollen Schutz für den Einzelnen in der konkreten Situation zu schaffen.

Ich denke, dass es da schon eine ganze Menge Ansatzpunkte gibt, und erinnere an die Programme zu der Streitschlichtung, zu einer Gewaltprävention in den Schulen. Ich weise darauf hin, dass Gewerkschaften und Betriebsräte für die Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen zuständig sind, die möglicherweise Opfer von solchen Belästigungen am Arbeitsplatz werden. Ich erinnere daran, dass es in vielen Betrieben auch Initiativen der Betriebsräte und der Gewerkschaften gegen diese Phänomene gibt. Besonders hervorheben möchte ich, dass es zum Beispiel bei Daimler-Chrysler in Bremen, wo eine sehr multinationale Belegschaft ist, immer wieder Initiativen gibt, um ausländerfeindliche Parolen zum Beispiel am Arbeitsplatz und in den Toiletten und Ähnliches zu entfernen.

Ich glaube, dass das sehr wichtige Ansatzpunkte sind. Diese Ansatzpunkte müssen ausgebaut werden, das, glaube ich, können die Betroffenen und ihre Organisationen auch natürlich mit Unterstützung der entsprechenden staatlichen Stellen, Möglichkeiten und Rechte allein, und dazu brauchen wir nicht Ihre Ausführungen, Herr Tittmann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ziegert, Ihre Initiativen reichen bei weitem nicht aus, und den Arbeitnehmerinnen ist auch nicht mit leeren Worthülsen geholfen. Nach Erkenntnissen von Arbeitsmedizinern gehen zirka 40 Prozent der Belästigungen von Vorgesetzten aus.

Der gesamtwirtschaftliche Schaden, der sich aus schwacher Mitarbeiterbindung, hohen Fehlzeiten und niedriger Produktivität ergibt, beträgt sage und schreibe rund 220 Milliarden Euro. Die Rechtslage ist unklar, da sich Belästigung und Terror durch den Chef nur sehr schwer nachweisen lassen. Aus diesem Grund sollten Sie diesem Antrag der Deutschen Volksunion zum Wohle und Schutz vieler Beschäftigter zustimmen.

Nun frage ich Sie, Frau Ziegert: Muss ein Staat nicht zusammenbrechen, wenn ihm ein Schaden in Höhe von 220 Milliarden Euro jährlich zugefügt wird? Wenn man, wie Sie es selbst symbolisch in der letzten Sitzung gesagt haben, gewaltfreie Erziehung in der Landesverfassung gesetzlich verankern will, dann muss es doch wohl auch möglich sein, meinen

(C)

(D)

(A) Antrag zur Änderung der Landesverfassung, Artikel 8, zum Schutz vieler Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Schüler ebenfalls zu ändern.

Ein kluger Mann hat einmal gesagt: „Man kann nicht jeden lieben, aber niemand hat das Recht, einem anderen körperlichen oder seelischen Schaden zuzufügen.“ In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Artikel 8, Recht auf Arbeit und freie Berufswahl, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung, ab.

Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen. Ich bedanke mich, wünsche Ihnen noch einen nicht so arbeitsreichen Feierabend und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.57 Uhr)

(B)

(D)